DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

79 8. JAHRGANG April '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

FRAUEN

Nichtdeutsche Frauen haben es hierzulande besonders schwer. Sexismus, patriarchalen Strukturen und Rassismus sind sie schutzlos ausgeliefert, angefangen bei der deutschen »Asyl-Justiz«, über den Arbeitsmarkt bis zur direkten Gewalt, ganz zu schweigen vom Frauenhandel. In Freiburg entsteht jetzt ein wichtiges und interessantes Projekt, das die Konsequenz aus der bisherigen politischen Arbeit der dortigen Terre des femmes-Gruppe ist. Ein internationales Frauenkultur- und -flüchtlingshaus.
Siehe Seite 5.

UN-FREIE RADIOS

Die einen steigen aus, andere wollen gerade einsteigen, manche Funken einfach dazwischen. Die deutsche Radio-Szene ist in Bewegung. Der Artikel von Mathias Lahmann auf Seite 6 macht sie etwas durchschaubarer. Das Hamburger Trauerspiel der privaten Kommerzsender gegen die Radio St. Pauli demnächst anfunken will, auf Seite 7.

NETZWERKE

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke ist doch noch nicht tot, sie lebt! Allerdings macht sie zur Zeit eine Schlafkur und wartet auf einen Prinzen, der sie wachküßt, um dann gestärkt neuen Abenteuern entgegen zu eilen.
Näheres auf Seite 9.

GENOSSENSCHAFTEN

»Das Geheimnis von Han« ist vielleicht der Grund, warum eine erfolgreiche japanische VerbraucherInnen-Kooperative den alternativen Nobelpreis bekam. Die Funktionen der Genossenschaften im »Real-Sozialismus« erläutert der ostdeutsche Autor Hans Schubert, der schon vor der »Wende« zum diesem Thema gearbeitet hatte. Wolfgang Beywl beschreibt in seinem Beitrag »Apartheidsrecht für Arbeitnehmer-Genossenschaften«, warum es in Ostdeutschland zwei getrennte Klassen von Genossenschaften mit unterschiedlichen Rechten gibt.
Seite 11 und 12.

ÖKOBANK

Es gibt kein gutes Leben im schlechten, sagte Adorno. Geld stinkt nicht, wenn es sauber angelegt wird, sagen die anderen. Die Diskussion über ethische Vermögensanlagen, wie sie kürzlich auf einer Tagung in der evangelischen Akademie in Bad Boll geführt wurde, wird auf Seite 13 wiedergegeben.

WIRTSCHAFTSDISKUSSION

Planwirtschaft ist out. Auch linke Köpfe haben sie inzwischen als »bürokratische Zentralverwaltungen« oder »Kommandowirtschaft« abgehakt. Aber gibt es eine nichtkapitalistische, vielleicht sogar sozialistische Marktwirtschaft? Einige grundsätzliche Gedanken dazu von Erich Jungnickel auf Seite 14.

BUNTE SEITEN

Der Branchenführer durch die Selbstverwaltungs-Landschaft ist in Vorbereitung und soll der Juni-Ausgabe wieder beigelegt werden. Redaktions- und Anzeigenschluß ist am 22. April 1991.

EXPLODIERENDE MIETEN – ERLAHMENDER WIDERSTAND

Unter Haien

Daß 40 qm Deutschland das 10 bis 20fache an harter DM Miete kostet, wurde unseren Brüdern und Schwestern der »neuen Bundesländer« erst klar, als es zu spät war. Die freie Marktwirtschaft schafft neue Standards und Preise wie im Westen. Die Lektion heißt, »verlaßt die Hütten!«. Nur: wer kriegt die Paläste? Und während hüben der Widerstand gegen Miethaie erlahmte, ehe sie zu Fischstäbchen wurden (ein kleines wehrhaftes Dorf am Hamburger Hafen ausgenommen), stellt sich drüben die Frage gleich existenziell: Besitzen oder besetzen?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Eva Rose, Redaktion Heidelberg ● MancheR faßt sich an den Kopf und fragt: Wo bleibt der Widerstand? Seit Jahren schleichende Mietexplosion überall in den Städten der alten BRD, Hunderttausende auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung. Schwindelerregende Quadratmeterpreise für Wohnraum, in dem es sich auch leben läßt. Mieten, die oft bis zu 50 Prozent des Einkommens ausmachen. Auf dem »freien« Wohnungsmarkt saugen sich Makler und andere Blutegel voll. Immer mehr Obdachlose. »Umstrukturierung« wird kühl genannt, wie alte Stadtviertel auf Hochglanz gebracht werden und die politisch brisante Mischung der Bewohnerinnen gesäubert, sozial Schwache an den Rand gedrängt werden. Da gibt's schon mal etwas Unruhe, aber ansonsten schläft der Volkszorn.

Überall sind in den letzten Jahren MieterInnenvereine entstanden, die Wohnungssuchende und MieterInnen beraten und in rechtlichen Fragen unterstützen, damit wenigstens mit *juristischen Mitteln die schlimmsten Auswüchse auf dem Wohnungsmarkt* verhindert werden. Aber ein Recht auf Wohnen gibt es bei uns eben nicht. Das gab es in der DDR, vor dem Anschluß an die kaputtalistische Marktwirtschaft.

Was sich jetzt im Wilden Osten abspielt, ist sozusagen die »nachholende Entwicklung«, nur daß die Lektionen des freien Marktes mit etwas mehr Tempo gelernt werden müssen: Erstens der Vorrang des Privateigentums vor sozialen Interessen. Zweitens die Kunst, einem nackten Mann in die Tasche zu greifen. Drittens: Sozial Abfedern heißt, die Gans erst rupfen und dann laufen lassen.

Kristallisationspunkt Berlin: Im Ostteil der Stadt werden die Mieten ab August um mindestens 500 % steigen, obwohl schon jetzt die Schmerzgrenze der Lebenshaltungskosten für die meisten Menschen dort überschritten ist und der wirtschaftliche Abschwung weitergeht. In den plötzlich begehrten Stadtteilen im Osten und Westen kommen Häuser unter den Hammer, die Preise vom 70- bis 100fachen der Jahresmiete erzielen. Nutzer- und MieterInnen bekommen z.T. nur noch befristete Verträge mit Auflösungsklausel für den Fall des Eigentümerwechsels. Mietenexplosion und Kündigungen stehen auf der Tagesordnung.

Nach der Beseitigung der Mauer werden jetzt auch die linken Nester und Nischen der Alternativkultur ordentlich durchgepustet und/oder beseitigt. Ein Beispiel für die neuen Spekulationsobjekte von Klein- und Großkapitalisten ist die Eisenbahnstraße 4 in Kreuzberg, wo u.a. das Projekt Wochenzeitung/PROWO seine Redaktionsräume hat (und die »radikal« mal hatte). Nachzulesen auf Seite 3. Der Artikel »Mieterhöhungen um das Zehnfache?« zeigt, daß sich auch Widerstand rührt, eine Berliner Aktionswoche gegen Mietenexplosion stattfinden wird. Aber solche oder ähnliche Aktionen hat es in vielen kleineren und größeren Städten Westdeutschlands schon gegeben. Danach ist der Widerstand wieder umgefallen. Vielleicht machen uns die Ossis hier mal was vor?

Das neben den Berliner Grobheiten vielleicht etwas unscheinbare Beispiel des Café NIXDA in Mainz, das beseitigt werden soll, weil es die Binding-Brauerei als Vermieterin so will, – siehe Seite 4 –, macht jedenfalls klar, daß es in Ost wie West nur zwei Klassen von Menschen gibt: Hausbesitzer und (potentielle) Hausbesetzer! ●

P 8008 E

00.2621 001 5 ##

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

151

PSYCHIATRIE UND GESELLSCHAFT

Lieber Jodeln statt Psychiatrie

Nachtrag zum ersten internationalen Irrentreffen in Berlin.

Antipsychiatrische Tagungen in Deutschland sind meistens angenehm. Die Verrückten sorgen für Stimmung, linientreues Anstaltspersonal ist kaum anwesend, und man kann sich noch gegenseitig kennenlernen. Das liegt an der überschaubaren Anzahl der aktiven Psychatriegegner in diesem Land.

Gertrud Salm, Redaktion Sozialpolitik ● Ende Oktober gab es in der Bekenntniskirche (Berlin-Ost) eine Veranstaltung, die diesen gewohnten Rahmen ändern wird. Gastgeber für eine erste Versammlung von internationalen Irrenvereinigungen und antipsychatrischen Projekten war das neugegründete FAPI (Forum Antipsychatrischer Initiativen). Es kamen seltsam viele. Anti-Normale und Irre aus Österreich, Schweiz, Belgien, Deutschland (Ost/West), Dänemark.

Ein Anfang mit Schrecken

Alle mußten erstmal nach unten, in den Keller des heiligen Hauses und von dort aus in einen Altarraum. Es war noch unklar, was mehr schreckte, der einsatzbereite Opfertisch oder die schnoddrige Begrüßung des Moderators. Gott sei Dank konnte man den Altar ost-üblich in Einzelteile zerlegen und wegtragen. Den Moderator nicht.

Den nächsten Schreck bekamen zur Abwechslung die Veranstalter. Die Scientology Church mit ihrer Menschenrechtskommission für internierte Irre war zugegen. Da freuten sich die Irren und fanden das prima, die Veranstalter aber nicht. Sie distanzierten sich vorsichtshalber gleich von der verdächtigen Gruppe, vergaßen aber, die Gründe zu nennen. Auf Dauer verdächtig blieb nur das überraschend elegante Outfit der Truppe und eine stahlharte Zuckerpuppe älteren Semesters, die mit entzückter Stimme lobte und dabei den säuerlichen Gesichtsausdruck streng beibehielt. Solche Äußerlichkeiten durfte man während der Veranstaltung getrost vergessen.

Schutz vor den »Wohltätern«

Seit langer Zeit war dies das erste Forum, das die Verrückten nicht als zu verwaltenden Abfall betrachtete, sondern als Bevölkerungsgruppe, die sich vor den Übergriffen ihrer psychiatrischen Wohltäter schützen muß. Beispielsweise vor der Behandlung mit Psychopharmaka. Die gesundheitsschädigende Wirkung von Psychpharmaka ist seit langem bekannt. Dies hindert die Ärzteschaft kaum daran, sie trickreich oder mit Gewalt an die Kundschaft zu bringen. Peter Lehmann, unfreiwillig zum Selbsttest gezwungen und FAPI-Mitbegründer, ist seinem pharmakologischen Erfahrungswissen auf der Spur geblieben und hat detailliert Wirkung und Nebenwirkung untersucht. Sein Nachforschungsergebnis: »Es gibt selten Verrückte, die sich nicht gegen die Medikamente wehren, ohne Aussicht auf Erfolg. Das Ablehnen von Medikamenten gilt als Zeichen von Krankheit. Ihre Einnahme wird streng kontrolliert und mit Gewalt durchgesetzt. "Darum hat die IRRENOFFENSIVE (Berliner Verrücktenvereinigung) zusammen mit einem Rechtsanwalt das Testament für das Leben vor dem Tod ausgetüftelt. Darin soll stehen, wie man im Falle der Einweisung in eine psychiatrische Anstalt behandelt werden will. Ohne Elektroschocks, ohne Insulinschocker, ohne Gewaltanwendung etc. Man setzt dieses psychiatrische Testament bei »klarem Verstand« in Gegenwart eines Rechtsbeistandes auf und hofft darauf, daß das Anstaltspersonal den Testamentshinweis samt Rechtsanwaltsnummer berücksichtigt. Bisher gibt es kein Recht, das den Irren trotz zwangsweiser Einweisung in die Anstalt einen Einfluß auf die Behandlung zuspricht. Das psychiatrische Testament ist der Versuch, eine Rechtssituation von unten zu schaffen, die die Psychatrien und die Rechtssprechung auf Dauer nicht ignorieren können. Vorausgesetzt, es gibt genügend Einsichtige, die dieses Testament aufsetzen und Psychatrie und Richter davon wissen lassen. Die FAPI hofft auf prominente Vorreiter. Die sind, wie Ellis Huber und Trude Unruh in der Schlußveranstaltung signalisierten, noch nicht bereit, sich mit einer eventuellen Einweisung gedanklich-praktisch auseinanderzusetzen. Das sollten sie aber, denn: »Sowas kann jedem passieren.«

Fortsetzung auf Seite 2.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Lieber Jodeln statt Psychiatrie

Mit Psychopharmaka beschäftigt sich auch die Heilpraktikerin Anna Ochsenknecht. Sie entzieht seit 5 Jahren sedierte Frauen mit Naturheilmitteln, die sie ausführlich dem heftig mitschreibenden Auditorium vorstellte. Das geht »langsam, sehr langsam und über Jahre. Danach ist man erstmal hypersensibel. Dann geht es erst richtig los. Man muß herausfinden, was einen in die Psychatrie gebracht hat.« Unweigerlich folgt die Frage: »Wie denn?«

Notfälle sind Fallen

Das Thema Psychotherapie wurde gestreift und liegen gelassen. Auch die »aktive Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe« als Vorschlag haben die sonst sprechfreudigen Zuhörer ignoriert. Marc Rufer (Schweizer Arzt und Psychotherapeut) fand den Zugang. »Die Schwierigkeiten« sagt er »sieht man schon vorher. Notfälle (ein gängiges Argument für die Notwendigkeit der Psychatrien – G.S.) sind Fallen. Sie kommen nicht aus heiterem Himmel, entstehen in Monaten und Jahren und sind voraussehbar. Mit Gewalt einzugreifen schafft lebenslange Probleme.« Statt mit Diagnose und psychiatrischer Behandlung das Vertrauen in sich und andere zu zerstören, schlägt er ein Netz von Leuten vor, die nicht richtig aufgeregt sind und sich nicht provozieren lassen. »Man kann da sein, man kann warten, man kann bereit sein, wenn das Vertrauen da ist, daß nicht eingewiesen wird, von allen Seiten. Dann kann auf die eigentlichen Probleme eingegangen werden. Man muß die Probleme rauskriegen, die Probleme sind nicht unbekannt. Das sind die Fragen, die wir alle kennen.«

Während sich die Tagungsmänner in seperaten Räumen mit Fragen ärgerten, ob man seperate Männergruppen brauche, ärgerten sich seperate Frauen über eine Nachwuchswissenschaftlerin, die ihr Material (Frauen in Selbsthilfefirmen) nicht genügend durchdacht hatte. Die SPINNERINNEN VOM FRAUENZENTRUM Wien besänftigten die weiblichen Gemüter. Sie konnten den Beginn ihrer Rede nicht finden und mußten solange lachen, bis die Sätze wieder parat standen. Die Spinnerinnen sind ein Netz von normalen und verrückten Frauen. Über die Freundschaften untereinander haben sich kleine Gruppen entwickelt, die sich gegenseitig beistehen. »Wir haben uns gefragt, was das Allerschrecklichste ist, was uns passieren kann. Die Antwort war banal, genauso wie die Dinge, die wir brauchen, um leben zu können. Essen, Schlafen und ein Nest. Wir haben uns dann gefragt, wie wir das schaffen können und sind auf kleine Kreise und Gruppen gekommen«. Sie wollen kein Modell sein und fordern auch keine Sondereinrichtungen wie Frauenverrücktenhäuser oder Verrücktenhäuser für Lesben. Sie fordern von der Frauenfraktion, die sich um diese Fragen herumdrückt, (mindestens) Bewußtseinsbildung. Jede einzelne soll selber formulieren, wie sie mit Verrückten umgehen will und was sie braucht, wenn sie selber verrückt wird. »Dann hat das, was ich in der Situation tu, eine ganze Basis.« Eine Schweizerin (»Auch bei Frauen muß man sich benehmen« und »Ich bin einfach unbequem. Die lernen das.«) war von diesem Vorschlag so begeistert, daß sie gleich ein bis zwei Resolutionen an die internatiole Frauenszene losschicken wollte. Die Frauen zeigten sich etwas schockiert. Darauf die Schweizerin: »Macht nichts. Ist trotzdem schön gewesen in Berlin.«

Zufluchtsort für »verrückte Zustände«

Einen anderen Ansatz verfolgen Christine Edert und Klaus Mükke (Berlin) mit ihrem Zukunftsvorhaben LEBENSRAUM. Sie wollen eine Einrichtung für »verrückte Zustände« schaffen. Es gibt in Deutschland bisher keine Zufluchtsorte, wo Wahn und Angst mit ständiger Begleitung und ohne Psychopharmaka durchlebt werden können. In normalen Irrenhäusern und therapeuthischen Beziehungen ist dafür kein Platz, weder zeitlich, noch kräftmäßig. Meistens fehlen auch Achtung und Respekt vor den Irren und ihrem Eigenleben.

Das Projekt Lebensraum soll von nichtmedizinischen Therapeuten getragen werden, die für jeweils eine Person Tag und Nacht da sind, bis das Schlimmste vorbei ist. Die Zuhörer fanden das bis dahin ausgezeichnet, nur als es dann mit »therapeutischen Teams, therapeutischer Vertrag, Ausschluß von Gewalt und Drogen, Supervision, Stellenplan« losging, war der Ofen aus. »Was ist denn daran Anti-Psychatrie. Das ist doch nur eine Selbstbeschaffungsmaßnahme von Arbeitsplätzen und wird dann sowas wie ne Edelpsychatrie.« Falsch. Irrtum auf beiden Seiten. Die Zuhörer wollten eine ganz edle Alternative ohne Staatsgelder, wobei sie übersahen, daß auch Alternativprojekte Geld brauchen. Die beiden Projektvorführer merkten dafür erst spät, daß sie wie vor einer Senatskommission geredet hatten. Konzepte haben einen bekannten Fehler. Irre und Psychatriegegner sind begeistert, haben aber kein Geld. Die auf dem Geld sitzen, lehnen die Konzepte offen ab oder versuchen tunlichst um die Förderung drumherumzukommen.

Das geplante WEGLAUFHAUS der Irrenoffensive Berlin hat diese Nöte. Aus der Psychiatrie weglaufen kann nur jemand, der gute Freunde mit guten Nerven, Zeit und ein zusätzliches Zimmer hat. Das ist selten. Meistens muß gezwungenermaßen ausgeharrt werden, bis die Psychater Krankheitseinsicht, verläßliche Medikamenteneinnahme und die Chance zur »sozialen Eingliederung« bestätigen. Wer sich der Behandlung nicht unterwerfen will bleibt länger. Mit einer derartigen Einrichtung könnten die Irren wenigstens vor dem planmäßigen Vollzug ihrer Normalisierung weglaufen und einen Funken Eigenständigkeit bewahren. Die psychiatrischen Einrichtungen hätten sich dann mit diesem neuartigen Zugewinn auseinanderzusetzen, was sicherlich sehr unbequem ist. In Berlin ist bereits ein Haus fürs Weglaufen gespendet worden, die laufenden Kosten sollten vom rot-grünen Senat übernommen werden. Der hatte in besseren Zeiten auch zugesagt, die Gelder aber wieder gesperrt, aus unerfindlichen Gründen und je näher der Wahlkampf rückte. Nach dem Platzen der Koalition und der Wahl wird die Sache wohl endgültig abgeblasen. Es sei denn, es geschieht ein Wunder.

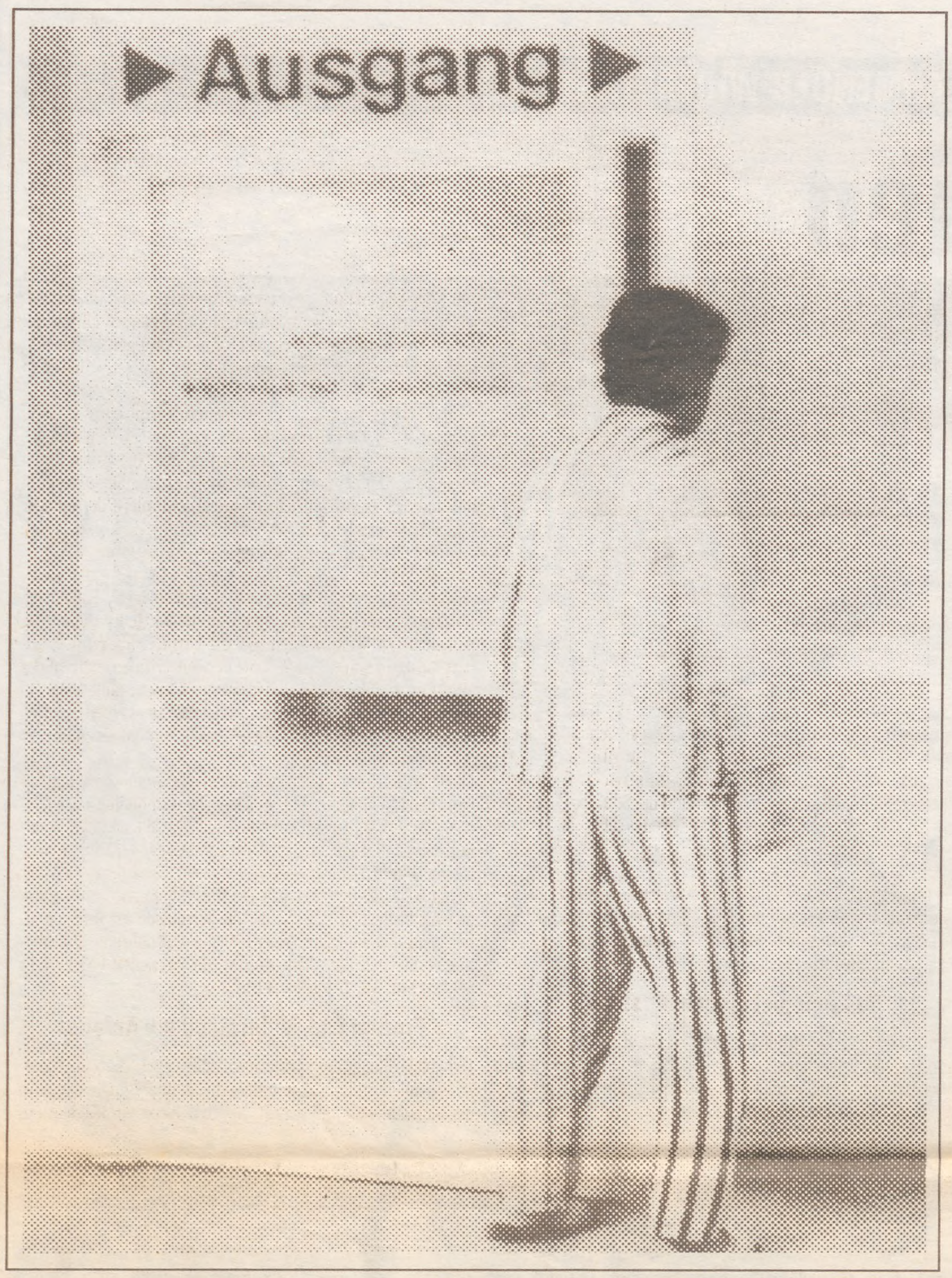


Foto: Joachim Röttgers

Kostenlose Wunder gab es schon während der Tagung. Zeitweilig herrschte Reizklima, besonders wenn es um bezahlte Hilfeleistungen für Irre ging. Gereizt zeigten sich die Normalen, konnten aber den Grund nicht finden und stocherten in den üblichen Angriffsflächen herum. Diese Form von unausgesprochener Unzufriedenheit wurde von den Irren in schöner Weise umgewandelt. Sie erzählten Geschichten, die in scheinbarer Entfernung zum Thema standen und trafen ins Schwarze. Eine Leipzigerin sprach von ihrem Freundeskreis: »Neulich kam einer, der wollte sich umbringen. Wir haben dann mein Moped im Hof repariert.« und »Ich will nicht mehr in eine Institution, die anderen auch nicht. Wir haben miteinander eine Sprache gefunden. Ich erlaube mir, mit den anderen umzugehen, wie ich will.« Mit genügend Abstand von Anstalt und Normalisierungspersonal herrscht zwischen Irren oft eine unsentimentale Freundlichkeit und Gleichgültigkeit, die den anderen läßt.

Am Abend nach dem zweiten Tag (Männer und Frauen hatten getrennt getagt) irren zwei Schweizerinnen, zwei Schweizer (einer davon kann jodeln), eine Schwäbin, eine Badnerin und ein Belgier durch die Berliner Nacht, auf dem Weg zum »kulturellen Nachspann« der Tagung. Fete in West-Berlin mit Theater und Life-Musik stand im Programm. Die Schweizer Weiber fragen schon grinsend ihren Eidgenossen: »Sag emol, wie wars bei eus Männer. Hesch ebs kapiert?« Und er antwortet langsam: »Ha nui, geschtitte hont si. Iach hon it ussebringe chönne, warum.« Der flämische Begleiter erklärt der Badnerin, was die Tagung soll: »Es entsteht jetzt eine internationale Vereinigung von Irren. Normale können auch dabei sein, aber die Irren haben das Sagen.« Er ist schon auf der Suche nach der Irren-Internationale. Den Text kann er selbst dichten, nur die Musik fehlt noch. Die Schwäbin erkundigt sich bei der Schweizerin, ob sie das Migro (bekannte Schweizer Handelskette) kennen. Dann sollen sie ihr doch eine Karamelschokolade von dort schicken. Die Badnerin versucht sich im Jodeln, es werden ihr von Schweizer Seite gute Ansätze bescheinigt. Ein wunderbarer Spaziergang, ganz ohne therapeutischen Wert.

Was zur Folge hatte, daß die Gruppe viel zu spät beim Fest erschien und Gisela Meyers Ein-Frau-Stück »Chanella« verpaßte. Gisela Meyer vom Atelier Blaumeier (das einzige, freie, nichtpsychiatrische Kunstatelier Deutschlands mit Sitz in Berlin) tritt seit drei Jahren mit ihrem autobiografisch verfremdeten Psychopharmakadrama auf. Sie wird im nächsten Jahr sechzig. Eine Freundin hat ihr dringend geraten, ab dann zumindest die schwarze Reizwäsche im Stück wegzulassen. »Nö«, sagt Gisela Meyer, »ich tret doch nicht im Liebestöter auf. Die Reizwäsche bleibt, ob ich 80 oder 100 bin.« Die Nachzügler kamen aber gerade noch rechtzeitig, um Detlef A's scherz- und schmerzhafte Trilogie über das Leben zu sehen. Es fing harmlos an. Er rezitierte beispielsweise einen Schmachtfetzen aus der Schlagerlyrik der Sechziger im Sitzen, sprang auf und begann, die Frau seiner Sehnsucht rennend herbeizubrüllen. Sie kam nicht.

Ein Grazer außerhalb des Stückes dagegen stand plötzlich vor seinem weiblichen Gegenstück aus Ost-Deutschland. Völlig gebannt voneinander bemerkten sie nicht die drei Weiber, die ebenfalls gebannt auf diese traumartige Begegnung starrten. Der Grazer war es auch, der mir eine schockartige Erkenntnis zukommen ließ. Die lautete ungefähr so, daß zumindest die versammelten Normalen eine große Zuneigung zu den Irren haben, die die Irren mit ihrer Art und Weise zu Sein beantworten. Die Normalrn stehen dabei immer etwas im Defizit zu den Fühlfähigkeiten der Irren stehen und wissen ganz genau, wie sie es mit den Irren halten sollen. Das ist der Grund, warum sie gleichzeitig die notwendigen Veränderungen ankurbeln und dabei furchtbar gereizt werden. Irre und Normale können sich nicht nur über Konzepte verbinden. Es bedarf einer Lust an der Andersartigkeit und der Möglichkeit zum absichtslosen Aufeinandertreffen. So jedenfalls stelle ich mir eine internationale Irrenmischkultur vor. Mit Antrag auf Jodelbeihilfe beim Kanton Graubünden. ●

Die Tagung »Alternative zur Psychiatrie« fand am 19.-21. Oktober statt.
Kontaktadresse: FAPI, Wiclafstr.45, 1000 Berlin 21.
Zeitschift: FAPI-Nachrichten, zu beziehen dort oder bei Roland Goldack,
Pestalozzistr.14, 3500 Kassel.

Anzeige

KÖPRU PIR НГЕФYPA A PONTE EL PUENTE IL PONTE MOST

DIE BRÜCKE

NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM
GEGEN NORMIERTES DENKEN UND
ZEITGEIST-STRÖMUNGEN

DIE BRÜCKE erscheint seit acht Jahren zweimonatlich regelmäßig und wird im In- und Ausland gelesen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören: das schwierige Verhältnis Deutschlands zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in West-Europa, Flucht und Völkerwanderung, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche der interkulturellen Begegnung.

DIE BRÜCKE bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

DIE BRÜCKE ist Sprachrohr für alle Beteiligten, entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft, von der sie auch gestaltet und getragen wird. Unbequeme Meinungen und Streitkultur sind ihre Grundelemente.

DIE BRÜCKE freut sich über jedes neue Interesse.
Kontaktaufnahme und Probehefte über:

DIE BRÜCKE
Riottestr. 16 * 6600 Saarbrücken 3
Tel. 0681/390 58 50 o. 81 72 32

WAFFEN FÜR DIE EX-DDR !!!

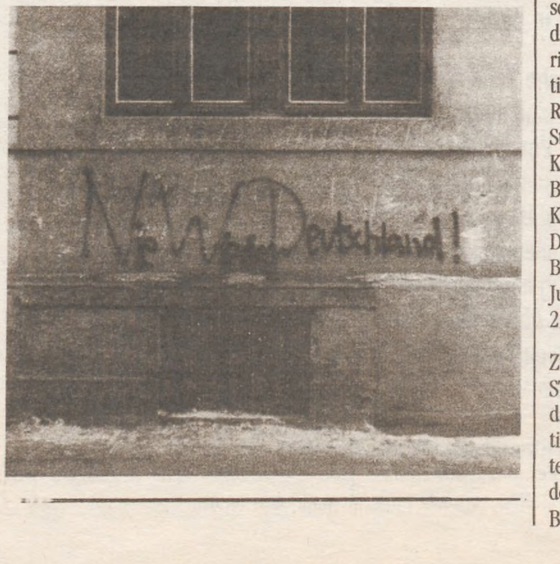
Antifa-Aktivitäten Ost/West koordinieren!

Die Antifa-Gruppe KAVIA/R in Kiel will Aktivitäten gegen den Fascho-Terror in der Ex-DDR koordinieren. In ihrem Aufruf »Waffen für die Ex-DDR!!« heißt es:

»Der faschistische Terror in der ehemaligen DDR hat ein Ausmaß angenommen, das in seiner Brutalität und in seiner Größe eine neue Qualität für die BRD ist. Viel zu wenig über die Geschehnisse wird im westdeutschen Blätterwald berichtet. Konkrete Solidarität findet nur in einem begrenzten und individuellen Rahmen statt.

Die Nachrichten über die Gründungen von Wehrsportgruppen, den Zulauf von faschistischen Organisationen, den dutzenden Brandanschlägen und Mordversuchen wöchentlich bis hin zur direkten personellen und strukturellen Unterstützung durch faschistische westeuropäische Zusammenhänge möchten wir etwas entgegensetzen.«

KAVIA/R wird den Informationsfluß bündeln und u.a. in Westdeutschland verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Außerdem sollen Solidaritätsaktionen zur Bekämpfung der Fascho-Aktivitäten in der Ex-DDR initiiert werden. Dazu schlägt die Gruppe eine Großdemo in Dresden vor sowie »Städtepartnerinschaften«. Außerdem hat KAVIA/R ein Spendenkonto für Antifa-Gruppen-Ost eingerichtet:
Rote Hilfe e.V.
Stichwort: Antifa-DDR
Kieler Spar- und Leihkasse
BLZ 210 501 70
Kt-Nr.: 9100 9209
Die Anschrift von KAVIA/R lautet:
Buchladen Zapata
Jungfernstieg 17
2300 Kiel 1

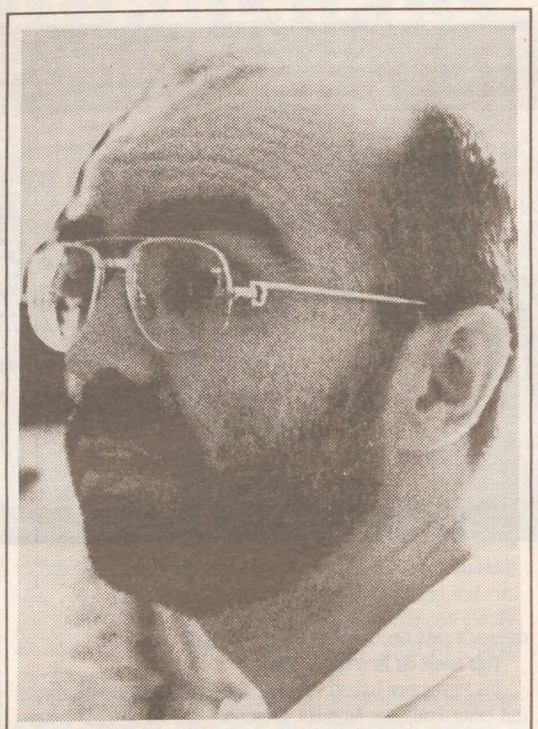


Zum Schluß noch ein Hinweis: Im letzten Heft der CONTRASTE wurden Beiträge zum Faschoterror in Dresden abgedruckt, die die Grundlage für eine umfangreiche Dokumentation der Dresdner Antifa bilden. Die Dokumentation (350 Seiten, A4) kann zum Preis von 45,– DM zzgl. Versandkosten bei der Heidelberger CONTRASTE-Redaktion bestellt werden. Eine Broschüre zum Thema ist in Vorbereitung.

BERLIN

Kreuzberg im Umbruch

Wohn- und Gewerberaumspekulation ist weder in Berlin noch sonst wo etwas besonders Außergewöhnliches. Eine neue Qualität gewinnen diese Spekulationen aber vor dem Hintergrund des Anschlusses der DDR an die BRD. Von Verdrängungsprozessen und eklatatanten Mieterhöhungen besonders betroffen sind die Grenzbereiche zum ehemaligen Ostberlin. Dabei ist Berlin-Mitte der Magnet für InvestorInnen und SpekulantInnen. Ringförmig von hier aus haben große Immobilienfirmen, Berufs-SpekulantInnen und StadtplanerInnen das neue, lohnenswerte Herz Großberlins ausgemacht. Damit sind die angrenzenden Bezirke Kreuzberg 36, Wedding und Neukölln im Westen, aber auch Prenzlauer Berg und Friedrichshain im Osten noch massiver mit dem konfrontiert, was sich als Umstrukturierung und Entmischungsprozeß schon seit längerer Zeit beobachten läßt.



Dr. Heinrich Bollack, Berliner Arzt und Spekulant

Uns soll es hier nicht so sehr auf den Wohnungssektor ankommen, sondern mehr darum gehen, was sich als »Vernichtung der türkischen Ökonomie«, als massiver Verdrängungsprozeß Kleingewerbetreibender aus beispielsweise Kreuzberg 36 beschreiben läßt (vgl. PROWO Nr.7, 26/10/91, S. 1 und 5). Dabei gehen nicht nur gewachsene Kiezstrukturen kaputt, sondern auch Arbeitsplätze sowie linke Kommunikations- und Lebenszusammenhänge verloren. Gekoppelt ist mit diesem Prozeß das derzeitige Fehlen jedweder handlungsfähigen Opposition. Die Häuserkampfbewegung ist zerschlagen oder dreht sich gemächlich um sich selbst. Die sog. »Intermediären Organisationen« wie S.T.E.R.N. oder Stattbau sowie die MieterInnen-Organisationen (Verein SO 36, etc. sind mit massiven Mittelkürzungen konfrontiert. Das Leitbild der »behutsamen Stadterneuerung«, der »ökologischen Metropole Berlin« hat ausgespielt. Die vom Senatstische gefallenen Brosamen einiger Häuser im Ostteil der Stadt als Beruhigungspillen werden dankbar aufgegriffen, von Widerständigkeit keine Spur.

Kleingewerbetreibende, Wohngemeinschaften und Alternativbetriebe, die in den 70er und 80er Jahren Fabriketagen besetzten oder schlicht nur für »wenig« Geld gemietet hatten, stehen jetzt vor der Situation, daß ihre Räumlichkeiten lohnenswerte Objekte für InvestorInnen und SpekulantInnen geworden sind. Diejenigen, die nicht gleich zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden und damit auf der Straße stehen, denen werden Mieterhöhungs»vorschläge« bis über 400% auf den Tisch geknallt. Wer/welche nicht zahlen kann, der/die fliegt.

Daß es sich bei der »schnellen Mark« oder dem langfristigen Profit keineswegs nur um große Wohnungsbaugesellschaften oder stadtbekannte GroßspekulantInnen handelt, zeigt der Fall Eisenbahnstraße 4:

Das Beispiel Eisenbahnstraße

Heinrich Bollack, Orthopäde in Tegel, kauft Ende 1989 das Vorder- und Hinterhaus Eisenbahnstraße 4 in Kreuzberg 36. Mietwohnungen im Vorderhaus, für die der alte Besitzer noch ModInst.-Mittel (Modernisierung unter Förderung des Berliner Senates) zur ökologisch verträglichen und ökonomisch »vertretbaren« Modernisierung beantragt hatte, die zumindest die Quadratmeterpreise nicht hätten ins Unendliche steigen lassen, storniert Bollack als erstes. Als erstes und letztes, denn das ist alles, was er zur Sicherung der Bausubstanz und Instandsetzung bisher geleistet hat; etwaige Privatmodernisierung durch ihn, so sein Kalkül, lohnt sich allemal mehr.

Die vier Etagen im Hinterhaus werden von einer Tischlerei mit jahrzehntelanger Tradition, einem privaten Stadtplanungsbüro, einer kleinen Photoagentur sowie vom Photo/Bildarchiv »Umbruch«, dem Projekt Wochenzeitung (PROWO), der Frauen- und Lesbenzeitschrift BLAU und derzeit der »Gegen den Krieg«-Redaktion sowie verschiedenen anderen linken Projekten genutzt, diese Räume im 3. Stock bereits seit elf Jahren. Neben vielen anderen Zeitschriften und Zeitungen waren u.a. hier die Produktionsräume von »radikal«, »Anagan« und dem »Süd-Ost-Express«.

Der Vertrag für diese Räume, bisherige Laufzeit meist zwei Jahre, lief im Dezember 1990 aus, ein amtlich beglaubigtes Kündigungsschreiben geht fristgerecht ein. Die NutzerInnen vereinbaren einen Gesprächstermin, auf dem deutlich wird: hier handelt es sich um einen »Kriegsgewinnler«, der aus der neu entstandenen Situation – Kreuzberg 36 ist jetzt Citybereich mit Preisen über Ku'damm-Niveau – Profit schlagen will. Nicht gnadenlos, aber Profit. Unter DM 10,-/qm sei sicher nichts zu machen (zuvor DM 4,-/qm kalt). Sollten die NutzerInnen nicht zahlen können, **»dann werfe ich Sie natürlich nicht zu Weihnachten auf die Straße, aber im Frühjahr ist dann Schluß.«** Angebote der NutzerInnen, sich »in der Mitte« zu treffen, lehnt Bollack unter Hinweis auf seine gerechtfertigten Profitinteressen und weil er »keinen reichen Schwiegervater« habe ab. Ebenso jedes weitere Gespräch; er schaltet seinen Anwalt ein.

Die NutzerInnen sehen sich mit einem Emporkömmling, einem Kleinspekulanten konfrontiert. Bei Gesprächen mit anderen wird zudem deutlich: Die Eisenbahnstraße ist kein Einzelfall. Überall in Kreuzberg sind alte Fabriketagen, Kleingewerbetreibende und Wohngemeinschaften von Kündigung und Räumung bedroht. Es bildet sich daraufhin eine Solidaritätsgruppe »Wir bleiben in SO 36«, die die verschiedenen Informationen sammelt und koordinierte Gegenmaßnahmen diskutiert und vorbereitet. Ein **Infotelefon** wird eingerichtet (030 / 612 59 06, Mo, Mi, Do 16- 18 Uhr).

Protest und Widerstand am Anfang

Die Solidaritätsgruppe unterstützt dabei auch die Eisenbahnstraße; auch andere Leute mischen sich unabhängig davon in die etstehende Kampagne ein. Neben zahlreichen Flugblättern und Plakaten werden auch Kundgebungen vor der **Bollacks Praxis** sowie »Begehungen« der **Praxisräume in Tegel (1000 Berlin 27), Veitstraße 42, Tel.: 030 / 433 50 51** organisiert. An seiner **Privatwohnung in Berlin 15, Bayrische Str. 5, Tel.: 030 / 881 92 02** werden Parolen gesprüht.

Bollack, zur Einigung nicht bereit, gerät sichtlich unter Druck und schaltet Polizei und Staatsschutz ein, die auch haarklein ermitteln: Ein Brief an sämtliche OrthopädInnen der Stadt, eine Postkarten-Aktion an seine Adresse (vgl. Spiegel 10/91, S. 102), jedes Radio- und Fernseh-Interview, jeder Zeitungsbericht wird gesammelt. Photomappen mit etwaigen »RädelsführerInnen« bei den Praxisbegehungen werden ZeugInnen vorgelegt, Personen vorgeladen, festgenommen, angezeigt. Auf über 100 Seiten ist die Akte bereits angewachsen. Ein Säureanschlag auf sein Auto folgt. Trotz weiterer Versuche der NutzerInnen, mit Bollack Kontakt zu bekommen, weiter eine »einvernehmliche« Lösung zu finden, bewegt sich nichts.

Ein Kiezspaziergang an verschiedenen bedrohten Häusern und Projekten vorbei, die Intervention des »Vereins SO 36«, ein Brief des Stadteil-Ausschusses Kreuzberg an Bollack – all das führt keineswegs zum Einlenken Bollacks, sondern zur Räumungsklage vor dem Amtsgericht. Bollack mag sich an seine Zusage offenbar nicht mehr halten, denn, so Bollack gegenüber der Presse, **»die Leute da, das sind doch alles Kriminelle«.**

Inzwischen wird auch deutlich, daß der Kleinspekulant und Orthopäde Bollack keineswegs ein günstiges Abschreibungsobjekt suchte und gefunden hat, sondern durchaus mit System an seine Häuser und Profite herangeht: Inzwischen ist bekannt, daß er zumindest Miteigentümer der Veitstraße 42 ist, in dem seine eigenen Praxisräume sind (vgl. »Gegen den Krieg« Nr. 8, S.1). Verwalten läßt er dieses Haus durch die Optimales Wohnen GmbH, welche wiederum mit der CB Comfortbau GmbH und der Immobilia GmbH Kapitalanlagen an einem gemeinsamen Sitz hat. Ob und wenn, in welcher Höhe er Einlagen oder Kapitalanteile an den GmbH's hält, ist derzeit noch unklar.

Es läßt sich nicht sagen, daß die rechtliche Situation für die NutzerInnen günstig ist oder diese gar viel von juristischen Lösungen halten. Dennoch beantragen die NutzerInnen die, wie es so schön heißt, »kostenpflichtige Zurückweisung« der Räumungsklage. Der Prozeß findet am 10. April statt. Der juristische Weg allein aber wird nichts mehr reißen; vielmehr kommt es darauf an, den politischen und praktischen Druck auf Herrn Dr. Bollack zu verstärken. Dabei sind die NutzerInnen auch auf Euch angewiesen: schreibt ihm, ruft ihn an und etwas mehr... ●

Erik Satie

MIETERiNNEN (-BEWEGUNG?) IN OST-BERLIN

Mieterhöhungen um das Zehnfache?

Den folgenden Artikel haben wir der PROWO vom 8.3.91 entnommen. Mit den Beschlüssen der Bundesregierung vom 19.3.91, die Mieten in der Ex-DDR ab 1. August 1991 zu erhöhen, droht den MieterInnen dort zwar vorläufig keine Verzehnfachung aber durch Anhebung der Grundmiete und begrenzte Umlage der Heiz- und Warmwasserkosten das Fünffache der bisherigen Mieten. Und: Der Instandhaltungszuschlag ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Anfang Januar ließ die Bundesregierung die Katze aus dem Sack: Sämtliche Betriebs-, Warmwasser- und Heizkosten sollten noch in diesem Jahr auf die MieterInnen umgelegt werden. Dies allein wäre bereits einer Mieterhöhung um das Fünf- bis Sechsfache gleichgekommen.

Doch damit nicht genug. Auch für die Instandsetzung des maroden Wohnungsbestandes, im Westen eindeutig Sache des/r Vermieters/in, sollten die MieterInnen in der ehemaligen DDR nun aufkommen. Der Bonner Rechtsverordnungsentwurf, der am 22. Februar überraschend zurückgestellt wurde (dazu später) sah eine Unlage von 3 DM/qm vor. (...) In dieser Rechnung nicht enthalten sind Modernisierungsmaßnahmen. Vor allem private VermieterInnen werden hier versuchen, durch die gesetzlich mögliche Umlage von 11 % der Gesamtkosten die Mieten auf astronomische Höhen zu schrauben. In der Fehrbelliner Straße in Mitte z.B., hier hat sich die West-Berliner DATA DOMIZIL (s. PROWO Nr. 3, S. 7) eingekauft, sollen die Mieten um bis zu 2.000 % steigen, z.B. statt bisher 65 DM dann 1.400 DM für eine 2-Zimmer-Wohnung.

Aktionsbündnis und Mieterhöhngsboykott?

Wenige Tage nach Bekanntwerden der Bonner Pläne lud die Berliner MieterInnengemeinsahft zum »1. Gesamtberliner Mietenratschlag« nach Prenzlauer Berg. Geladen waren alle MieterInnenorganisationen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und sonstige Gruppierungen – anwesend waren vor allem MieterInnenläden und -initiativen aus Prenzelberg, PDS- und Bündnis 90-VertreterInnen und (vorerst als BeobachterInnen) drei BesetzerInnen aus Friedrichshain. Daß der Ratschlag nicht zu einem Bündnis aller Kräfte werden würde, wurde schnell klar. Der SPD-nahe MieterInnenverein legte auf einer Pressekonferenz seine eigenen Vorstellungen dar. Es ginge nicht um eine MieterInnenbewegung, sondern um einen starken MieterInnenverein, nicht um politischen Druck, sondern um Protestbriefe an Kohl und Diepgen, nicht um Eigeninitiative, sondern um die Hoffnung auf ein Veto im Bundesrat (und dies, nachdem die Berliner Koalition wenige Tage davor die Umlage der Instandsetzungen grundsätzlich für richtig befunden hatte). Aber auch dem anwesenden »linken« Organisationsspektrum fehlte es an zündenden Ideen. Den Protestbriefen und Unterschriftensammlungen, das forderten vor allem die Initiativen vor Ort, wollte man sich nicht verschließen, wollte dies aber mit einer großangelegten Informationskampagne mit MieterInnenversammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen usw. verbinden. Aufgehorcht haben wir allerdings bei einem Vorschlag der PDS Pandow-Süd. Es sollte sich eine – v.a. juristische – Arbeitsgruppe bilden, die die Rahmenbedingungen eines möglichen Mieterhöhungsboykotts zu diskutieren hätte. Diese Idee spielte dann auch bei den Vorbereitungen zum zweiten Ratschlag am 22. Februar eine wichtige Rolle. Die MieterInnengemeinschaft stimmte dem insofern zu, als die Boykottidee mit einer (dann qualitativ anderen) Unterschriftensammlung verknüpft werden sollte, um so auch einen Überblick über eine mögliche Boykottbereitschaft zu bekommen. Außerdem – so dachte man in der Möckernstraße – sei die Androhung eines Boykotts ein wesentlich stärkeres Druckmittel auf Bonn als bloße Protestbekundungen. Unsere Position hingegen ging eher in Richtung Selbstorganisierung in Straßen und Blocks; für eine breite Bewegung dieser Art könnte durchaus einmal ein linkes Dogma (Erhöhungsboykott reformistisch?) geschlachtet werden, zumal in der DDR so ziemlich alle, die Notwendigkeit von Mieterhöhungen »einsehen«.

Weitere Vorschläge im Hinblick auf den zweiten Ratschlag, der sich selbst den Namen »Berliner Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion« geben sollte, waren:

- eine Aktionswoche, die v.a. in den Bezirken stattfinden sollte, und an deren Anfang und Ende die beiden folgenden zentralen Aktionen stehen sollten:
- ein (dann ultimatives) »längstes Transparent der Welt« z.B vom Kotti zum Frankfurter Tor, an dem sich v.a. auch Kreuzberger Gruppen beteiligen könnten (schließlich soll zum Jahresende die 10%ige Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuvermietung wegfallen)
- eine Großdemonstration, getragen von einem Spektrum von MieterInnen-Inis, PDS, Bündnis '90, MieterInnengemeinschaft und besetzten Häusern. (Ein solches »Mietenspektrum« hat vor anderthalb Jahren in Frankfurt über 5000 Menschen mobilisiert).
- Infostände, Mahnwachen, Go-ins, MieterInneninformationsveranstaltungen usw.

Beim zweiten Bündnistreffen war in etwa das gleiche Spektrum vertreten wie zwei Wochen zuvor. Umstrittenster Punkt, wer wollte es auch anders erwarten, war der Mieterhöhungsboykott. Einige fanden den Vorschlag richtig und zwingend, einige meinten, individuell passiere das ohnehin, andere sahen damit die eigene Klientel verschreckt und viele meinten, das sei nicht umsetzbar. Man einigte sich schließlich darauf (leider ohne die Diskussion bis zu konkreten Umsetzungsmöglichkeiten zu führen), auf den Infoständen und Versammlungen des Bündnisses sowohl die einen als auch die anderen Unterschriftenlisten auszulegen sowie die Idee des Boykotts in den UnterstützerInnenaufruf aufzunehmen, der von möglichst vielen Initiativen unterschrieben werden sollte.

Bonner Pläne zurückgezogen?

Am Samstag, dem 23.2., war der Presse zu entnehmen, daß sich die 16 Landesbauminister gegen die Bonner Pläne ausgesprochen hätten, bzw. ein Milliardenprogramm zur Stadterneuerung in den FNL und Ost-Berlin gefordert hätten. Die Mieterhöhungen, so hieß es, wären auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein Grund zur Beruhigung? Kaum! Bereits seit Wochen werden wir mit widersprüchlichen Meldungen sowohl über den Modus als auch über die geplante Höhe der Mieterhöhungen konfrontiert. Der nunmehrige Rechtsverordnungsentwurf war sicher auch ein Testballon. Wie weit kann gegangen werden, ohne daß die Ossis wieder auf die Straße gehen und sich die vielbeschworenen bzw. gefürchteten »sozialen Unruhen« konkretisieren. Man vertraut in Bonn wohl darauf, daß sich die Wogen wieder glätten, um dann in einigen Wochen oder Monaten mit einem »ausgewogenen« Programm teilweiser Instandsetzungsumlagen, gekoppelt mit öffentlicher Förderung »sozial verträglicher Mieterhöhungen« ins Spiel zu bringen.

West-Autonome und Ost-MieterInnen

MieterInnenthemen waren in und um die besetzten Häuser zum erstenmal im Januar ein Thema. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe »MieterInnen in Bewegung« im X-B-liebig kamen wir immer wieder mit Ossis ins Gespräch. Gerade diese betonten in den meisten Diskussionen die Staatsgläubigkeit der meisten ihrer NachbarInnen. »Das können die mit uns doch nicht machen« ist eine der Standardäußerungen bei Versammlungen oder Info-Ständen. Diese im Vergleich zum Westen erschreckend verkümmerte Staatsfeindlichkeit (Wie wär's denn mit einem realistischen Blick auf den Westen?, Teile der Red.), die verbreitete Unfähigkeit, Anträge zu stellen oder Formulare auszufüllen bzw. eineN RechtsanwältIn mit der Betreuung der eigenen Interessen zu beauftragen, hat natürlich auch für eine Mobilisierungskampagne Konsequenzen. Die MieterInneninitiativen damit zu konfrontieren, wie wir an die Sache rangehen würden, hieße von vornherein, jedes Vertrauen zu verspielen und sich von außen zur »Bewegung« zu verhalten bzw. selbst politisch bedeutungslos zu bleiben. Auf einem Treffen von Interessierten aus besetzten Häusern wurde dann auch beschlossen, innerhalb des Bündnisses (solange dies geht) mitzuarbeiten und zu versuchen, unsere Vorstellungen (konkret waren das Aktionswoche, Transparentaktion und Mieterhöhungsboykott) dort zu diskutieren und eine Mehrheit dafür zu finden. In Ansätzen ist uns dies bisher auch gelungen. Welchen Weg das Bündnis nun nach den Bonner Plänen nimmt, ob es in sich zusammenfällt oder weiter am Ball bleibt, werden die nächsten Wochen (...) zeigen. ●

Die »Aktionstage gegen Mietenexplosion« werden vom 20.4. bis 30.4. in Berlin Ost und West stattfinden.
Kontakt: Berliner Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion
☎ W-216 80 01
☎ O-229 20 81

Aus PROWO Nr. 12, 8.3.1991

CAFE NIXDA, MAINZ:

Hafenstraße bleibt!

Das selbstverwaltete Café NIXDA in Mainz wird von seinem eigenen Namen eingeholt. Die Binding-Brauerei, der die Räume gehören, will den Pachtvertrag nicht verlängern.

Eva Rose, Redaktion Heidelberg ● Der Bier-Konzern steht zwar auf öde Kneipen, in denen sich frustierte Männer einen hinter die Binde gießen, aber nicht auf Stadtteil-Cafés, in denen politische Veranstaltungen organisiert werden. Und wo Transparente rausghängt werden, auf denen steht, daß die »Hafenstraße bleibt«. Jetzt muß das NIXDA-Kollektiv gehen.

Foto: Heiko Dachsel

INTERVIEW

mit Rainer vom Café-NIXDA-Kollektiv

CONTRASTE: Erzählst Du uns was zur Geschichte des Cafés, wie hat das bei euch angefangen?

Rainer: Das Café wurde 1987 aufgemacht. Die Gruppe die das Café gegründet hat, kannte sich aber schon 2 Jahre länger. Sie hat in diesem Zeitraum versucht, Räume zu finden, um ein politisch-kulturelles Zentrum aufzubauen. Nicht nur für ein Café, sondern auch für Veranstaltungen, Seminare, Kultur, Kleinkunst, Musik, eben alles mögliche. Die Raumsuche war sehr schwierig, letztendlich sind wir dann hier gelandet. Es war dann schon klar, daß mit dem Konzept, das wir entwickelt hatten, die große Kulturarbeit nicht möglich war, daß wir's statt dessen im Kleinen probieren müssen. Momentan sind jeden Sonntag Veranstaltungen und politische Diskussionen, und wir haben eine Knastreihe laufen. Zur Zeit hängt die »Zensurausstellung«, leider nur zwei Wochen, und wir bringen ein bißchen akkustische Musik dazu. Als wir im Juli 1987 das Café aufgemacht haben, bestand das Kollektiv aus 15 Leuten aus autonomen und anarchistischen Zusammenhängen. Uns ist damals sehr schnell klar geworden, es war ja als selbstverwaltetes Café vorgesehen, daß mit 15 Leuten das Café nicht zu betreiben ist. Es waren sehr viele StudentInnen und SozialhilfeempfängerInnen darunter, die nicht so viel hier arbeiten konnten. Dann sind die Aushilfen dazu gekommen. Und die Menge an Aushilfen, die dazu gekommen sind, war umgekehrt proportional zu den Kollektivies, die ausgestiegen sind. Bis vor 2 Jahren hat sich's dann auf 5 Kollektivies runtergependelt und auf 15 Aushilfen. Die Organisationsarbeit wurde vom Kollektiv allein gemacht und das hat dann gesagt, es geht nicht mehr, wir müssen versuchen, ein neues Kollektiv zu bilden.

Wie hat sich dann die Situation geändert?

Wir haben uns an den Wochenenden getroffen, um was auf die Beine zu stellen. Aus dieser Gruppe bin ich übrigens. Wir waren zu der Zeit wieder auf 10 Leute angewachsen, momentan sind wir 8 und es funktioniert recht gut. Wenig Fluktuaktion, weder bei den Aushilfen noch bei den Kollektivies.

Wie seid Ihr im Kollektiv mit der Arbeit zurecht gekommen?

Wir hatten als Café eigentlich immer wirtschaftliche Probleme. Zum einen: Jemand, der oder die ins Kollektiv einsteigen will, muß 5000 DM Einlage zahlen, und das ist eine ziemliche Hürde, obwohl das Geld über 2 Jahre ratenweise gezahlt werden kann. Naja, und Kollektiv: das heißt ziemlich viel unbezahlte Arbeit und das ist auch nicht besonders schmackhaft für sehr viele Leute. Z.B. mußten ständig neue Leute eingearbeitet werden, und bei jeder/jedem dauert das 1/4 Jahr, bis sie oder er halbwegs die Routine hat. Das ging so bis vor einem Jahr. Die Folge davon war, daß sich Strukturen herausgebildet hatten, die eigentlich ein ökonomisches Arbeiten unmöglich machten.

Warum soll es Eurer Meinung nach unbedingt weitergehen?

Es gibt da verschiedene Gründe. Wir haben Schulden gegenüber ehemaligen Kollektivies, die wir auszahlen wollen. Und wenn das Café zugemacht wird, haben wir auch nur das bißchen, was wir neben dem Café verdienen. Der zweite Grund: In Mainz ist die Polit-Szene eh etwas dürftig. Seit 3 Jahren gehen Impulse auch vom Café aus. Wir haben hier ein z.B. ein Treffen mit Mainzer Projekten organisiert, daraus ist dann eine Zeitung geworden, die DIWA. Ich muß dazu sagen, daß das Café politisch lange Zeit tot gewesen ist. Die Café-Szene hatte sich wegen Streitigkeiten hier gespalten. Leute sind ausgestiegen, haben woanders weitergemacht und gegen das Café gehetzt. Es war wie eine Mauer um das Café herum. Seit einem Jahr hat sich das gegeben, eben gerade auch, weil wir wieder mehr Veranstaltungen machen und mehr Leute sind, die auch was nach außen tragen wollen.

Was macht Ihr für Veranstaltungen?

Im November haben wir eine Veranstaltung zum Golfkrieg mit einer Frau aus Amerika gemacht. Es sind so viele Fragen entstanden, daß daraus mehrere größere Veranstaltungen wurden. Wir haben jetzt mit Veranstaltungsreihen angefangen, und das ist für mich auch politische Arbeit. Es kommen zu den Veranstaltungen sehr viele Leute, auch von außerhalb. Interessierte Leute. Es ist schön zu merken, den Faden zum normalen bürgerlichen Lager nicht ganz verloren zu haben und miteinander noch ein bißchen reden zu können. Wenn wir aufhören, ist keine politische Kontinuität mehr drin. Beim Neuanfang wäre dann auch ein Bruch von 2-3 Monaten, wo keineR Kraft hätte, politische Veranstaltungen zu machen. Und wir müßten neue Räume finden.

Wie ist die Solidarität mit Euch?

Das Café ist ein Stadtteilcafé. Es hat sich in den 3 Jahren schon zu einem festen Punkt in Mainz entwickelt. Hier können Mütter mit Kindern sein, hier ist eine NichtraucherInnen-Zone und nicht unbedingt der Zwang, etwas zu essen oder zu trinken. Wir merken an den jetzt 1.200 Unterschriften, die wir in 3 Wochen bekommen haben, daß hier ein Bedarf besteht. Das zeigt schon, daß das Café erwünscht und gewollt ist.

Gibt es eine Begründung für die Kündigung oder Schwierigkeiten wegen der politischen Arbeit?

Nein, es gibt keine Kündigung, es gibt nur die Tatsache, daß der Pachtvertrag Ende Juni ausläuft und wir keine Verlängerung bekommen. Die Begründung dafür ist so fadenscheinig. Binding schaut nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte. Es könnte auch eine Prestige-Sache sein oder was anderes, da kannst du alles mögliche reindeuten. Im Januar haben wir, nach den Hafenstraßen-Prozessen, eine Abmahnung von Binding bekommen, weil wir ein Transparent vorn im Fenster aufgehängt hatten. "Hafenstraße bleibt!" Da haben die gemeint, entweder es ist bis mittag »draußen« oder ihr. O.k., haben wir uns gedacht, hängen wir's raus. Wir haben von der Stadt einen öffentlichen Platz beantragt und dann mußte es die ganze Straße 14 Tage mit angucken.

Gab es vorher ähnliche Vorfälle?

Wir hatten ein paar kleine ökonomische Probleme, weil wir ein kohlensäurefreies Wasser verkaufen, das nicht von Binding ist. Wir müssen von Binding nicht nur das Bier nehmen, sondern auch andere Produkte. Die zweite Schwierigkeit war dann der Apfelsaft, den wir von einer Kelterei aus Nordhessen, beziehen, Streuobst und naturtrüb, eben der beste Apfelsaft, und da hat Binding auch Druck gemacht. Wegen dem Hafenstraßen-Transparent hatten wir zum ersten Mal Probleme mit Binding wegen Politkram.

Habt ihr mit Binding darüber gesprochen?

Wir hatten schon drei Termine. Beim ersten war überhaupt nichts. Beim zweiten Mal sagten sie uns freundlich, sie hätten keine Zeit, und nach einer Woche zum Termin sagten sie definitiv NEIN. Sie haben kein Interesse mehr, mit uns zu arbeiten. Sie haben immer wieder probiert, sich aus allem herauszureden, ohne klaren Äußerungen, die hinterfragt werden könnten. Das ist ganz normales Wirtschaftsgebaren.

Was kann man schon machen, wenn so'n großer Konzern gegen so'n kleines Café antritt... ●

Das Interview führten Heiko Dachsel (Redaktion Dresden) und Dieter Poschen (Redaktion Heidelberg)

INTERVIEW

mit Herrn Müller von der Binding-Brauerei, Zweigniederlassung Bischofsheim

CONTRASTE: Welche Gründe haben Sie, den Pachtvertrag für das Café NIXDA nicht zu verlängern?

Herr Müller: Uns wird unterstellt, daß für uns der Grund im zu niedrigen Bierumsatz liegt. Das trifft nicht zu. Wir sind als Unternehmen nicht nur Bierlieferant, sondern wir sind auch Vermieter, und die Probleme sind mehr in dieser Richtung zu suchen.

Welche Probleme sind das?

Darauf möchte ich nicht näher eingehen.

Es gab neben dem Bierumsatz auch Probleme wegen einem biologischen Apfelsaft und einem Wasser, die das Café nicht von Ihnen bezogen hat. Ist das ein Grund?

Das ist einer von vielen Faktoren, die dazu beigetragen haben.

Gibt es schon andere Interessenten oder neue Pächter für das Café?

Nein, wir haben noch keinen Pachtvertrag mit irgendwelchen Interessenten abgeschlossen.

Hat die Binding-Brauerei Pachtverträge mit anderen selbstverwalteten Betrieben abgeschlossen?

Zumindest in meinem Bereich nicht.

Hatten Sie etwas dagegen, daß das Café NIXDA in seinen Räumen linke Diskussionsveranstaltungen organisiert hat?

Auf die politische Meinungsäußerung und auch die Einstellung dieser äh Gruppierung - da gibt es ja auch unterschiedliche Tendenzen mit Sicherheit - haben wir überhaupt keinen Einfluß und das ist auch kein Anliegen, das wir beeinflussen wollen. Im Gegenteil, jeder ist dazu berechtigt, seine Meinung zu äußern und sich seine Meinung zu bilden. Politische Tendenzen spielen mit Sicherheit keinen Grund dabei.

Aber es gab Ärger zwischen Ihnen und dem Café wegen eines Transparentes »Hafenstraße bleibt«, wo Sie dann schon eingegriffen haben.

Es geht nicht um das Transparent »Hafenstraße bleibt«. Es geht auch nicht um das Transparent bezüglich des Golfkriegs. Jeder ist berechtigt, seine Meinung zu äußern. Nur die Art wie man das tut – es geht mir darum, daß man das Hauseigentum, die Fassaden von Häusern ohne Rücksprache verplakatiert. Und das war auch unsere Aufforderung: nicht die Meinung zu revidieren, sondern die Plakate wegzunehmen.

Also ist das schon ein Grund mit für Sie, den Pachtvertrag nicht zu verlängern?

Wie gesagt, es sind eine Vielzahl von Faktoren, die dazu geführt haben. Ich bin nicht bereit, da jetzt noch tiefer einzusteigen.

Ist der Vertrag von dem Café in irgendeiner Hinsicht gebrochen oder nicht erfüllt worden?

Nein. Es gab keine Gründe, daß wir unser außerordentliches Kündigungsrecht hätten wahrnehmen müssen.

Aber es bestehen für Sie, angesichts dessen, daß das Café inzwischen wirtschaftlich recht solide dasteht und anscheinend ja auch ein großer Bedarf an dem Café existiert, doch wohl schwerwiegende Gründe, den Pachtvertrag nicht zu verlängern!

Die bestehen. Das ist richtig.Aber mit diesen Gründen, die Sie ja teilweise auch schon aufgeführt haben, wollen wir nicht an die Öffentlichkeit gehen. Das ist eine unternehmerische Entscheidung. ●

Das Interview führte Eva Rose, Redaktion Heidelberg

OFFENER BRIEF

An die Binding-Brauerei

Sie haben uns angekündigt, daß wir damit rechnen müssen, daß unser Pachtvertrag nicht mehr verlängert wird, daß wir also am 30.Juni 1990 das Café NIXDA räumen müssen. Damit wäre nach vier Jahren Existenz ein Projekt am Ende, das mehr ist als ein Wirtschaftsbetrieb, das für das Leben im Stadtteil inzwischen eine wichtige Rolle spielt. Das Café NIXDA hat sich als selbstverwalteter Betrieb wirtschaftlich stabilisieren können. Und wir haben bewiesen, daß es hier möglich ist, in selbstverwalteten Strukturen (ohne Chef) und mit politischem, kulturellem und ökologischem Anspruch zu wirtschaften – und dieses Projekt soll jetzt aus ökonomischem Interesse der Brauerei stillgelegt werden, weil der Bierumsatz ihr nicht ausreicht! Weil wir das nicht hinnehmen wollen, gehen wir mit diesem Brief an die Öffentlichkeit, um klarzumachen, was hier an politischer Kultur entstanden ist, die jetzt plattgemacht werden soll.

Das Café NIXDA gehört einem gemeinnützigen Verein, der mit den Beiträgen der Mitglieder und ggf. aus Gewinnen des Cafés das Kultur- und Veranstaltungsprogramm und regelmäßige Ausstellungen im Café durchführt und ebenso andere Projekte unterstützt.

Das Café NIXDA ist ein weitgehend selbstverwalteter Betrieb, in dem diejenigen, die dort arbeiten, auch darüber entscheiden, was und wie gearbeitet wird. Entscheidungen über Arbeitsverteilungen, Löhne, Preise, Veranstaltungen, Investitionen usw. werden in einem wöchentlichen Plenum getroffen, das garantieren soll, daß jedeR Einzelne an der Struktur des Betriebes teilhaben kann. Es gibt keinen Chef, wie in jedem anderen Betrieb, der vorschreibt, was zu tun und zu lassen ist, der einstellt und entläßt, und der die Verantwortung trägt – alles das wird gemeinsam entschieden. Dabei arbeiten hier siebzehn Leute mit, die alle auf das Geld, das sie hier verdienen, angewiesen sind, und deren Arbeitsplätze durch die Kündigung gefährdet sind.

Das Café NIXDA ist auch ein Stadtteilcafé, in dem nicht nur Kaffee, Kuchen, Baguette und Bier konsumiert werden, sondern in dem gelebt wird. Wer das Café als Gast kennt, weiß, was damit gemeint ist. Und es ist unmöglich, all das aufzuzählen, was dazugehört: da sind die SchülerInnen, die das Café in den Freistunden nutzen; die LehrerInnen, die den Unterricht schon mal zu uns verlegen; die Eltern mit Kindern, die sich in unserer Kinderecke wohlfühlen; diejenigen, die hier einfach – ohne Konsumzwang – ihre freien Nachmittage verbringen; den Leuten, die vor dem Tabakqualm in unser NichtraucherInnenteil fliehen; und alle die, die das Café zur politischen Information und Diskussion nutzen. Es gibt bei uns eine breite Palette von Flugblättern und circa dreißig Zeitschriften, mit denen wir eine unzensierte politische Diskussion möglich machen wollen. Außerdem arbeiten wir zusammen mit den verschiedensten sozialen und kulturellen Projekten auch aus der Neustadt, wie dem Neustadt-Treff, der Werkstatt für Kultur und Bildung e.V. »Trotzdem« usw., denen das Café NIXDA auch als regelmäßiger Treffpunkt dient.

In den vier Jahren unseres Bestehens haben hier wohl an die hundert Veranstaltungen stattgefunden, die deutlich gemacht haben, daß es eine alternative Kultur in Mainz gibt und daß es auch ein öffentliches Interesse daran gibt – wie die Besucherzahlen zeigen. Von Filmen zu Theater und Ausstellungen, von aktuellen politischen Diskussionen zu Kabarett, von Kinderveranstaltungen zu Lesungen, von Selbstdarstellungen anderer Projekte in Mainz bis zu den ansonsten überall verdrängten Hintergrundinformationen zur »Dritten Welt« und anderen Themen reichte unser Angebot, mit dem wir auch zum politischen Leben in der Neustadt beigetragen haben. Natürlich nicht immer bequem und gefällig, wie letztens wieder mit einem Transparent zur drohenden Räumung der Hafenstraße in Hamburg. Aber wir halten es für eine gefährliche Blindheit, das alltägliche Leben freizuhalten von politischen Anfechtungen (wie z. B. jetzt im Golfkrieg). Insofern stellt das Café NIXDA auch den Versuch dar, Politik, Arbeit und Alltag eben nicht zu trennen.

Das Café NIXDA ist darüberhinaus ein Betrieb, der weitgehend nach ökonomischen Gesichtspunkten wirtschaftet. Alles das, was bei uns angeboten wird, ist zum großen Teil in biologischem Anbau und hier in der Gegend gewachsen, wird schonend und frisch verarbeitet. Wir verzichten fast völlig auf Dosenfutter, praktizieren Abfalltrennung und Recycling und halten Kontakt zu ökologisch produzierenden Höfen im Umland. Gleichzeitig versuchen wir, mit unseren Preisen es auch den GeringverdienerInnen zu ermöglichen, bei uns zu essen und zu trinken. Daß das möglich ist, beweisen wir seit vier Jahren mit steigender Tendenz. Wir wollen das Experiment fortsetzen, wollen weiterhin versuchen, demokratische, ökologische und politische Prinzipien auch in einem Wirtschaftsbetrieb zu verwirklichen. Daß die Binding – Brauerei bereits früher dazu bereit war, nicht ausschließlich den Bierumsatz zum Maßstab ihres Handelns zu machen, hat sich gezeigt, als sie 1987 (vor unserer Übernahme der Räume) mit den BetreiberInnen des »Senfkorn« verhandelt hat, die in diesen Räumen einen alkoholfreien Treffpunkt einrichten wollten.

Wir haben unseren Vertragsteil in der Vergangenheit erfüllt, haben die Brauerei auch nie im Unklaren darüber gelassen, daß wir nicht ausschließlich eine Bierkneipe führen wollten, sondern schon beim Vertragsabschluß festgehalten, daß das Café NIXDA ein Bistro mit Veranstaltungen werden sollte, und es ist uns auch gelungen, den (relativ niedrigen) Bierumsatz zu steigern (im letzten Jahr um 17%). Darüberhinaus war es so, daß die Verpachtung des Objektes vor unserer Übernahme mehrere Jahre überhaupt nicht rentabel war, weil mehrere Pächter hintereinander gewechselt haben – weil sich der Standort für eine reine Bier- und Speisegaststätte als ungünstig erwiesen hat. Diese wirtschaftlichen Argumente sollen deutlich machen, daß wir von der Brauerei keine reinen Gefälligkeiten erwarten, sondern die Chance, einen sich entwikkelnden Betrieb weiterzuführen, und die Bereitschaft, sich mit alternativen Formen von Wirtschaft konstruktiv auseinanderzusetzen. Wir fordern Sie auf, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und den Pachtvertrag mit uns zu verlängern.

Das Kollektiv des Café NIXDA

EIN SELBSTVERWALTUNGS- STATT SOZIALARBEITSPROJEKT

Internationales Frauenkultur- und Frauenflüchtlingshaus

Das Projekt »Internationales Frauenkultur- und -flüchtlingshaus« ist eine Konsequenz aus der jahrelangen intensiven Auseinandersetzung mit der Situation von Flüchtlingsfrauen und vom Frauenhandel betroffenen Frauen in der BRD. In der Freiburger Terre des Femmes-Gruppe entstand ein immer größerer Handlungsdruck, über die Öffentlichkeitsarbeit hinaus etwas zu tun. Die große Resonanz auf ihre Pläne seitens ausländischer Frauen sowie seitens der Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten, hat sie in ihrem Vorhaben bestärkt.

Die Initiatorinnen dieses Projekts sind ca. 15 Frauen, die seit Jahren als Terre des femmes-Gruppe in Freiburg zusammenarbeiten. Terre des femmes ist eine Menschenrechtsorganisation für Frauen und wendet sich gegen jegliche Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.

Schwerpunkt der Freiburger Gruppe sind der Kampf gegen Frauenhandel, Frauen im Iran, kurdische Frauen, Rassismus in der weißen, deutschen Frauenbewegung, die Situation von Flüchtlingsfrauen in Deutschland und der Aufbau eines bundesweiten Zufluchtshauses für ausländische Frauen.

Die (aufenthaltsrechtliche) Situation ist für ausländische Frauen und Männer – besonders für diejenigen, die aus dem Trikont kommen – bekanntlich sehr schlecht und wird sich aufgrund der aktuellen politischen Lage (Einheitstaumel und zunehmender Rassismus) und mit Hilfe des neuen AusländerInnengesetzes noch weiter verschlechtern. Für die Frauen stellt sie sich jedoch noch miserabler dar, da ihr rechtlicher und somit auch ihr ökonomischer und politischer Status in der Regel in direkter Abhängigkeit vom (Ehe-)Mann steht.

Warum ein internationales Frauenkultur- und -flüchtlingshaus?

An die 90% der weltweit Flüchtenden sind laut UNHCR (UN-Flüchtlingshochkommissariat) Frauen und Kinder. Z.B. aus dem Iran mußten viele Frauen flüchten, weil der Golfkrieg und der islamische BürgerInnenkrieg nicht nur ihre Heimat zerstört haben, sondern sie als Witwen zum Freiwild degradierten. Auch kurdische und türkische Frauen (u.a. aus den Widerstandsbewegungen gegen den türkischen Faschismus) suchen hier eine Überlebenschance für sich und ihre Kinder. Diesen Fakten wird aber in der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik keinerlei Rechnung getragen. So ist es für Frauen wesentlich schwerer, als asylberechtigt anerkannt zu werden. Denn bisher wird am ehesten die Mitarbeit in Organisationen, die meist männerdominiert und -orientiert sind (wie z.B. Parteien), als Verfolgungsgrund anerkannt, nicht aber z.B. die alltägliche politische Basisarbeit der Frauen, die meist im Hintergrund bleibt. Auch die erschreckend häufig stattfindende geschlechtsspezifische Verfolgung ist trotz jahrelanger Forderungen immer noch nicht als Asylgrund anerkannt.

Erhalten Frauen als Ehefrauen von asylberechtigten Männern eine Aufenthaltsgenemigung, so befinden sie sich trotzdem oft in einer unwürdigen Zwangssituation, da ihr Aufenthaltsstatus als Familienangehörige meist an den Ehemann gebunden ist. Bei Trennung oder Tod des Ehemanns sind sie unmittelbar von der Abschiebung bedroht; das zeigte ein Fall in Freiburg: Die Abschiebung einer verwitweten kurdischen Frau mit ihren sechs Kindern konnte buchstäblich in letzter Minute verhindert werden.

Die Situation von Flüchtlingsfrauen in Sammelunterkünften wurde bisher noch kaum thematisiert. Wir wissen aber über die zum Teil extreme geschlechtsspezifische Herabwürdigung und sexuelle Gewalt seitens der männlichen Flüchtlinge und des männlichen Personals, die vor allem alleinstehende Frauen trifft.

Im Bereich des Frauenhandels wird gerade diese rechtliche Abhängigkeitssituation als Machtmittel gegen die Frauen verwendet. So sieht sich eine ausländische Frau, die z.B. auf dem Weg des Heiratshandels einen deutschen Mann geheiratet hat, von der Ausweisung bedroht, sollte sie sich in den ersten fünf Jahren trennen wollen. Die Hemmschwelle der Frauen bezüglich einer Trennung oder Scheidung ist dementsprechend hoch, auch wenn sie – wie in vielen Fällen – (sexueller) Gewalt ausgeliefert sind. Ausländische Frauen, die in die Prostitution gezwungen werden, befinden sich in einer noch prekäreren Situation. Da sie meist illegal hier leben, wird ihre Erpreßbarkeit und Abhängigkeit von Zuhältern und Händlern immens hoch, und sie sind oft extremer Gewalt ausgesetzt. In einer ähnlichen Lage befinden sich die illegalen Hausarbeiterinnen, deren Zahl rapide wächst.

All diesen Frauen, ebenso wie mißhandelten Ehefrauen und Töchtern von »Gastarbeitern« (mit meist gesichertem Aufenthaltsstatus) stehen bislang nur die meist völlig überfüllten Frauenhäuser zur Verfügung. Nicht nur die große Hemmschwelle, in einem deutschen Frauenhaus Hilfe zu suchen, sondern auch der oft erfahrene Rassismus von seiten der deutschen Bewohnerinnen ebenso wie eine wesentlich kompliziertere Gesamtsituation in kultureller, gesellschaftlicher und vor allem rechtlicher Hinsicht machen deutlich, daß die deutschen Frauenhäuser der Situation der flüchtenden ausländischen Frauen nur in sehr begrenztem Maße gerecht werden können.

Auf der anderen Seite stehen diese Frauen in der Regel unter immens hohem Druck, der ihnen oft nur die Wahl läßt zwischen dem Abtauchen in die Illegalität oder der Abschiebung, die in vielen Fällen wirtschaftlichen Ruin und Gesichtsverlust oder Folter und Tod bedeutet.

Aus all diese Gründen soll unbedingt die Möglichkeit eines zumindest vorübergehend gesicherten Aufenthaltsortes und Schutzraumes geschaffen werden, wo die Frauen vor rassistischen Auseinandersetzungen weitgehend sicher sein können und von ausländischen Frauen unterstützt werden.

Zur konkreten Umsetzung

Neben den ungezählten Stunden unbezahlter Arbeit hat die Gruppe zunächst Gelder für Stellen (ABM-Stellen und Honorarstellen) beantragt, um den kontinuierlichen Aufbau des Frauenkultur- und -flüchtlingshauses zu gewährleisten. Von Juni bis Dezember 1990 wurden Terre des femmes zwei halbe Honorarstellen von der »Frauenanstiftung« (Teil der grün-nahen Regenbogenstiftung) bewilligt.

Mit der Entscheidung, ein großes, renovierungsbedürftiges Haus mit Garten in der Nähe von Freiburg zu kaufen, das ca. 15 Frauen mit Kindern Platz bietet, hat das Projekt ganz konkrete Züge angenommen. Zur Zeit wird zusammen mit einigen ausländischen Frauen eine räumliche Konzeption für dieses Haus entwickelt, damit ab dem Frühjahr 1991 die Umbauarbeiten starten können.

Die bisherige Konzeption sieht vor, daß in diesem Wohnprojekt die Frauen für einen kurz- bis mittelfristigen Zeitraum in einer solidarischen Frauengemeinschaft leben können, bis ihre rechtliche Situation geklärt ist bzw. eine eigene Existenzmöglichkeit geschaffen ist.

Wichtiger Bestandteil des Konzeptes ist, daß die Frauen von Terre des femmes kein Sozialarbeitsprojekt von deutschen für ausländische Frauen auf die Beine stellen wollen, in dem immer die Gefahr der Bevormundung und Hierachie aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Machtpositionen besteht und in dem die ausländischen Frauen auf die Opferrolle reduziert werden. Vielmehr geht es darum, Möglichkeiten für die kulturelle Entfaltung und die Erhaltung der eigenen Identität in Form von möglichst breit gefächerten Aktivitäten zu schaffen.

Die Organisationsform des Hauses soll deshalb auch autonom sein, und es soll von den Bewohnerinnen in Selbstverwaltung geführt werden. Terre des femmes will die Möglichkeit schaffen, zwei ausländische Mitarbeiterinnen für Beratung, Hilfe bei Behördengängen und zur Unterstützung der Selbstverwaltung einzustellen. Daneben soll ein breites Unterstützungsnetz aufgebaut werden, nicht zuletzt, um z.B. drohende Abschiebungen zu verhindern oder zumindest politisch zu erschweren.

Die finanzielle Situation

Wichtiger Bestandteil des Konzeptes ist die Autonomie – gerade auch in finanzieller Hinsicht. Dies beinhaltet vor allem Unabhängigkeit von Banken – und damit vom ausbeuterischen Wirtschaftssystem, in dem Frauen und AusländerInnen ohnehin auf der Verliererinnenseite stehen und welches sie meistens davon abhält, sich größere Projekte zuzutrauen.

Durch die Entscheidung, ein Haus zu kaufen, ist deshalb zur Zeit die Sicherung der finanziellen Situation vorrangig: Der Kaufpreis von 300.000 DM setzt sich aus 170.000 DM Bankhypothek und 130.000 DM zinslosen Darlehen zusammen. Angestrebt wird jedoch eine Ablösung der Bankschulden, um von der ausbeuterischen Zinspolitik unabhängig zu werden. Dafür werdem dem Projekt zinslose Darlehen vom Netzwerk Dreyeckland zur Verfügung gestellt, welches jahrelange Erfahrungen in der finanziellen Betreuung von Großprojekten hat.

Für die erste große Renovierungsphase (Installierung von sanitären Anlagen) gehen die Frauen von weiteren 300.000 DM aus, die durch eine Mischfinanzierung aufgebracht werden sollen: Anträge gestellt sind bei Ökofond, Ökobank und GLS-Bank, Stiftungen wurden um Darlehen und Spenden gefragt.

Die gewünschte Autonomie kann nur funktionieren, wenn das Projekt von möglichst vielen getragen wird. Die Freiburger Terre des femmes-Frauen bitten deshalb um finanzielle Unterstützung, und zwar in Form

- einer Beteiligung an der Leih- und Schenkungsgemeinschaft,
- der Gewährung eines (möglichst) zinslosen Darlehens
- oder einer einmaligen Spende.

Zinslose Darlehen

Die Initiatorinnen des Projekts, möchten diejenigen unter Euch, die über mehr Geld verfügen, bitten, dieses in Form von Darlehen ab 500 DM im Internationalen Frauenkultur- und -flüchtlingshaus anzulegen. Die zeitliche Befristung, Kündigungsfrist etc. können nach Euren persönlichen Bedürfnissen gestaltet werden.

Eine Leih- und Schenkungsgemeinschaft

Die GLS-Bank ist eine anthroposophisch orientierte Bank, deren Anliegen ist, neue Wege bei der Gestaltung von Geldverhältnissen und des Wirtschaftslebens zu fördern, die nicht auf Konkurrenz beruhen, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. So wäre z.B. ein Ziel, daß gemeinnützige Projekte das benötigte Geld geschenkt (gespendet) bekommen. Da jedoch die ausschließliche Finanzierung über Schenkungsgelder unrealistisch ist, gibt es die Möglichkeit, Leihgelder (Darlehen) aufzunehmen. Dabei soll auf Zinsen – die Basis des kapitalisitischen und profitorientierten Wirtschaftssystems – verzichtet werden.

Zur Erklärung der Leih- und Schenkungsgemeinschaft, die auf dieser Idee basiert, ein Rechenbeispiel:
Es finden sich 100 Personen, die monatlich einen Betrag von 50 DM für einen Zeitraum von vier Jahren leihen oder spenden. Das sind insgesamt 2400 DM pro Person und bei 100 Leuten 240.000 DM. Damit diese Summe den Projektfrauen jetzt schon zur Verfügung steht (denn sie benötigen das Geld ja so schnell wie möglich), wird eine Leih- und Schenkungsgemeinschaft gebildet. Die GLS-Bank stellt die 240.000 DM sofort bereit, und jedes Mitglied beantragt bei der GLS-Bank ein Darlehen in Höhe ihrer Gesamtspende bzw. Leihgabe (in diesem Beispiel 2.400 DM). Dieses Darlehen wird dann in monatlichen Raten von 50 DM von den Mitgliedern an die GLS-Bank zurückgeführt. (Wenn das Geld nicht auf Spenden- , sondern auf Leihbasis zur Verfügung gestellt wird, sucht der Verein ein neues Mitglied oder springt selber ein.)

Am Ende jedes Jahres wird zusätzlich eine Kreditumlage in Höhe von ca. 2% fällig, damit die GLS-Bank ihre Betriebskosten decken kann. Dieser Betrag wird vom Verein übernommen. Außerdem übernimmt jedes Mitglied eine Bürgschaft von 2.400 DM zur Absicherung der Bankdarlehen für die anderen Mitglieder der Gemeinschaft. Innerhalb der vierjährigen Laufzeit kann es vorkommen, daß ein Mitglied aus persönlichen Gründen ihren zugesagten Anteil nicht aufbringen kann. Bis ein neues Mitglied für die Gemeinschaft gefunden ist, übernimmt der Verein den Betrag.

Dieses Beispiel läßt sich in verschiedenen Richtungen variieren. So kann der monatliche Betrag auf 100 DM erhöht und die Laufzeit auf zwei Jahre verkürzt werden. Oder es gibt die Möglichkeit, in einer Gruppe, als WG oder mit Freundinnen einen Betrag zu übernehmen.

Mit Hilfe von Spendenbescheinigungen ist das Geld im übrigen steuerlich absetzbar!

Die Leih- und Spendengemeinschaft ermöglicht also, durch gemeinsame ideele und finanzielle Solidarität große Beträge aufzubringen. Für das Internationale Frauenkultur- und flüchtlingenhaus bedeutet dieses Finanzierungsmodell, das sich schon oft bewährt hat, eine große Entlastung bezüglich der finanziellen Abhängigkeiten. ●

Die Frauen von Terre des femmes Freiburg haben sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 1990 eine Leih- und Schenkungsgemeinschaft aufgebaut zu haben, und rufen zu Unterstützung dieses dringend notwendigen Projektes auf.
Kontaktadresse für alle, die nähere Informationen über das Projekt der Leih- und Schenkungsgemeinschaft betreten wollen (Zusendung der Vertragsunterlagen), eine einmalige Spende oder ein zinsloses Darlehen geben können:
Terre des Femmes e.V.
Habsburgerstraße 9, D-7800 Freiburg
☎ (07 61) 55 12 80

Aus: »Frauensolidarität« 33/91
Zeitschrift für entwicklungspolitische Initiativen für Frauen in der »Dritten Welt«, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.

HERAUS ZUM 8. MÄRZ

– dem internationalen Frauentag

Runder Frauen-Tisch auf dem Alexanderplatz — Foto: Ricarda Buch

Unter diesem Motto hatte ein lockeres Bündnis von Frauen (aus Ausländerinnenprojekten, Friedensfrauen, SPD-Frauen, ASF-Frauen, Frauen aus Frauenprojekten aus Ost- und Westberlin und Kulturprojekten, aus gewerkschaftlichen Basisgruppen) zu einer Aktion mit Runden Tischen auf dem Alexanderplatz in Ostberlin aufgerufen. Damit wurde an die Tradition der Runden Tische von unten angeknüpft. Mit kurzen Statements zur Friedenssicherung, Forderungen zum abbau der Frauenerwerbslosigkeit, für den Erhalt und Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, zur Streichung des § 218, zum Ausbau der Frauenprojekteförderung, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, zum Abbau der alltäglichen Gewalt gegen Frauen wurde die Aktion eingeleitet. Dann wurden Frauen aus dem Publikum aufgefordert, das Mikrofon zu ergreifen bzw. ihre Forderungen auf 13 Tischdecken der mitgebrachten runden Tische zu schreiben. Es bildete sich eine Traube von ca. 500 überwiegend weiblichen PassantInnen. Viele und besonders auch ältere Frauen klatschten Beifall und bedankten sich bei den Organisatorinnen des 8. März-Ratschlags, beschrifteten die Tischtücher oder griffen zum Mikrofon. Auf den Tisch tüchern entstand ein lebendiges Bild der Stimmungslage von Berliner Frauen. Hier ein Ausschnitt:

- Frauen laßt Euch nischt jefalln!
- Wird die Rente der Bürger bewußt so niedrig gehalten, damit sie sterben sollen?
- § 218 bringt Frauennot und Frauentod
- Wickelt den Senat ab, bzw. ein!
- Wir wollen unsere runden Tische wiederhaben!
- Frauen ergreifen Macht
- Macht Frauen stark
- Seid furchtbar und wehret Euch!
- Lehrstellen auch für Mädchen
- Ich möchte kein bundesdeutsches Hausfrauendasein führen!!!
- Arbeit!! und eine bezahlbare Wohnung!
- Als Ur-Omi Kriege und Faschismus erlebt und habe dagegen gekämpft und ich kämpfe weiter
- Freiheit vor gefräßigen Wölfen – Recht auf Leben und Frieden für Alle
- Der Staat ist der größte Zuhälter!
- Ich möchte lieber arbeiten statt »vorzuruhen«!
- Runde Tische ins Parlament
- Vor 40 Jahren Trümmerfrau und heute Sozialhilfeempfängerin
- Recht auf bezahlte Arbeitsplätze
- Wir mischen lieber Beton als Créme Fraiche
- Gebt uns unsere Heimat wieder! Wir sind kein Billigland.
- Gegen Schreiheit und Kohlstand!
- Ein Alter in Würde und nicht als Bettelfrau!
- Wir wollen endlich eine feministische Bundeskanzlerin!

Die beschrifteten Tischtücher sollen nach Bonn gebracht werden. Weitere ähnliche Aktionen mit Runden Tischen sind geplant, um der Stimme der weiblichen Bevölkerung Gehör zu verschaffen. ●

(Für die Koordinationsgruppe des 8. März, Ricarda Buch)

Anzeige

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

»DAS GANZ ANDERE RADIO« ?

Jeder Mensch hört das Radio, das er verdient

Einige grundsätzliche Gedanken zur bundesdeutschen Radioszene und zur Entwicklung der aktiven Beteiligung am Hörfunkgeschehen...

Mathias Lahmann, München ● Ständig wird geredet. Besonders auf Tagungen. Nicht alles wird verstanden. Und... vor allen Dingen: will verstanden werden. Das ist ein Allgemeinplatz, der im letzten Jahr auch und gerade Geltung hat für die tagungsspezifischen Auseinandersetzungen rund um Alternativ-Sender, Gegenöffentlichkeit und BürgerInnenbeteiligung.

Während die deutsche Medienwirklichkeit auf diesem Sektor in den letzten Monaten beinharte Fakten schuf (Untergang von Radio 100, Berlin; das nahende Ende der alternativen -Piraten-tätigkeit in den Elbe-Oder-Staaten; Knebelungsversuche im sogenannten -15%-Bereich- des NRW-Mediengesetzes...), blieb in engagierten Zirkelgesprächen der Blick auf politische Chancen für aktive BürgerInnenbeteiligung am Hörfunkgeschehen – im kleinen wie im großen – getrübt.

Leidgeprüfte -Gegen?-funkerInnen waren bemüht, erst einmal das eigene Projekt zu verstehen und dessen ideologische Standfestigkeit gegen jede Relativierung zu behaupten. Daneben organisierte die Institution **Mühlfenzel** (Zitat Süddeutsche Zeitung) die Weichenstellung für eine gesamtdeutsche Medienlandschaft:

Die Möglichkeit, aus den professionellen Hinterlassenschaften ehemaliger Zwei-Staatlichkeit (RIAS, DT 64, Deutschlandfunk etc.) die Realisierung gesellschaftlicher Forderungen zu entwickeln, bleiben außen vor. Die Chance, aus dem RIAS einen dringend benötigten multikulturellen Sender -Radio In Anderen Sprachen- zu machen, wurde bislang ebensowenig umgesetzt wie die Idee, aus -DT 64- einen international arbeitenden Jugendsender zu entwickeln.

Politische Begriffe wie **BürgerInnenbeteiligung am Funk, Quer- und Dagegenfunken** verkamen daneben nicht selten zu intellektuellen, medienpädagogischen Größen...

Die Unzufriedenheit mit dieser Art Entwicklung gab den Anschub, ein weiteres Mal die unterschiedlichen Fäden der Radioprojeke-Szene aufzugreifen und nach Verknüpfungen zu suchen.

Motivationen

Wer pauschal das -gaanz andere Radio- postuliert, weiß sich schnell auf einer Woge stereotyper Sympathie. Unterschiedliche Motivationen spielen hier eine Rolle.

- Wer kennt nicht die Unzufriedenheit mit der herrschenden Programmformulierung: Alle Angebotsvielfalt reicht nicht aus, um die persönliche Unzufriedenheit an der aufgezwungenen KonsumentInnen-Rolle aufzufangen. (Ob allerdings weitere Angebote – zum Beispiel die des -gaanz anderen Radios- – diese Unzufriedenheit überwinden helfen, bleibt in Diskussionen um die Forderung nach Alternativen leider allzu gerne ungeklärt.)
- Ein weiteres Motiv ist die Hoffnung auf eine -Bühne-, die die selbstbewußte Formulierung eines solchen -anderen- Radios ermöglicht. Persönliche Überzeugungen, gegenläufige Sichtweisen, unkonventionelle Formen... all das findet ein Betätigungsfeld, das vorher in der Art nicht vorhanden war.

Besonders die -Kids- sind schnell zu begeistern, wenn es um das Plakatieren des eigenen Lebensgeschmackes geht.

- Bei diesem -Bühnen-bild schließt sich auch das Stichwort Gegenöffentlichkeit an: Frustierende Erfahrungen mit anderen Kommunikationsträgern (Stadtblätter, Flugis, Diskussionen etc.) ließen die Hoffnung auf neue Aufmerksamkeit durch ein weiteres, bislang nicht genutztes Medium zu. Das -gaanz andere Radio- gewann den Beigeschmack politischer Bedeutung mit den entsprechend engagierten Reizwörtern der 80er Jahre: Instandbesetzung, Anti-AKW, Friedensblockaden usw..
- Als Motiv muß natürlich auch die Hoffnung auf eine Erfrischung in der täglichen Berieselung erwähnt werden: So wie vor 20 Jahre **Radio Luxemburg** auf Mittelwelle mit seinem -fröhlichen- Programm für eine Innovation im Funkgeschehen sorgte, hofft manche(r) Konsumorientierte(r) auf Neues, Anderes, Interessantes neben -Magazinitis-, -Spartenprogrammen- und -Werbung-...

Und alle strahlen, wenn sie etwas vom -gaanz anderen Radio- hören.

»Anwendungsbereiche«

Jedes der erwähnten Motive (und natürlich auch noch weitere...) kann zum aktiven Handeln Anlaß geben. Dem Wunsch, -gaanz anderes Radio- nicht nur hören zu wollen, sondern auch zu **machen**, steht in der Bundesrepublik ein weit ausdifferenziertes Handlungsfeld gegenüber:

1. **Piratensender**, die das festgelegte Sendemonopol der Post umgehen und den gesetzlichen Bestimmungrahmen der Medienlandschaft verlassen
2. **Privatrechtlich-zugelassene Senderprojekte**, die innerhalb ihrer Struktur bemüht sind, kollektive Formen von Programmautonomie umzusetzen
3. **Programm-Nischen** bei öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Sendern, die ProduzentInnen für die Veröffentlichung ihrer Beiträge nutzen können
4. Sogenannte **Offene Kanäle**, die in einigen Bundesländern neben den -professionell- genutzten Frequenzen als gesetzlich abgesicherte Spielwiese finanziert werden und Laien die Gelegenheit zum Produzieren eigener Beiträge bieten sollen.

Unterschiedliche Ausgangspositionen

Die genannten vier -Projekt-Typen- existieren in keiner Region zeitgleich und einträchtig nebeneinander. Das hat unterschiedliche Gründe:

- Einmal haben die Landesparlamente in den Bundesländern unterschiedliche gesetzliche Grundlagen geschaffen: So sind zum Beipiel in Bayern und Baden-Württemberg Offene Kanäle gar nicht vorgesehen, während in NRW eine aktive HörerInnenbeteiligung im privaten Hörfunk (-15%-Regelung-) ausdrücklich festgelegt ist.
- Daneben spielen die unterschiedlichen parteipolitischen Strömungen eine wichtige Rolle.
  Parteipolitisch beeinflußt ist also z.B. das Zulassungsverfahren von Alternativsendern: RADIO Z fand bei der (gemäßigten) fränkischen Kabelgesellschaft von Anfang an ein offenes Ohr, während das Projekt LORA München bei der Münchner Kabelgesellschaft auf Granit biß. Deren Geschäftsführer hatte sich als Vorsitzender der CSU-Medienkommission dem ausschließlichen Kommerz verschrieben. (Auch medienpolitische -Feigenblätter- hatten da keine Chance!!!)
- Der Verstoß gegen das bundesweit einheitlich geltende Sendemonopol der Post (-Schwarzfunken!-) wird unterschiedlich geahndet: Im ostfriesischen Raum herrscht seit Jahren unbeanstandet fröhliche **Piratentätigkeit**; in Freiburg wurde dagegen ein eigener Staatsanwalt abgestellt, um die (damals noch illegalen!) politisch motivierten DreyeckländerInnen unter strafrechtlichen Druck zu setzen.
- Zum Schluß hängt es aber **vor allen Dingen** vom politischen Engagement und vom Handlungspotential einer regionalen Subkultur ab, ob (und wie) sich ein Radio-Projekt formuliert.
  So ist es nicht verwunderlich, daß die drei alternativen Sender der Republik in den achtziger Jahren gerade in Städten starken politischen und kulturellen Engagements (Freiburg, Nürnberg und Berlin) entstanden und dort ihre inhaltliche Verankerung fanden

Das Waren-Angebot -aktive BürgerInnenbeteiligung- ist also eine zarte Pflanze und läßt sich nicht so einfach in den Regalen des Supermarktes um die Ecke -vermarkten-.

Ein weites Feld

Unter den genannten gesetzlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ist die Auffächerung der 4 Projekt-Typen (Piraten/ Senderprojekte/Nischen/Offene Kanäle) enorm breit und wird von unterschiedlichsten Motivationen und Perspektiven getragen.

Beispiele:

Während die Funkpiraten im Osten (z.B. Radio P; Berlin/ Radio F.R.E.I; Erfurt) mit großer Hoffnung auf -andere- Freiheit den rechtsfreien Raum der Noch-DDR ausnutzten und das **Schwarz-Senden** an sich als politische Innovation gelten konnte, hatte ein Pfarrer in der Nähe von Duderstadt/Nds. ganz andere, pragmatischere Ziele vor Augen: Seit Jahren funkte er seine Predigten in den regionalen Raum, um möglichst viele -Schafe- erreichen zu können. Ein unglücklicher Zufall brachte ihm deswegen kürzlich ein folgenreiches Rechtsverfahren ein.

Ähnlich große Unterschiede existieren auch bei den Sender-Projekten:

Das Freiburger Radio Dreyeckland hält weiterhin an dem Postulat -Gesellschaftsfunk- fest. Allgemein nicht zu Wort kommende gesellschaftliche Gruppen sollen eine -Gegen-öffentlichkeit erhalten und sich aktiv zu Gehör bringen. Folgerichtig wird bei RDL auch nur die Sender-Struktur finanziert, nicht aber das Erstellen der Beiträge. Sender wie RADIO Z/Nürnberg sind unter ähnlichen Prämissen installiert worden, haben sich aber durch die tagtägliche Arbeit dynamisch verändert. Angestellte JournalistInnen vermitteln mit ihrem Programm innerhalb einer komplexen Medienöffentlicheit einen zusätzlichen Aspekt an stadtrelevanten Informationen; der versteht sich aber nicht mehr als -Gegen-öffentlichkeit, sondern als (ergänzende) Teilöffentlichkeit.

Die aufwendige Einrichtung einer eigenen Sendeplatz-Nische-Offenes Radio- beim WDR (ausgestattet mit entsprechenden Personal-,Raum- und Sachmitteln und unterstützt durch die landesweite Infrastruktur des WDR) will den Wünschen der HörerInnen dienen, auch einmal etwas -zu sagen / zu machen- im erdrückenden Programmangebot. Radio wird zu einer öffentlichen Mitmach-Bühne.

Dieser ARD-»Rahmen« läßt sich nicht vergleichen mit dem kleinen Privat-»Fenster«, das ein Kulturzentrum in Ingolstadt beim ortsansässigen Kommerzsender ergattert hat. Dort können Kinder einmal wöchentlich innerhalb einer vom Sender eingerichteten Kindersendung ihren eigenen kleinen Programmteil erstellen.

Die **Offenen Kanäle** haben ebenfalls kein einheitliches Erscheinungsbild: Radio Bremen leistet sich einen OK im öffentlich-rechtlichen Programm, in anderen Bundesländern sind die OKs privatrechtlich organisiert. Manchmal senden sie terrestrisch, meist sind sie nur über Kabel zu empfangen.

Im allgemeinen sind OKs durch ihre Auflagen (ausstrahlen der Beiträge nach Eingangsstempel) kaum rezipierbar und dienen nur einer sehr kleinen AktivistInnen-Schar ohne medienpolitischen Anspruch.

Diese Feldbeschreibung ist natürlich nicht vollständig: Die Jugendzentrums-Hausradios, der Krankenhausfunk, die CassettenproduzentInnen und noch nicht sendende Radio-Initiativen etc. ... sie sind hier alle nicht genannt. Auch wird der obige Projekte-Anriß den genannten Gruppen und Einrichtungen kaum gerecht; jahrelange Entwicklungsprozesse lassen sich nicht in wenigen Zeilen widerspiegeln.

Die ausschnitthafte Feldbeschreibung soll vielmehr verdeutlichen, wie komplex das Stichwort -das gaanz andere Radio- gehandelt wird.

Subventionen

Allen diesen Projekten ist gemein, daß sie personeller wie finanzieller Unterstützung bedürfen, da sie sich nicht alleine tragen. Bei öffentlich-rechtlichen Sendungen und bei den offenen Kanälen dienen die allgemeinen Rundfunkgebühren als Finanzquelle. Aus diesem Topf lassen sich gutdotierte Personalstellen und eine entsprechende technische Struktur finanzieren, die diese Institutionen langfristig absichern.

Anders ergeht es den alternativen Senderprojekten: Die Hoffnung, ein breites Sympathiefeld von Menschen/HörerInnen zu gewinnen, das durch alternative Hörgebühren/Mitgliedsbeiträge das Projekt trägt, ist ebenso gescheitert wie die Idee, über Rundfunkwerbung die notwendigen Betriebskosten zu erwirtschaften.

Die Aufgabe, neben Privatfunk und öffentlich-rechtlichen Sendern eine dritte Radio-Öffentlichkeit zu gewährleisten, wiegt schwer auf den Schultern der ProjektlerInnen, die nur unter dem Stichwort -Selbstausbeutung- den finanziellen Zusammenbruch der Sender verhindern.

Der Ruf nach Subventionen birgt aber auch das Risiko, die zu unterstützende Einrichtung inhaltlich und formal hinterfragen (und kontrollieren) zu lassen...

Die Zukunft

Wer sich über bürgernahen Zugang zu den Hörmedien Gedanken macht, sollte eine Motivations-, Feld- und Typenbeschreibung (wie sie hier im Anriß vorliegt) nicht außer Acht lassen: Selbst ohne die Offenen Kanäle mitzuzählen, sind im deutschen Sprachraum schnell über fünfzig Produktionsstätten, Sender, Audio- und Radio-Initiativen genannt, die den anfangs geschilderten Projekt-Typen zugeordnet werden können.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, diesen Bereich genauer zu beschreiben und gegenseitigen Kontakt und Erfahrungsaustausch der Projekte untereinander zu aktivieren. Eine qualitative und quantitative Bestandsaufnahme könnte das Spekrum der Möglichkeiten von aktiver BürgerInnenbeteiligung in seinen Facetten aufzeigen.

Daneben gilt es aber auch, Perspektiven für eine Weiterarbeit nicht aus den Augen zu verlieren.

- Für wen sind die -kleinen- Öffentlichkeiten in unserem Mediensystem vonnöten und wie können sie konzertiert gesichert werden?
- Wie können Projekte aktiver BürgerInnenbeteiligung davor geschützt werden, zur pädagogischen Spielwiese oder zum alternativen Ausbildungsplatz für -quer-einsteigende- RundfunkjournalistInnen zu verkommen?
- Wo sind zukünftig die entsprechenden Lobbies und PartnerInnen für eine **aktive BürgerInnenbeteiligung** zu finden und wie ist mit ihnen zu verhandeln? ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

EINE MONATSZEITSCHRIFT UND IHR ERSCHEINUNGSBILD IM FRÜHJAHR 1991

Das »Radio von unten« als Printmedium

RADIO VON UNTEN, das alternative Medienmagazin, wird herausgegeben vom Kurzwellen-Pressedienst im Verlag Rainer Pinkau (Göttingen). Die Themenbandbreite des Magazins reicht vom politischen Untergrund(Geheim-)sender in Afghanistan über Radio Caroline bis hin zum »Offenen Radio«.

Rainer Pinkau, Göttingen ● Dokumentiert werden auf monatlich 48 Seiten nicht nur einschlägige Frequenzen und Sendezeiten, sondern auch aktuelle Informationen aus verwandten Gebieten: dem weltweiten Kampf um freie journalistische Arbeit oder den Aktionen der Hacker-Szene, um nur zwei Beispiele zu nennen. Während der -Wende- in Deutschland und seit Beginn des Golfkrieges hat RADIO VON UNTEN sein Konzept teilweise total umgestellt und die Berichterstattung den aktuellen Gegebenheiten untergeordnet.

Unter -normalen- Umständen wird die Themenauswahl in RADIO VON UNTEN aus folgenden Bereichen der sub-/alternativen Medienwelt getroffen:

- Freie Radios – Free Radio – radio libres (Sender der Friedens-, Öko-, Anti-AKW-Bewegung u.a. auf UKW)
- Rundfunk-/Medienentwicklung in Spannungsgebieten, die gekennzeichnet sind durch Bürgerkrieg, Putsch, Guerilla-Tätigkeit usw.
- Politische Berichterstattung aus den Krisengebieten
- Aktivitäten von politischen Untergrundsendern (Clandestine) auf Lang-, Mittel- und Kurzwelle, auf UKW und im Fernsehen
- Geheimsender-Geschichte im 20. Jahrhundert
- Offshore (Seesender)-Tätigkeit in den internationalen Gewässern
- Lizensierte Alternativsender (z.B. Radio Dreyeckland, Radio 100, Radio Z, gemeinnützige -Radios von unten-, Offene Kanäle, experimentelle Projekte)
- Initiativen z.B. gegen Verkabelung, Zensur, für Rundfunkfreiheit
- Computer-Underground/-Kriminalität/-Spionage (Hakker, Viren etc.)
- Störsender-Aktivitäten (Jamming) – Geschichte und Gegenwart
- Aktivitäten im Amateurfunk-, Satellitenfunk-, Flugfunk-, SeefunkBereich usw.)
- Satelliten-Piraterie (Anzapfen von Satelliten-Rundfunk/ -Fernsehen)
- Psychologische Kriegsführung, Manöverwellen
- Geheimdienste (Aktionen im Zusammenhang mit Presse, Funk und Fernsehen, Spionage-Satelliten, Funkaufklärung, Abhöreinrichtungen)
- Menschenrechtsverletzungen an Journalisten, Schriftsteller, Verstöße gegen Pressegesetze auf aller Welt
- Zensurbestimmungen und -bekämpfung
- Kurzwellen-Rundfunk (Auslandsdienste, Ausbreitungsbedingungen)
- Untergrund- und Exilpresse; Underground-Plattenlabels, -Musik
- Konsum (Bücher, Cassetten, Filme etc. zum Thema Alternativ-Rundfunk, Clandestine, Offshore, Piratensender, Geheimdienste usw.)
- Sender-/Empfängertechnik, Hobby-Elektronik
- Programminhalte von Hörfunk- und Fernsehsendern (gesellschaftskritische, medienkundliche Sendungen, Jugendfunk, -fernsehen usw.)
- Veranstaltungen (alternative Medienszene)

Die ständigen Rubriken in RADIO VON UNTEN sind:

- **unter uns**
  Redaktionsinterna kurz und bündig – Impressum – Neuerscheinungen des KW-Pressedienstes, Editorial
- **Titelgeschichte**
  -Aufmacher- im Heft - aus den Bereichen Rundfunk (Clandestine, Musik-Piraten, Offshore, Free Radio), Computer, Geheimdienste, Utility etc.
- **RADIO VON UNTEN aktuell**
  Presse, Funk und Fernsehen unter besonderer Berücksichtigung der weltpolitischen Lage – Internationale Nachrichten von A bis Z
- **Alternative hierzulande**
  Neues aus deutschen Funkhäusern (Offene Kanäle, progressive Sendeformen in öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk)
- **Musik-Piratensender**
  Informationen und Berichte über Hobby-/Land-Piratensender auf UKW, Mittel-und Kurzwelle; Seesender (internationale Gewässer/Offshore)
- **Computer-Underground**
  Hacker-Szene, Computer-Piraterie, Viren, Hard-/Software-Innovationen
- **Medien Mix**
  RADIO VON UNTEN kreativ-ecke (Aktionen, Initiativen, Wettbewerbe), Gegenöffentlichkeit (-Kultur von unten-, Kino-, Musik-Subkultur), Produktinformationen (Audio, Video, Filme, Fotos, Technik usw.), Informationen von außerhalb der Rundfunkbänder (Amateurfunk, CB-Funk, Utilities)
- **programmtips**
  Aktuelle Hinweise auf Funk- und Fernsehsendungen (monatliche Vorschau)
- **Liste der politischen Untergrundsender**
  nach Frequenzen und Zeiten geordnet sowie mit Anschriftenliste
- **Frequenz-Gefluster**
  -Kurzwelle: Politik aus erster Hand- (der Empfang von Rundfunksendungen aus den Krisengebieten dieser Welt) – Auslandsdienste, Clandestine u.a. Informationen von außerhalb der Rundfunkbänder (Amateurfunk, Utilities)
- **RADIO VON UNTEN magazin**
  Reportagen, Interviews, Hintergrundberichte, Serien aus allen Bereichen (Rundfunk, internationale Politik, aktuelle und historische Clandestines, Musik-Piraten, Offshore, Free Radio, Computer, Utility)
- **Aufgelesen**
  Buchbesprechungen unserer Rezensenten, Produktinformationen, Verlagswesen, Literaturhinweise
- **Watt Ihr Volt.**
  Unterhaltung in RADIO VON UNTEN (Witz, Satire, Kurzgeschichte, Comics)
- **Terminkalender**
  Hinweise auf (alternative) Medien-Ereignisse, Polit-Daten, Messen

Neben RADIO VON UNTEN werden vom Kurzwellen-Pressedienst drei weitere Monatszeitschriften herausgegeben: in Englisch das -Radio Magazine- und -Clandestine Calling- sowie -Kurzwelle in Deutsch-. Eine Schriftenreihe -Politische Untergrundsender- über die Geschichte der Geheimsender und eine monatliche Cassetten-Edition (-RADIO VON UNTEN-Tonstudio-) runden das Programm ab.

(UN)FREIE RADIOS

Eyn Hamburger Hörspyl
Radio St.Pauli tritt gegen Kommerzielle an

Die Einführung des dualen Rundfunksystems, d.h. des Nebeneinanders von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, erfolgte auf Betreiben der Wirtschaft. Das oberste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht (BVG), konnte sich Anfang der 80er Jahre dem öffentlichen Druck nicht länger entziehen – wobei Öffentlichkeit hier im typischen Sinne gemeint ist, nämlich Öffentlichkeit derer, die Geld und damit Macht und »das Sagen« haben.

Elke Spanner/Thorsten Thorein, Hamburg ● Kein Wunder also, daß die Diskussion um die Einführung eines privaten Rundfunks hauptsächlich an der Frage aufgehängt wurde, ob es ein Grundrecht (also eines der höchsten und persönlichsten Rechte) auf Unternehmerfreiheit in der Kommunikationsbranche gibt. Das BVG vergaß glücklicherweise nicht ganz, daß Radio und Fernsehen eigentlich Medien und keine Wirtschaftsgüter sind, und sprach den Öffentlich-Rechtlichen die Funktion der sogenannten Grundversorgung zu: Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten für all das zuständig sein, was die Funktion eines Mediums für seine RezipientInnen ausmacht: Information und zwar »umfassend und vielseitig«. Ist die Grundversorgung gesichert, ist egal, was die privaten Veranstalter so treiben.

Grundlage des Treibens sind die einzelnen Landesmediengesetze. Da das Treiben der Kommerziellen (in der Sprache des BVG's die »Entwicklung des Rundfunkmarktes«) kontrolliert werden müsse – aber »staatsfern«, also nicht durch die Landesverwaltungen – wurde in jedem Land eine sich staatsfern, pluralistisch nennende Anstalt geschaffen, in Hamburg die Hamburgische Anstalt für neue Medien (HAM). Wie alle Landesmedienanstalten ist die HAM für die Zulassung und Kontrolle des Privatfunkes zuständig.

Laut Mediengesetz mußte die HAM gleich in der ersten, konstituierenden Sitzung des Vorstandes eine Hörfunkfrequenz ausschreiben. Aus wirtschaftlichen Gründen natürlich, weil aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein bereits zwei Privatsender, Radio ffn und RSH, ins Hamburgische Stadtgebiet einstrahlten und diese Sender keinen großen Vorsprung auf dem Hamburger Werbemarkt bekommen sollten.

Das Hamburger Mediengesetz wurde geschrieben als der Versuch eines Kompromisses zwischen Hamburger Standortpolitik (Medienmetropole) und sozialdemokratischem Gestaltungswillen der ursprünglichen PrivatfunkgegnerInnen.

Ausdruck des Gestaltungswillens: Einzelne Radiofrequenzen wurden für bestimmte Formen des privaten Rundfunks gesetzlich funktionalisiert. Neben den Frequenzen für rein kommerzielle Anbieter, für die das Medium ausschließlich Erwerbsquelle ist, wurde eine Frequenz für den offenen Kanal vorgesehen außerdem sollte es »örtliche Programme für Teilgebiete Hamburgs« geben. Dieser Lokalfunk wurde als Weg beschrieben, ein Gegengewicht zu den übrigen Programmen zu bilden, die vorrangig auf Werbeeinnahmen und damit Massenwirksamkeit bedacht sind.

Doch mit diesem medienpolitischen Anspruch verknüpfen sich zwei Probleme: Zum einen stimmte das reale Frequenzangebot nicht mit dem doch eigentlich dafür geschaffenen Gesetz überein – schließlich kommen die Frequenzen von der Post, das Gesetz vom Senat. Es gab keine Frequenzen für Teilgebiete Hamburgs, sondern nur die sogenannten low-power-Frequenzen, die eine schwache Sendeleistung bringen, aber das gesamte Stadtgebiet erreichen. Dieses Problem wurde dadurch gelöst, daß das Gesetz von der HAM einfach anders ausgelegt wurde: Für die Lokalität sollte es nicht auf die technische Empfangbarkeit, sondern auf die inhaltliche Ausrichtung des Programms und die stadtteilbezogene Herkunft der die Programme tragenden Gruppen ankommen.

Zum anderen ging die »Gestaltung« des Gesetzes sogar soweit, daß die lokalen Sender gemeinnützig sein sollten. Damit sollten »nicht erwerbswirtschaftlich orientierte Programme« ermöglicht werden. Die HAM war aber nie bereit, das Gesetz optimal zugunsten nichtkommerzieller Sender zu nutzen; Gemeinnützigkeit forderte sie von den Sendern nur insoweit, als deren wirtschaftliche Tragfähigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wurde.

Die für diese gemeinnützigen, lokalen Radios vorgesehenen Frequenzen sind 95.0 und 97.1 Mhz.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auf Sendung !!!!!

Das Drehbuch war also geschrieben, die Inszenierung »Neuordnung des Rundfunkwesens – oder wie der Privatfunk zu Hamburg kam« konnte beginnen.

1.Akt: »Die Stärksten zuerst – oder dem Tüchtigen die Werbemark«.

Wie vorgesehen, ging als erstes das Programm der großen und mächtigsten Verleger als Radio Hamburg am 31.12.86 auf Sendung. Zu fast 90 Prozent gehört dieser Sender in Form einer GmbH dem Axel-Springer-Verlag, der Ufa-GmbH und dem Heinrich-Bauer-Verlag. Als zunächst konkurrenzloser Hamburger Anbieter und mit 90 kw Sendeleistung in weiten Teilen Schleswig Holsteins und Niedersachsens zu empfangen, hatte Radio Hamburg leichtes Spiel, sich auf dem Werbemarkt zu bedienen. Schon bald nach Sendebeginn schrieb RHH schwarze Zahlen (Jahresetat 1990: ca 10 Mio. DM) und streicht seitdem mit seinem Mainstream-Unterhaltungsprogramm ansehnliche Gewinne ein – als einziger der Privaten in Hamburg.

2.Akt: »Der Versuch, mit mehr Wort (trotzdem) Geld zu machen«.

Nachdem die Interessen der Großverlage befriedigt worden waren, konnte ein zweiter, ebenfalls gewinnorientierter Sender zugelassen werden. Das geschah. Am 1.7.87 ging Radio 107 auf Sendung. Der Sender, ebenfalls als GmbH organisiert, war zunächst in Besitz von RTL, Holtzbrink und drei Hamburger Privatgesellschaftern. Um sich auf dem Werbemarkt zu etablieren, versuchte man es mit Kultur und einem relativ hohen Wortanteil. Im Visier der Werbeaquisiteure standen dabei diejenigen, die »Köpfe zwischen den Ohren« (107-Werbeslogan) haben. Das Vorhaben scheiterte; RTL und Holtzbrink stiegen Anfang 1989 aus; eine Übernahme durch Radio Hamburg, deren Besitzer gern eine zweite Frequenz für ein Spartenprogramm gehabt hätten, wurde abgelehnt; der Versuch einer Firma in SPD-Besitz, einzusteigen, schlug fehl; die Lizenz war von der HAM im April 1989 schon entzogen worden und nur durch einen Gerichtsbeschluß blieb Radio 107 erhalten. Der Schock hat gewirkt: Das Programm wurde auf Musik-Unterhaltung umgestellt, der hohe Wortanteil und der vorgeblich qualitative Anspruch wurden ad acta gelegt. »Durchhörbarkeit« war das Zauberwort, mit dem der Jahresetat von ca. 6,1 Mio DM erwirtschaftet werden sollte. Trotzdem rote Zahlen bei Radio 107 und ein Mainstream-Programm mehr.

3.Akt: »Die Mär vom guten Kapitalisten – das Zwei-Säulen-Modell«.

Dieses Kapitel stellt den sozialdemokratischen Versuch dar, im Hörfunk die Synthese von erwerbswirtschaftlicher Orientierung – sprich Werbefinanzierung – und einem inhaltlich davon unabhängigen Programm, d.h. einem, das nicht der »Durchhörbarkeit« unterworfen ist, herzustellen. Das Ganze war gedacht als Ummäntelung der Übereignung der neuen Frequenzen an die kapital- und einflußstarken Großverlage und fand seinen Niederschlag im Mediengesetz in den Regelungen über »örtliche Programme für Teilgebiete Hamburgs«. Die Reinkarnation dieser Synthese ist das sogenannte Zwei-Säulen-Modell. Geplant war es so: Ein oder mehrere GeldgeberInnen stellen lediglich Kapital zur Verfügung und tragen den Sender wirtschaftlich (Säule Nr.1). Eine gemeinnützige Anbietergemeinschaft nimmt als Lizenznehmerin die Programmhoheit wahr und bestimmt, was letztendlich im Sender geschieht (Säule Nr. 2). Im Mediengesetz taucht dieses Modell zwar nicht auf, wurde aber von der HAM den BewerberInnen als Organisationsform quasi vorgeschrieben. Das einzige Problem: Es fanden sich keine geeigneten Kapitalisten – denn, wer Geld gibt, will bestimmen, was läuft. Daß das auch im werbefinanzierten Hörfunk gilt, war eigentlich auch der SPD klar, aber sie wollte es probieren, nicht zuletzt, um das Gesicht zu wahren und das Feld nicht nur den großen Verlagen zu überlassen, also irgendwie noch an den »Neuen Medien« mitzugestalten.

Rausgekommen sind dabei zwei Sender, die örtliche Programme mit Stadtteilbezug anbieten sollten: Anfang 1988 starteten OK-Radio und Radio Korah. Bald schon wurden sie eingeholt von den erwerbswirtschaftlichen Gesetzen, von denen eines eben ist, daß, wer das Geld gibt, das Sagen hat. Es wurde nichts mit der eigenständigen Entscheidungskompetenz der Anbietergemeinschaft, sie hatte bald nichts mehr zu entscheiden. Zu stark war die Drohung der Finanziers, den Geldhahn zuzudrehen. Viel Geld war aber auch gar nicht zu verdienen, der Werbemarkt war schon längst erschlossen und mit gerade 100 Watt waren diese Sender auch noch diejenigen, die potentiell am wenigsten Menschen erreichen konnten. So ging das Schicksal seinen Gang: Korah ging Mitte August 1988 nach langem Hin und Her und vielen internen Streitereien in Konkurs; OK-Radio läuft nur noch, weil der Erbe des Otto-Versandes unablässig die nur zu einem Bruchteil von Werbung abgedeckten Kosten zahlt (Jahresetat ca 5,5 Mio. DM) und mit der Folge, daß das Programm total den Marktbedingungen angepaßt ist. Und das heißt »Durchhörbarkeit« um jeden Preis, d.h. völliges Anpassen an das übliche Unterhaltungsprogramm. Alle früheren Ansätze, ein inhaltlich anderes Programm zu gestalten, sind längst beseitigt worden. Die Anbietergesellschaft hält die Lizenz nur noch formhalber, hat nichts zu sagen und ist zur Statistin degradiert. Anders bei OK-Radio ist lediglich, daß die Musik generell 3 Prozent schneller gespielt wird, man hofft, damit ein spezifisches Programmprofil zu erlangen und die Einschaltquote zu verbessern. Also alles, fast, wie bei den ungeschminkt kommerziellen Sendern; es gilt: Wer die höchste Einschaltquote hat, bekommt die meisten Werbegelder und verdient am Medium. Diesem Fetisch »Einschaltquote« hat noch jeder Sender gern sein Programm geopfert.

4. Akt: »Was bleibt, was kommt – Schrecken oder Hoffnung?«

Der vorläufige Schlußakt. Radio Korah hörte im Sommer 1988 auf zu senden und damit war die Frequenz 97,1 wieder frei. Nach langwierigen Vorüberlegungen rang sich die HAM im Juni 1990 – also erst nach zwei Jahren! – endlich dazu durch, die Frequenz erneut auszuschreiben, und zwar nach schon erwähntem Abschnitt über örtliche Programme. Zur Erinnerung: Laut Begründung des Mediengesetzes soll auf dieser ein nichterwerbswirtschaftlich ausgerichtetes Programm ermöglicht werden. Zu den Programmzielen vermerkt das Mediengesetz: »Durch die örtlichen Programme soll es ortsbezogenen Gruppen und Gemeinschaften ermöglicht werden, kulturelle Aktivitäten zu fördern und zur Meinungsbildung über Fragen des jeweiligen örtlichen Geschehens beizutragen.« (Paragraph 31, HmbMedienG).

Ende September vergangenen Jahres war Fristende für die Ausschreibung, bis dahin mußten die Bewerberinnen, die AnbieterInnengemeinschaften, ihre Anträge eingereicht haben. Das Ergebnis: Von zunächst zehn Bewerberinnen sind nur noch sechs übrig, die ernsthaft ein Vollprogramm anbieten könnten. Alle wollen sich durch die Werbung finanzieren, bis auf Radio St. Pauli. Die fünf anderen sind also doch erwerbswirtschaftlich und gewinnorientiert ausgerichtet.

Bei Radio St. Pauli ist das anders. Von vornherein lehnt es Werbung ab, es soll damit die Abhängigkeit von der Einschaltquote und deren Auswirkungen auf das Programm vermieden werden. Stattdessen will sich dieser »freie« Sender durch diejenigen finanzieren, denen ein anderes Radio wichtig ist, indem sie Mitglieder in einem Förderverein werden. Durch dessen Mitgliedsbeiträge soll der Förderverein die Kosten des Sendebetriebes bestreiten.

Ein weiteres charakteristisches Element bildet die inhaltliche Gestaltung: Nicht eine Handvoll Berufsjournalistinnen und -journalisten wird das Programm ausfüllen, sondern eine große Zahl von einzelnen Menschen, Gruppen, Vereinen oder Organisationen und auch Redaktionen des Radios. Diese werden für ihre redaktionelle Arbeit kein Geld erhalten, dafür aber die Möglichkeit, ihre Anliegen und Inhalte in eigener Regie – im Rahmen einer Programmstruktur und von programmlichen Grundsätzen, wie z.B. antifaschistischen und antisexistischen – zu senden. Die Absicht ist deutlich: all denen einen Zugang zu einem Medium zu verschaffen, von denen sie bisher weitestgehend ausgeschlossen sind. Und damit auch denen, die noch immer zum Schweigen verurteilt sind: die Hörenden. Ein Ziel ist es eben, gerade diese sprechend zu machen, die Trennung von Sendenden und Empfangenden aufzuheben. In Freiburg sendet Radio Dreyeckland nach diesem Modell, ebenso Radio LoRa in Zürich – und das schon seit Jahren.

Ob all dies in die Tat umgesetzt werden kann, hängt jetzt zunächst davon ab, wie die HAM, genauer: ihr elfköpfiger Vorstand entscheidet. Entweder wird es einen weiteren kommerziellen Sender geben oder aber ein grundsätzlich anderes Radio. Diese Entscheidung wird nach (medien)politischen Aspekten getroffen. Denn es hätte einige politische Auswirkungen, wenn ein Radioprojekt, das nicht in den üblichen kommerziellen und damit vorhersagbaren Schienen fahren will und sich zudem noch der Gegenöffentlichkeit verpflichtet fühlt, tatsächlich auf Sendung ginge. Diese Vorstellung ist vielen Politiktreibenden sehr unangenehm und das gilt zum Teil auch für den HAM-Vorstand, dessen Mitglieder parteipolitisch an die etablierten, gesellschaftlich herrschenden Parteien gebunden sind. Die Frage ist offen, ob es Radio St. Pauli gelingen wird, für sein Vorhaben so viel Unterstützung zu bekommen, daß die elf Menschen des HAM-Vorstandes nicht den konkreten Wunsch von 1.100 Menschen (denn soviel Mitglieder hat der Förderverein schon) ignorieren können. Sollte dies aber geschehen, so ist auf absehbare Zeit in Hamburg zum Mainstreet-Unterhaltungsfunk keine Alternative im Äther möglich. ●

BLÄTTER DES IZ3W

»Krisenregion Mittlerer Osten«

Am 20. März 1991 erschien im Verlag des Informationszentrums Dritte Welt in Freiburg die Nr. 172 der entwicklungspolitischen Zeitschrift »blätter des iz3w« zum Thema Mittlerer Osten. Schwerpunkte sind die Krisentendenzen im Mittleren Osten und die Möglichkeiten einer politischen Neuordnung der Region.

Das Thema wird in einem Einführungsartikel von Volker Perthes ausgebreitet. Der Autor weist nach, daß sämtliche derzeit diskutierten Neuordnungskonzepte an den strukturellen Problemen der Region vorbeigehen. Insbesondere das immense ökonomische Gefälle innerhalb der arabischen Staatengemeinschaft bleibt unangetastet. Demgegenüber ist das im Westen mit Mißtrauen beäugte Projekt der arabischen Einheit im Grunde ein politisch und ökonomisch sehr vernünftiger Ansatz zur Behebung der Krisenanfälligkeit der Region.

Die Einschätzung, mit der Perthes seinen Artikel beendet, daß nämlich den Krieg nicht allein der Irak, sondern vor allem die arabische Demokratiebewegung verloren hat, leitet direkt über zu dem Artikel von Reinhard Schulze mit dem Thema »Politischer Islam und westliche Mißverständnisse«. Islamistische Protestbewegungen sind nicht in allen Fällen rückwärtsgewandt und demokratiefeindlich; ganz im Gegenteil ist ihr Entstehungsgrund in vielen Fällen gerade der Mangel an Demokratie in den Systemen des orientalischen Despotismus. Genau dies vermag im Westen offensichtlich kein verantwortlicher Politiker zu begreifen. Stattdessen werden gerade die Regime, gegen die der Widerstand am stärksten ist, mit militärischer und ökonomischer Hilfe künstlich am Leben erhalten.

Die ökonomische Dimension des Golfkrieges und künftiger Konflikte in der Region macht Sefik Alp Bahadir in einem Artikel »Erdölkonflikte am Persischen Golf« zum Thema. Er zeigt, daß die irakische Invasion in Kuwait sehr wohl auch ökonomisch motiviert war und daß es auch künftig passieren kann, daß zwei Ölstaaten in einen möglicherweise kriegerischen Konflikt um Ölquellen geraten. Auch zwischen den einander ansonsten wohlgesonnenen reichen Staaten am Golf gibt es Streitigkeiten um den Verlauf der Grenzlinien.

Verloren haben im Konflikt um das Öl auch die Länder der Dritten Welt. Transportdienstleistungen waren zeitweise nicht mehr bezahlbar; durch verteuerte Importe ist die Schuldenlast in kurzer Zeit stark angewachsen. Zum Thema hat Uwe Hartwig recherchiert.

Weitere Beiträge zu den Themen »Entstehungsgeschichte des Kleinstaates Kuwait«, »Bundeswehrstiefel im Wüstensand«, »Kurdistan« und »Frauen in arabischen Ländern« runden den informativen Teil des Schwerpunktes ab.

Es schließt sich ein Diskussionsteil an: Die Frage nach einer haltbaren Position zu Israel und deutscher Raketenhilfe stellt sich Christian Neven. Zur derzeitigen Debatte um Intellektuelle und Krieg nimmt Georg Lutz Stellung. ●

blätter des Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 53 28, 7800 Freiburg

KURZMELDUNGEN

LAKS Baden-Württemberg

Neue Selbstdarstellung der soziokulturellen Zentren

Die LAKS Baden-Württemberg – das ist der Landesverband Baden-Württemberg der soziokulturellen Zentren – hat im Januar 1991 eine neue Darstellung ihrer Arbeit und ihrer 40 Mitgliedseinrichtungen herausgegeben, die an die vergriffene und durch die Entwicklung überholte Darstellung von 1985 (»Blaue Broschüre«) anknüpft. Das 150 Seiten umfassende Buch enthält die kulturpolitischen Forderungen zu den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen zwischen 1988-1990, Analysen zur Arbeit und Entwicklung der soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg von Bernd Kotz und Eckard Holler, ausgewählte Zeitungsartikel, Stellungnahmen der im Landtag vertretenen Parteien (u.a. von dem inzwischen Wissenschaftsminister gewordenen Klaus von Trotha), ein Grundsatzreferat von Prof. Gönnenwein zur Bedeutung der soziokulturellen Zentren und Auszüge aus der Kunstkonzeption des Landes (mit kritischer Kommentierung). Einen Hauptteil des Buches machen die »Steckbriefe« der 40 Mitgliedseinrichtungen des Landesverbandes aus, die von den Einrichtungen selbst verfasst wurden.

Im Vergleich zu der Darstellung von 1985 wird die enorme Entwicklung deutlich, die die soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren vor allem in den größeren Städten (Stuttgart, Pforzheim, Karlsruhe, Freiburg, Singen, Konstanz, Ulm) gemacht haben und die das Land Baden-Württemberg veranlaßt hat, die 1987/88 begonnene Landesförderung schrittweise auszubauen.

Das Buch ist anschaulich bebildert. Seine Nützlichkeit wird durch Adressenverzeichnisse und Literaturninweise erhöht. Es ist im Buchhandel erhältlich oder kann direkt bei der LAKS-Geschäftsstelle bestellt werden. Es wird gegen Vorkasse von DM 15,– auf das Konto der LAKS BaWü, Konto-Nr. 455 992 KSK Tübingen, BLZ 641 500 20 zugesandt. (Wird es gegen Rechnung bestellt, beträgt der Preis 16,80 DM). ●

Eckard Holler

Titel: LAKS Baden-Württemberg (Hg.), Soziokulturelle Initiativen und Zentren in Baden-Württemberg – Situation und Perspektiven, Pennclub 2000 Verlag, ISBN 3-89259-004-4, Pforzheim 1991.
Bezugsadresse: LAKS Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle, Felsenstr. 2, 7530 Pforzheim.

LAKS-Info

Soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg

Die LAKS-Baden-Württemberg gibt zwei- bis dreimal jährlich ein Info heraus, das über die Entwicklungen in der Soziokultur und bei den soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg *berichtet*.

Neu herausgekommen ist die Nummer 18/21.3.91, die sich u.a. mit den verschiedenen Soziokultur-Tagungen befaßt, die im Herbst 1990 in Berlin-Ost, Tübingen, Pforzheim und Chemnitz mit TeilnehmerInnen aus den neuen und alten Bundesländern stattgefunden haben.

Das LAKS-Info kann durch Überweisung von DM 10,– fortlaufend abonniert werden.
Bezugsadresse:
LAKS-Info, E. Holler, Herrenberger Str. 15, 7400 Tübingen
☎ (0 70 71) 4 29 77

Forschungsjournal

Großstadt und Neue Soziale Bewegungen

Die Bilder, die zum Begriff »städtischer sozialer Bewegungen« assoziiert werden, zeigen von breiter Unterstützung getragene militante Hausbesetzungen, Blockaden von Räumungsbaggern, Störung öffentlicher Hearings, phantasievolle Sit-ins oder Experimente mit utopischen Wohn-und Lebensformen. Doch diese Bilder scheinen einer vergangenen Ära anzugehören. Von wenigen sporadischen Protestaktionen abgesehen, macht der Eindruck einer »bewegungsarmen Situation« in der Öffentlichkeit die Runde: Entpolitisierung, Kooptation oder gar Niedergang städtischer sozialer Bewegungen lauten die Diagnosen. Gegenläufig zu diesen Annahmen werden in der neuesten Ausgabe (4/90) des **Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen** die städtischen Akzente der neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und die Verbindungslinien zwischen »alten« und »neuen« städtischen Bewegungen aufgespürt und international verglichen.

In den Einzelbeiträgen werden u.a. die Wohngruppenprojekte der Hafenstraße vorgestellt, die Frankfurter autonome Frauenbewegung analysiert und die Planungs- und Wohnungspolitik des rot-grünen Berliner Senats kritisch gewürdigt. Internationale Fallbeispiele (Los Angeles, New York City und Mexiko-Stadt) ermöglichen den Vergleich und sensibilisieren bei allen gegebenen Unterschieden auch für sich abzeichnende Formen politischer Auseinandersetzung und städtischen Protests.

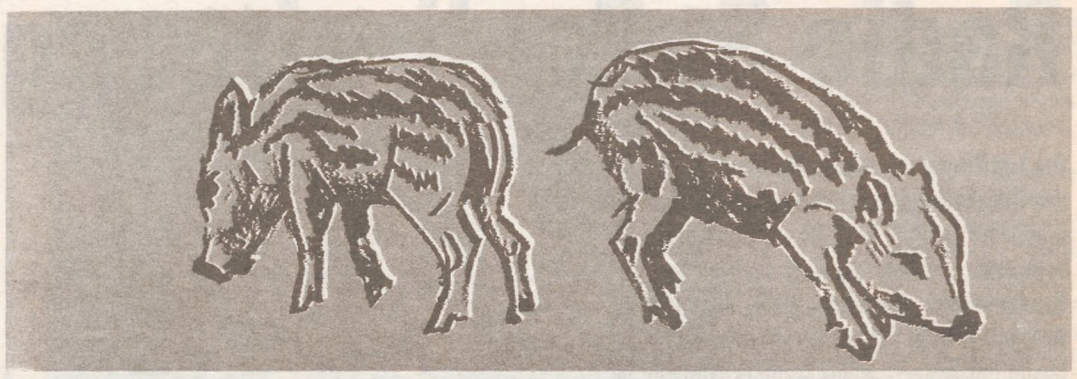
In den Rubriken der Zeitschrift ergänzen u.a. Selbstdarstellungen von WohnBund und der Feministischen Organisation der Planerinnen und Architektinnen (FOPA) den Themenschwerpunkt. Außerdem werden erste Teil-Ergebnisse der neuen SHELL-Studie über die politischen Einstellungen der gesamtdeutschen Jugend veröffentlicht. In einem Artikel von SPD-Vize Oskar Lafontaine werden schließlich Perspektiven eröffnet für ein kritisch-produktives Verhältnis zwischen demokratischem Sozialismus und neuen sozialen Bewegungen.

»Großstadt und neue soziale Bewegungen«, Heft 4/1990 des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, 120 Seiten, DM 12,50. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei: SP-Verlag (Norbert Schüren Presseverlag), Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg.

ZUR ZUKUNFT DER BAG NETZWERKE

... und wer ist der Prinz?

Als ich am 22. Februar den Ottensener Werkhof in Hamburg durchkämmte auf der Suche nach der Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, wunderte ich mich noch, daß zahlreiche dort ansässige Projekte über diese Bundestagung keine Auskunft geben konnten. Dabei waren dazu nicht nur alle Netzwerke eingeladen, sondern auch zahlreiche befreundete, bekannte oder verschwägerte Institutionen im Bundesgebiet.



Thomas Hardwig, Redaktion Göttingen ● Warum die Tagung mit dem Titel »Selbstverwaltet in die Zukunft oder Braucht die Selbstverwaltungswirtschaft ein bundesweites Forum?« so unauffällig klein war, darüber können die nicht Anwesenden genauere Auskunft geben. Die Diskussionen der Anwesenden lassen bereits erste Rückschlüsse zu:
Ziel der Ottensener Tagung war es, im Vorfeld der BAG-Mitgliederversammlung in Winzenburg deren weitere Perspektiven abzuklopfen. Der Vorstand der BAG erwartete, daß diejenigen zahlreich erscheinen würden, die auf der letzten Mitgliederversammlung für die Veränderung oder Erweiterung der BAG gesprochen haben. Aber darin sahen sich die Frauen enttäuscht: es kamen lediglich (über beide Tage gerechnet) fünfzehn Personen des erwähnten Spektrums.

Zwar haben alle die Notwendigkeit eines bundesweiten Forums für selbstverwaltete Betriebe unter der Hand positiv beantwortet. Doch die meisten Diskussionsbeiträge ließen keinen Zweifel, daß die BAG der Netzwerke daran kaum noch einen Anteil haben wird:
Das nordrheinwestfälische »NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation« schlug seine Praxis der direkten Interessensvertretung für Mitglieder als Alternative zur Fortführung der BAG vor. Dabei wurde deutlich, daß dieses Konzept des Mitgliederlobbyismus dem offenen, ursprünglichen BAG Konzept entgegengesetzt ist – wenn auch leistungsfähiger und erfolgversprechender.

Ins Spiel gebracht wurde auch der Vorschlag der »Alternativen Versammlung« (vgl. CONTRASTE 72/Sept.90) als neue Form bundesweiter Vernetzung. Die »Alternativen Versammlung« will und kann jedoch keine Antwort auf die Probleme bundesweiter Verbandspolitik darstellen. Es war daher kein Widerspruch, daß neben CONTRASTE, TAK AÖ und wohl auch Netzwerk Hamburg, sich das NETZ NRW für die »Alternativen Versammlung« stark machte. Das NETZ bot sich nicht nur an, quasi die BAG Lobbyarbeit bundesweit zu übernehmen, es formulierte auch ein konkretes Angebot zum Start der Vorbereitung einer »Alternativen Versammlung«. Die Idee einer solchen Versammlung ist jedoch unabhängig zur Zukunft der BAG Netzwerke zu diskutieren.

Die verschiedenen Netzwerke, die sich bekanntlich in sehr unterschiedlicher Verfassung befinden, müssen sich zunächst über die Zukunft ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft einig werden. Die anwesenden NetzwerkerInnen waren gespalten. Der Vorstand sprach zwar noch von der Fortsetzung eines ideellen Interessenverbandes, wünschte ihn sich »powrig und relativ losgelöst von der Basis« (Ingrid-Marie Buchwieser), stellte sich also eine professionelle Lobbyarbeit vor, die nicht auf permanentem Mitglieder-Engagement basiert, sondern eigenständig agieren soll, doch machte gleichzeitig klar, daß die Bedingungen dafür nicht mehr gegeben seien. Andere, wie das Netzwerk Saar und das Netzwerk Hannover, machten sich für die Fortführung der BAG stark und wollten wohl noch Hoffnung in das Winzenburger Treffen setzen.

Die Tagung in Hamburg hatte im Hinblick auf die in Winzenburg stattfindende Mitgliederversammlung eine wichtige Vorentscheidung zur Folge. Für Karin Lücker war die »deadline erreicht«, die »Abstimmung mit den Füßen« hatte ihr endgültig gezeigt, daß in den einzelnen Netzwerken nicht genug Interesse oder Kraft vorhanden ist, eine bundesweite Organisation zu tragen. So mußte später in Winzenburg der gesamte Vorstand neu besetzt werden.

Als ich die Hamburger Tagung, die bereits gegen 13 Uhr überraschend zeitig beendet war, bei strahlendem Sonnenschein verließ, war ich sicher, daß in Winzenburg die Woche drauf lediglich ein Begräbnis gefeiert werden konnte. Offen war für mich nur die Zahl der TeilnehmerInnen. Ob ich das bedauern sollte? Es besteht ja offensichtlich eine leistungsfähige Alternative: betreibt doch das NETZ NRW längst Entwicklungsarbeit in Richtung bundesweiter Verbandsorganisation.

WINZENBURG

Ich nehme nicht an, daß jemand, abgesehen von den neun TeilnehmerInnen an der BAG Mitgliederversammlung, Winzenburg kennt. Es liegt bei Hildesheim. Ein angenehmer Ort zum Spazierengehen. Das wurde dann auch ausgiebig gemacht.

Wie ich prophezeite, war die Auflösung der BAG geplant. Ingrid-Marie Buchwieser hatte das Auflösungsprotokoll mitgebracht, Karin Lücker ließ sich entschuldigen. Was ich nicht für möglich hielt, ist aber eingetreten: Gekommen waren, statt wie früher zehn, lediglich »sechseinhalb Netzwerke«: Saarbrücken, Hamburg, München, Hannover, Münster, Lübeck, und das im Aufbau begriffene Fulda. Dafür waren sich alle einig, die BAG fortzuführen, denn laut Richard Schmidt (Netzwerk Hannover) »war nicht alles versucht worden, um das gute alte Konzept umzusetzen«. Nachdem der Samstag dazu genutzt wurde, Berichte aus den Netzwerken auszutauschen, ging es um die Fortführung der BAG. Nach der Wahl eines fünfköpfigen Vorstandes (alle außer Hamburg und Fulda sind vertreten) wurde ein Zukunftsmodell entworfen: »Dornröschenmodell« wurde es genannt. So wie ich es verstanden habe (ich war nicht dabei) geht es darum, das alte Konzept umzusetzen, jedoch ohne sich unter Erfolgsdruck setzen zu lassen, ohne sich hohe Ziele zu setzen. Beschlossen wurden weiterhin einige Satzungsfragen und Fulda mit der Organisation des nächsten Bundestreffens im September betraut. Gesucht wird auch (mal wieder, ein Träger für ein Bundesbüro.

Es muß ein sehr harmonisches Treffen im kleinen Kreise gewesen sein, dort im Leinetal hinter den Sieben Bergen. Über die Zukunft des »Dornröschenmodells« wird, wie bei Grimms, wahrscheinlich der Prinz entscheiden, aber wer ist der Prinz? ●

BAG NETZWERKE

Totgesagte leben länger oder wie war das bei Dornröschen?

Am 2. März 1991, so gegen 17.00 Uhr wurde ein neuer Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke e.V. gewählt. Drei Frauen und zwei Männer, aus fünf Netzwerken, einvernehmlich, im Konsensverfahren. Vor fünf Jahren wäre dies für keineN ein Grund gewesen ungläubig aufzusehen.

Richard Schmid, Netzwerk Hannover ● Nachdem kolportiert wurde, daß keine der drei Frauen des Interimsvorstandes mehr für eine Neuwahl zur Verfügung stehen würde, war es eigentlich nur folgerichtig, daß die Hamburger Vorstandsfrau den Nachruf auf das Ableben der BAG-Netzwerke schon fertig geschrieben und kopiert zum BAG-Treffen mitbrachte. Hatten doch nicht nur die Berliner Spatzen das Lied von der Auflösung von den Dächern gepfiffen und sich dann auch folgerichtig die Teilnahme an der vermeintlichen Beerdigung erspart.

Im Vorfeld des Netzwerk Bundestreffens im November 1990 in Bonn gab es zwei sehr gegensätzliche Konzepte für die weitere Zukunft der BAG (siehe CONTRASTE 1/91). Gemeinsam war ihnen nur, daß sie von Berliner Netzwerkerinnen verfaßt waren und davon ausgingen, daß es so nicht weitergehen konnte. Ausgehend von unterschiedlichen Zielvorgaben für eine bundesweite Vernetzungsebene plädierte Elisabeth Bolda für die Auflösung der BAG, während Karin Lücker-Aleman sich für eine Verbreiterung mit neuen Aufgabenschwerpunkten aussprach. Die Branchenzusammenschlüsse (Bäckereien/Schreinereien/Fahrradläden/Druckereien usw., plus CONTRASTE, Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie und selbstverwaltete/sozial-innovative »Großbetriebe«) sollten sich beteiligen. Als Arbeitsschwerpunkte nannte sie:

- Unterstützung beim Aufbau von Vernetzungsstrukturen in den neuen Bundesländern;
- die selbstverwalteten Betriebe und Alternativprojekte in der Öffentlichkeit zu manifestieren und ihren Stellenwert deutlich zu machen;
- Rahmenbedingungen für die »alternative Ökonomie« zu erarbeiten (Bsp. Rechtsformen, Gemeinnützigkeitsgesetz, ABM, Fördertöpfe) und breit zu diskutieren (nicht gemeint ist ihre politische Durchsetzung!);
- Aufbau von konstanten Kommunikationsstrukturen (Seminare, Veranstaltungen, Rundbrief, Bundestreffen) in der Funktion als Organisatorin von »Willensbildungsprozessen«;
- allgemeine Ansprechpartnerin für Fragen der »alternativen Ökonomie« überregional und bei Fehlen von regionalen Ansprechpartnern zu sein.

Die Diskussion über die beiden Vorschläge machte klar, daß kaum ein Netzwerk für die sofortige Auflösung, viele jedoch auch sehr skeptisch waren, ob sich Karins Vorschlag würde umsetzen lassen. So lag es nahe, die Entscheidung zu vertagen. Dabei wurde (Asche über mein Haupt, der Artikelschreiber war beteiligt) dann übersehen, daß die Zeit bis zum nächsten BAG-Treffen (1.-3. März) zu kurz sein würde, mit der Arbeitskraft von 2-3 Feierabendfunktionärinnen Dutzende von Verbänden, Gruppen und Betrieben ausfindig zu machen und für eine Mitarbeit zu gewinnen. Zu alledem kamen dann auch noch die Anti-Golfkriegs-Aktivitäten hinzu, so daß das Ergebnis vorprogrammiert schien.

Die Einladung für eine Tagung mit dem Thema »Selbstverwaltet in die Zukunft« oder »Braucht die Selbstverwaltungswirtschaft ein bundesweites Forum ?« am 21. und 22. 2. (ein Donnerstag und Freitag!!) in Hamburg hatte einen Vorlauf von nicht einmal 3 Wochen und war dann auch entsprechend schwach besucht. Daß die Diskussion am Freitagabend sehr wohl zukunftsorientiert und engagiert geführt wurde, war dann schnell vergessen. Die Interpretation »Abstimmung mit den Füßen« wurde nicht mehr hinterfragt, und die Tatsache, daß es scheinbar keine mehr gab, die bereit gewesen wäre, für einen neuen Vorstand zu kandidieren, führte dazu, daß alle Anwesenden sich in das scheinbar Unausweichliche fügten – die Auflösung der BAG Anfang März.

Und dann kam es doch ganz anders. Zuerst meldete Netzwerk Hannover, daß es einen einstimmigen Auflösungsbeschluß nicht geben würde. Wohl vergessend, daß in der Kürze der Zeit kaum mehr möglich war, wurde die Vorbereitung der beiden Treffen vehement kritisiert. Die weiteren Reaktionen auf diese Kritik sind allerdings nur zu verstehen auf der Grundlage der Berichte aus den regionalen Netzwerken. Hierbei wurde von einer Vielzahl von neuen Ansätzen zur Förderung des Selbstverwaltungsgedankens berichtet, was dazu führte, daß insgesamt eine sehr gute Stimmung vorherrschte, frau/man könnte fast von einer Aufbruchstimmung sprechen. Dies war dann wohl der Grund, daß die VertreterInnen der Netzwerke aus Lübeck, München, Münster und Fulda übereinstimmend für ein Weiterbestehen der BAG warben. Dazu kam dann noch die Information von Brigitte aus dem Saarland, daß es an der Besetzung des Vorstandes nicht scheitern dürfte und sie im Vorfeld schon beschlossen hatten, im Notfall auch 3-5 Menschen aus dem Saarland für den Vorstand zur Verfügung zu stellen. Damit war dann endgültig die Diskussion um eine Auflösung vom Tisch.

In der dann folgenden Diskussion um die Inhalte der BAG ging es dann vor allem darum, jeglichen Zeitdruck von der Diskussion zu nehmen. Das Modell »Dornröschen« war geboren. In Berlin scheint dies aber leicht schief angekommen zu sein, sonst könnte Elisabeth im März-Rundbrief nicht von einem »ewigen Dornröschenschlaf« schreiben. Die Pointe an dem Märchen ist ja nun gerade, daß Dornröschen nicht ewig schläft, sondern beizeiten wieder mitmischt.

Das Modell »BAG auf Sparflamme« mit einer minimal besetzten Geschäftsstelle wird also mit dem Beschluß vom März aufgegeben. Gleichzeitig wird aber offengelassen, wer wann die Anstrengung auf sich nimmt und die Zeit für gekommen hält, mit einer neugestalteten, besser ausgerüsteten BAG wieder auf die Bühne der Selbstverwaltungswirtschaft zurückzukehren. Gründe für eine schnelle Wiederinbetriebnahme gibt es zuhauf, zum Teil sind sie in Karins Artikel (CONTRASTE 1/91) nachzulesen. Und – wenn der Druck groß genug geworden ist, dann werden sich ohne Zweifel auch Menschen finden, die Ideen umzusetzen.

Die Diskussion darüber beginnt ja vielleicht schon auf dem nächsten Netzwerke Bundestreffen, welches »nach den letzten Meldungen aus gut unterrichteten Kreisen« in Fulda stattfinden wird. ●

KRIEGSSTEUERBOYKOTT

Kein Steuergeld für Kriegsgerät

Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg haben sich viele Kulturzentren, Initiativen, Projekte und Betriebe dem Steuerboykott angeschlossen. Der überwiegende Teil der BoykotteurInnen hat nach Beendigung des Golfkrieges die Fortsetzung beschlossen. In Hannover beteiligen sich bislang 36 Betriebe und Projekte (Stand: Ende März). Nachfolgend dokumentieren wir einen Text von Netzwerk Selbsthilfe Hannover und eine Presseerklärung der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalens.

Netzwerk Selbsthilfe Hannover ● Die Entscheidung, einen Steuerboykott zu initiieren, resultiert aus dem drängenden Bedürfnis mit unseren Möglichkeiten gegen diesen Krieg Stellung zu nehmen, laut, öffentlich, wenn nötig, mit persönlichem Risiko. Das Bewußtsein, daß dieser Krieg zur Neuordnung der Machtverhältnisse in der Ölregion vom Zaun gebrochen wurde und der Machtgier der irakischen Diktatur nichts als die Machtgier der westlichen Rüstungsexporteure entgegengesetzt wird, erzeugt ein Ohnmachtsgefühl, dem wir mit dieser Aktion begegnen wollen. Die Deutschen, vielfach verstrickt in die Vorgänge im Nahen Osten, sind nun als Finanziers gefragt. Prompt werden die Steuern erhöht. Neu daran ist, daß dieses Mal kein Hehl daraus gemacht wird, daß es sich um die Finanzierung eines Krieges handelt. Um eine Kriegssteuer.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die Initiative zum Steuereinbehalt einen relativ starken Widerhall findet und erhebliches Medieninteresse hervorruft. Diese werden v.a. im Vergleich zu früheren Kampagnen oder Aufrufen zum Steuerboykott – z.B. anläßlich der Nachrüstung – deutlich. Diesmal ist der Zusammenhang zwischen der Einführung einer Kriegssteuer und dem Steuerboykott direkt.

Die politische Form der Aktion ist keine Kampagne, kein Aufruf, sondern persönliches, konsequentes Auftreten einzelner Menschen, die als Unternehmer ihrer Pflicht, für den Staat Steuern einzutreiben, nicht mehr nachkommen wollen. Wir haben Steuern einbehalten und teilen dies anderen Leuten mit, die wir kennen, die uns kennen. Kein Aufruf, keine Überredung, die persönliche Konsequenz ist Voraussetzung. Wenn wir unsere Haltung schon gegenüber dem Finanzamt offenbaren, dann können und und sollten wir dies auch ohne Bedenken gegenüber der Öffemntlichkeit tun.

Die Medien sind daran interessiert, diese Protesthaltung zu verbreiten, nicht zuletzt wegen der aktuellen Steuerdiskussion und wegen des zensurbedingten Mangels an Nachrichten in Zusammenhang mit dem Krieg.

Ein weiterer Aspekt des Medieninteresses ist der Begriff »Unternehmer«. Eine Handvoll Kleinbetriebe und Selbständige aus Hannover zeigen bürgerlichen Ungehorsam und die Schlagzeile »Unternehmerverweigern Kriegssteuern« ist sogar in einem japanischen Wochenmagazin nachzulesen. Jetzt sind also auch die deutschen Unternehmer, die Garanten höchster Produktivität und konservativer Werte, zu feigen Drückebergern geworden. Dies angeknackst-sympathische, leider unzutreffende Bild der deutschen Unternehmer sollten wir pflegen und verstärken. Deshalb ist für den Erfolg dieser Boykottaktion wichtig, daß sich neben den zahlreichen soziokulturellen Projekten auch weiterhin Betriebe des produktiven Sektors beteiligen. Dabei wird sich zeigen, daß im Bereich von Handwerk und ökologisch angepaßter Technik mittlerweile ein nicht unbedeutender Wirtschaftssektor mit Mut zu unkonventionellen Denkansätzen entstanden ist.

Bei aller Euphorie über den unerwarteten Anfangserfolg unserer Aktion sollten wir das politische Gewicht dieser Initiative nicht zu hoch hängen. Es geht um Sand im Getriebe und eine Erweiterung des Verhaltensspektrums angesichts einer angstmachenden Wahnsinnsentwicklung des Weltgeschehens. Eine Protestaktion von möglichst vielen!

Was tut ein/e SteuerboykotteurIn, was hat er/sie zu erwarten?

Die monatliche oder vierteljährliche Steuererklärung der Umsatzsteuer wird gekürzt. Meistens um 20%, vereinzelt auch total oder um einen geringen symbolischen Betrag. Die einbehaltene Summe wird auf ein Sonderkonto gezahlt und dem Finanzamt Mitteilung darüber gemacht. Bei der Lohnsteuer, die von den Betrieben nur verwaltet wird, muß das Einverständnis der MitarbeiterInnen eingeholt werden.

Das Finanzamt wird voraussichtlich mit den üblichen Mahn- und Pfändungsverfahren reagieren. Zunächst eine schriftliche Ermahnung, dann ein Besuch eines Mahnbeamten – den wir aber wieder weckschicken – dann kommt per Post der Pfändungs- und Überweisungsbeschluß und schließlich die Pfändung eines der Geschäftskonten oder der Kukkuck. Das Finanzamt benötigt keinen schriftlichen Pfändungstitel. An Kosten kommt auf uns zu: Wegegeld des Mahnbeamten (ca. DM 20,–), Mahngebühren (ca. DM 10,–) und der Säumniszuschlag in Höhe von 1% des einbehaltenen Betrages pro Monat. Das Finanzamt wird aller Wahrscheinlichkeit nach den einbehaltenen Betrag mit weiteren Eingängen auf unserem Steuerkonto verrechnen, so daß sich das Mahnverfahren dadurch verzögern könnte. Gleiches gilt auch für andere Steuern (Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer etc.).

Wer den Rechtsweg beschreiten will, muß mit der Boykottankündigung vom Finanzamt einen rechtsmittelfähigen Bescheid anfordern. Bis zur Vorlage dieses Bescheides kann vom Finanzamt die Aussetzung des Mahn- und Pfändungsverfahrens beantragt werden. Diesem Antrag muß aber nicht entsprochen werden. Dadurch werden die Finanzämter dazu gezwungen, möglicherweise auch inhaltlich zu unserer Initiative Stellung zu nehmen.

Der niedersächsische Finanzminister hat als Sympathisant unserer Aktion bereits angekündigt, daß er die äußerste Frist von 6 Wochen bis zum Aussenden der Mahnbescheide verstreichen lassen will. Bei der gegenwärtigen Publizität der Aktion ist es auch denkbar, daß die Finanzämter vom normalen Vorgehen abweichende Regelungen treffen. Grundsätzlich betrachtet, ist das vorsätzliche Zurückhalten von Steuern eine Ordnungswidrigkeit, die Geldbußen nach sich ziehen kann. Ob es dazu kommt, hängt sicherlich von Dauer und Stärke der Boykottaktion ab.

Für ArbeitnehmerInnen und Angestellte:

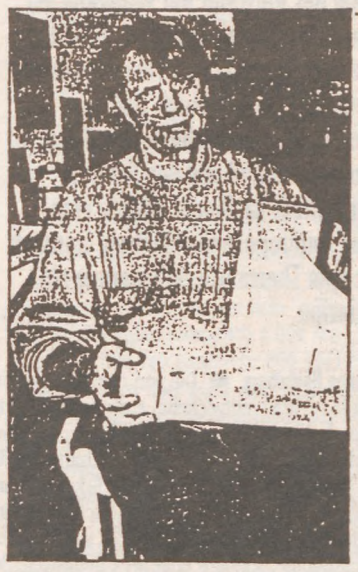
Ihr könnt Eure Chefs oder Buchhaltung anweisen, einen Teil der Lohnsteuer auf ein Sonderkonto, daß Ihr selber oder der Betrieb einrichten sollte, zu bezahlen. Rechtlich ist die Lohnsteuer Teil Eures Einkommens, also Euer Eigentum. Andererseits ist der Betrieb verpflichtet, die Lohnsteuer abzuführen. Der Betrieb begeht also die Ordnungswidrigkeit und nicht die Angestellten. Ob es letztlich zu Steuereinbehaltung von Angestellten kommt oder nicht, der Sinn der Aktion, durch persönliches Eintreten und persönliche Konsequenz Bewegung in die Gedankengänge unserer Mitmenschen zu bringen, ist auch für Lohnempfänger zu vollziehen.

Falls sich örtliche Initiativen neu zusammenfinden, kann es nicht schaden, die jeweiligen SteuerberaterInnen und AnwältInnen einzubeziehen. ●

Kontakt:
Netzwerk-Selbsthilfe im
Stadtteilzentrum Nordstadt
Schaufelder Str. 30
3000 Hannover 1

Steuerboykott – 20 Firmen protestieren so gegen Krieg

20 Prozent des Geldes werden auf Sperrkonten eingefroren



Steuerboykott wegen Golfkrieg: Firmenchef Rainer Niermann mit Kaminmodell. Foto: Spolvint

HANNOVER. „Wir werden unsere monatlichen Steuerzahlungen um mindestens 20 Prozent reduzieren, weil wir nicht bereit sind, diesen Krieg mitzufinanzieren." Gleichlautende Erklärungen wie der Kaminbauer Rainer Niermann, Chef einer Sanitär- und Heizungs-GmbH in Limmer, haben bereits über 20 ortsansässige Betriebe und Selbständige ans Finanzamt geschickt. Steuerboykott wegen der deutschen Beteiligung am Golfkrieg: Statt die monatlichen Steuergroschen komplett zu überweisen, behalten die Unternehmer Beträge auf Sperrkonten ein.

„Krieg darf niemals ein Mittel zur Lösung politischer Probleme sein", unterstreichen die Firmenchefs ihren Standpunkt gegen die deutsche Beteiligung „am Tod Hunderttausender Menschen und an einer ökologischen Katastrophe nie gekannten Ausmaßes". Daran, so erklären sie, seien sie nicht bereit mitzuwirken. Bei den hannoverschen Betrieben sind die verschiedensten Branchen vertreten: Bauhandwerker wie der Betrieb Holz und Handwerk in Buchholz oder die Hasko-Bau aus Limmer; Architekten wie das Lindener Baukontor, die AGSTA Nordstadt oder das Baubüro III in Herrenhausen; Papierbearbeiter wie Uni-Druck Nordstadt; Restaurants wie La Provence in Ricklingen; Massagepraxen wie die von Jürgen Meyer (Linden) und Ina Niermann-Martin; die Wohnungsgenossenschaft „Selbsthilfe Linden"; und der Designladen Magazin in der Lister Meile.

Sie alle haben sich getroffen, eine Initiative gegründet und betreiben nun Steuerboykott. Niermann: „Wir arbeiten erst seit einer guten Woche zusammen, haben aber bereits viele Anfragen, auch aus dem Umland." Er geht davon aus, daß sich im Lauf der nächsten Wochen noch weitere Betriebe dem Bündnis anschließen werden. Auch in anderen Städten, etwa in Hamburg und Freiburg, gebe es bereits ähnliche Initiativen, zumindest aber Diskussionen.

Warum man gerade 20 Prozent der Steuerschuld zurückbehält? Das, so erklären die Bündnisparter, sei etwa der Umfang des Verteidigungsetats (den sie „Rüstungsetat" nennen) im Bundeshaushalt.

Die Herausforderung der staatlichen Steuerbehörden ist für die Boykotteure in erster Linie eine politische Demonstration. „Uns ist schon klar, daß wir damit nicht durchkommen", ziehen die 20-Prozent-Akteure eine klare Grenzlinie zwischen Protest und Pfändung: Soweit will man es nicht kommen lassen.

Es wird damit gerechnet, daß die Finanzämter auf die symbolische Steuerverkürzung zunächst mit Mahnungen reagieren. Spätestens binnen drei Monaten gelte es dann, die Pfändung zu vermeiden – durch Begleichung der Steuerschuld. Allerdings sollen die Boykottaktionen jeden Monat aufs neue wiederholt werden.

„Damit wollen wir ein wenig Sand in die Kriegs- und Rüstungsmaschinerie streuen", erkärt Niermann. D. S./syno

Aus: Neue Presse, Hannover, Montag 11. Februar 1991

PRESSEERKLÄRUNG

Landesarbeitsgemeinschaft
soziokultureller Zentren NW

Kriegssteuerboykott wird fortgesetzt!

Die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalen (LAG NW), der Zusammenschluß von 37 soziokulturellen Zentren und Initiativen, hatte auf der letzten Mitgliederversammlung am 6.2.1991 in Essen den Kriegssteuerboykott beschlossen.

In vielen Städten und Zentren wurde diese Frage diskutiert und entsprechende Initiativen in Gang gesetzt. Im Februar und im März wurden die ersten Boykotterklärungen an die Finanzämter geschickt sowie die Lohnsteuerzahlungen einbehalten. Während der laufenden Kriegshandlungen am Golf stieß diese Aktion auf große Zustimmung und Interesse sowie auch auf Verständnis von einigen Behörden. Die Gründe für einen Boykott sind auch nach dem vorläufigen Ende des Krieges am Golf geblieben.

Die Bundesregierung hat sich nicht nur durch Bereitstellung von Infrastruktur an dem Krieg beteiligt, sondern hat auch offiziell 17 Mrd. DM als Beitrag in die Kriegskasse zugesichert. Umgerechnet heißt das, daß jede(r) SteuerzahlerIn ungefragt mit ca. 500 DM am Krieg beteiligt wird. Die Steuern sollen dafür zum 1.7.91 erhöht werden. Außerdem sind derzeit Minensuchboote der Bundeswehr in Richtung Golf unterwegs.

Die LAG NW hält es daher für notwendig, den Boykott weiter durchzuführen. Die Satzung der LAG NW enthält ein Passus, wonach wir uns für »die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens« einsetzen. Dem fühlen wir uns verpflichtet und sehen uns gerade an diesem Punkt zum Handeln gezwungen. Und hier gilt es gerade, die Opfer des Golfkrieges in den Vordergrund der Hilfeleistungen zu stellen. Die ökologischen Folgen des Krieges sind verheerend und die Leiden der Bevölkerung in der Region sind weiterhin unermeßlich.

Die LAG NW wird auf der nächsten Tagung am 18.4. in Köln diskutieren, wie sie den Boykott weiter durchführt und auf welche Aktionen sich vor allen Dingen die Mitgliedszentren in der nächsten Zeit konzentrieren sollten. Dieses Thema sollte weiterhin Schwerpunkt der Arbeit der soziokulturellen Zentren bleiben.

Eingeschlossen in diese Thematik muß auch der Rüstungshaushalt sein, der nicht nur nicht gesenkt wird, sondern nach den Forderungen des Verteidungsministers sogar erhöht werden soll. Eine Diskussion um eine Militär- und Rüstungssteuerbefreiung sollte begonnen werden, d.h. durch Steuern sollten die SteuerzahlerInnen nicht gezwungen werden, sich an zukünftigen Kriegen und der Vorbereitung dazu zu beteiligen. Diese Mittel sollten z.B. nur für humanitäre Projekte bzw. für Projekte, die Rüstungskonversion angehen, ausgegeben werden. Ebenso gilt es, die Grundgesetzänderung, die eine deutsche Beteiligung an solchen Einsätzen möglich machen soll, zu verhindern. ●

Rainer Bode, LAG NW

REZENSIONEN

Steinbruch für die Diskussion um makroökonomische Alternativen

Unter dem Titel »Ökologisch-humane Wirtschaftsdemokratie« hat Egbert Scheunemann eine umfangreiche und sicherlich für lange Zeit die umfassendste Rekonstruktion der Theorie des ehemaligen Wirtschaftsministers und -reformers des Prager Frühlings Ota Sik vorgelegt.

Im ersten Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit gibt Scheunemann eine immanent kritische Darstellung der Entwicklung der politisch-ökonomischen Theorie von Sik, um anschließend in einem zweiten Teil die sozialwissenschaftlichen Beiträge zu dessen »Humanen Wirtschaftsdemokratie« kritisch aufzuarbeiten.

Inhaltlich befassen sich beide Teile mit der für Sik zentralen Bedürfnis- und Interessenproblematik als Ausgangspunkt seiner ökonomischen Theorie sowie dem Markt als Steuerungsmittel zur Verteilung von Gütern und Resourcen und zur Sicherung von Effektivität. Es folgen eine Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise und eine Aufarbeitung der Fehler zentralistisch-dirigistischer Zentralverwaltungswirtschaft. Am Ende steht das Sikssche Konzept eines »Dritten Weges«, der »Humanen Wirtschaftsdemokratie« und deren Durchsetzungschancen. Über die detaillierte Darstellung der Theorie und ihrer Rezeption hinaus wurden genaue bibliographische Angaben recherchiert und ein umfangreiches Sach- und Personenregister zum Werk von Sik erstellt.

Die Vorliebe des Autors für eine genaue und überaus systematische Darlegung hat jedoch zur Folge, daß auf Grund des Umfanges der Arbeit ein ursprünglich geplanter dritter Teil, der die ökologische Kritik am Industrialismus und eine Darstellung sozialökologischer Alternativen beinhalten sollte, zurückgestellt wurde. Eine über Sik hinausweisende Diskussion fehlt somit zugunsten teilweise nebensächlicher Einwände und Irrtümer.

Trotz dieser Einschränkung erweist sich die Arbeit von Scheunemann als sehr wertvoll, um die politisch-ökonomische Theorie Siks gründlich aufzuarbeiten. Sowohl Darlegung als auch Anhang erlauben den leichten Zugang zum Material. Die detaillierte Kritik und die zahlreichen Verweise auf die verschiedenen Texte von Sik bereiten es umfassend auf.
Auf lange Sicht wird es eine vergleichbare Arbeit zu Ota Sik nicht wieder geben.Mit dieser Theoriekonstruktion gewinnt die Diskussion um makroökonomische Alternativen sowohl zum inzwischen zusammengebrochenen System der dirigistischen Zentralverwaltungswirtschaft als auch zur kapitalistischen Ökonomie eine grundlegende Stütze. Meiner Kenntnis nach gibt es gegenwärtig kein derartig umfangreiches und ausgearbeitetes Konzept eine »Dritten Weges« wie das von Sik. Jede Diskussion darüber wird sinnvollerweise auf seine Überlegungen eingehen müssen. Edgar Scheunemanns Aufarbeitung des Sikschen Werkes und dessen Kritik bereitet einen »Steinbruch« vor, der es erlaubt, das Material für die kritische Theorie einer gesellschaftlichen Alternative aus dem Werk von Sik zu gewinnen. ●

Egbert Scheunemann: Ökologisch-Humane Wirtschaftsdemokratie, (LIT Verlag), Münster 1990, DM 58,80

Wer nur kurze Überblicke über verschiedene Ansätze eines »Dritten Weges« einschließlich der Vorstellungen von Ota Sik gewinnen will, sollte zurückgreifen auf: Heise, Arno (Hrsg.), Arbeiterselbstverwaltung, AG SPAK Publikationen, München 1989

Thomas Hardwig, Redaktion Göttingen

Selbstorganisation, Arbeit und Kultur

Der Autor, Mitarbeiter des parteipolitisch unabhängigen Instituts für Alltagskultur in Salzburg, bietet einen aktuellen, informationsintensiven Ein- und Überblick in kooperative Wirtschaftsinitiativen. Ausführlich werden die Entstehungsbedingungen, Probleme und gesellschaftspolitischen Chancen/Utopien/Illusionen selbstorganisierter Projekte unter Betonung der soziokulturellen Dimension analysiert. Genau unter die Lupe nimmt Marchner die Chico-Hängematte-Ges.m.b.H. (Salzburg), die Tauernlamm-Genossenschaft (Innerberg), die Buchhandlung Frauenzimmer (Wien) und die Schäfereigenossenschaft Finkhof (Oberschwaben). Zusätzlich wird – und hier tritt eine erfreuliche Überwindung der oft europäozentrisch geführten Diskussion um eine alternative Ökonomie ein – auch das White Butte Tiospaye-Projekt (Pine Ridge-Reservation) der Lakota-Sioux vorgestellt. Marchner verbindet die Wissenschaftlichkeit mit seinem langjährigen Engagement als Insider der alternativen Projektszene. Persönlich gehaltene Eindrücke, die u.a. die Situation der Lakota anschaulich nahebringen, erhöhen die Lesbarkeit dieser wissenschaftlichen Arbeit. Zu empfehlen ist es allen, die in selbstorganisieren Projekten und Kommunen tätig sind oder welche gründen wollen, sowie jenen, die allgemein an politischer Bildung interessiert sind. ●

Roman Schweidlenka

Günther Marchner: Selbstorganisation, Arbeit und Kultur. Kooperative Wirtschaftsinitiativen. Einblicke und Aussichten. Verlag Grauwerte im Institut für Alltagskultur (Schallmooser Hauptstraße 85b, A-5020 Salzburg), 1990, ÖS 178/DM 27,–

DIE BRÜCKE

Die Ausgabe Nr. 58 von »Die Brücke« enthält u.a. die Dokumentation des Kopenhagener Treffens der »Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE« vom 29. Juni 1990 als Argumentationshilfe für bevorstehende Kampagnen. Der Bielefelder Soziologe Lutz Hoffmann plädiert für eine neue deutsche Verfassung, in der Bürgerrechte für Nichtdeutsche institutionalisiert sein müßten. Ozan Ceyhun, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, argumentiert für das umstrittene Einwanderungsgesetz, das die Grünen in die Diskussion gebracht haben. Mit den Erfolgen der rechtsradikalen Haiderpartei in Österreich setzt sich Peter Gstettner auseinander und Christopher Pollmanns Beitrag beschäftigt sich mit der Immigrantenpolitik Frankreichs. Darüberhinaus enthält diese Ausgabe ein Essay von Necati Mert zur Debatte um die Ideologie des postmodernen »Hauses Europa« gegenüber den »Unterentwickelten« sowie eine umfangreiche Rubrik »Medienschau« und eine Zusammenstellung aktueller Nachrichten.

»Die Brücke« erscheint sechsmal im Jahr und kostet im Jahresabo DM 30,–, als Einzelheft DM 5,–. Bezug: Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken, ☎ (06 81) 390 58 50.

KULTURMELDUNGEN

Soziokulturelle Zentren NRW

Landesarbeitsgemeinschaft fordert Erhöhung der Fördermittel

Die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in NRW (LAG NW) hat auf ihrer letzten Sitzung am 18.3.91 die Ergebnisse der Haushaltsberatungen 1991 des Landes NRW diskutiert. Für die soziokulturellen Zentren und Initiativen ist dabei keine Erhöhung herausgekommen. Die LAG NW hatte für 1991 2 Mio. DM für die soziokulturellen Zentren gefordert. Hauptpunkte der Forderung waren dabei eine drastische Erhöhung der Projektemittel und die Einstiegsförderung/Anschubfinanzierung durch das Land.

Seit Mitte 1990 diskutiert die LAG NW mit dem Land das Modell einer Einstiegfinanzierung, d.h. das Land steigt in eine Förderung für soziokulturelle Zentren in den Städten ein, in denen bisher garnicht oder sehr mangelhaft die Förderung der Soziokultur aussieht wie in z.B. Dortmund, Oberhausen, Gelsenkirchen und Münster. In verschiedenen Städten gibt es nach wie vor nur eine Projektförderung, obwohl auf der anderen Seite, oft mit Landesmitteln, die Häuser in Millionenhöhe umgebaut worden sind.

Die Zentren in diesen Orten sind in der Regel, was die peronalkosten angeht auf ABM angewiesen. Dauerhaft kann das problem damit nicht gelöst werden. Es müssen Personen abgesichert werden, die die Häuser mit Programmangeboten auch füllen können.

Hier ist das Land gefordert, durch einen großen Einstieg in die Förderung die Kommunen bei ihrer Entscheidungsfindung, die Zentren zu finanzieren, zu unterstützen. Sonst wird es so aussehen, daß in den nächsten Jahren einige Häuser schließen müssen. Und zwar nicht deswegen, weil deren Programmangebote nicht angenommen werden, sondern weil keine Personen mehr da sind, die überhaupt das Programm organisieren.

Die SPD-Mehrheitsfraktion konnte sich nicht dazu durchringen, positiv in diese Richtung zu entscheiden. Die SPD hatte gerade in ihrem letzten Landtagswahlprogramm von 1991 eine entsprechende Forderung beschlossen: »Durch die Förderung herausragender Projekte der Soziokultur sollen Kommunen ermutigt werden, bestehende zentren auszubauen oder neue Zentren zu gründen.«

Die LAG NW fordert sowohl die Landesregierung als auch die Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen auf, sich jetzt noch bei den Haushaltsberatungen entschieden für die Belange der soziokulturellen Zentren und Initiativen einzusetzen.

Die LAG NW hatte am Anfang des Jahres mit fast allen Parteien im Landtag den Vorschlag diskutiert, im Herbst ein Hearing zur Soziokultur durchzuführen. Dieser Vorschlag stieß auf große Unterstützung. Jetzt bekommen wir von den Parlamentariern mitgeteilt, daß für dieses Jahr kein Termin mehr frei sei. Das hören wir schon seit Jahren. das Hearing steht schon lange auf der Tagesordnung. U.a. auch deswegen, weil erst 1989 eine größere Bestandsaufnahme zur Soziokultur gemacht worden ist. Es aht darüber aber bisher noch keine öffentliche Debatte gegeben. Das fordern wir jetzt ein mit der Durchführung des Hearing noch in diesem Jahr. ●

Rainer Bode

Dortmund

Kultur Katalog

Jetzt ist er zu haben, der »Kultur Katalog Dortmund«. Ein umfangreicher und handlicher Überblick über die gesamte Kulturszene dieser Stadt. 384 Seiten Informationen über KünstlerInnen und deren Vereinigungen aus den Bereichen Theater, Musik, Literatur, Bildende Kunst, Foto, Film, Video und Multimedia. Ein Überblick über kulturelle Einrichtungen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Kulturarbeit der Stadt Dortmund. Über 500 Angebote zu Rock, Pop, Jazz, Folk, Klassik, Schauspiel, Kabarett, Kinder-/Figurentheater, Tanz, Literatur und Bildende Kunst.

Der Katalog ist ein unentbehrlicher Ratgeber für alle Veranstalter. Er ermöglicht den direkten Draht zu KünstlerInnen und Gruppen.

Der »Kultur Katalog Dortmund« kostet DM 15,–, zzgl. DM 4,– Versandkosten und ist über den Buchhandel oder direkt zu beziehen bei: Kultur Kooperative Ruhr, Ruhrallee 86, 4600 Dortmund.

ÖKOLOGIE

Dortmund

Umweltberatungsforum im Aufbau

Seit Anfang Februar 1991 wird im Wissenschaftsladen Dortmund eine Umweltberatungsstelle aufgebaut. Neben den bereits arbeitenden UmweltberaterInnen bei der Verbraucherberatung, dem Umweltladen, dem Institut für alternative Kommunalplanung und dem Stadteilzentrum Adlerstraße (hier sind sogar zwei Beraterinnen tätig) ist dies ein wichtiger Schritt, ein flächendeckendes Umweltberatungsnetz über Dortmund zu legen.

Die Umweltberatungsstelle ist insbesondere zuständig für die lokale Betreuung des Kreuzviertels und des Dortmunder Südens. Neben persönlicher, schriftlicher und telefonischer Beratung ist unter anderem geplant:

- Organisation und Koordination von Veranstaltungen und Bildungsmaßnahmen
- Erstellen von Ausstellungsmaterial zu umweltrelevanten Themen
- Hilfestellung örtlicher Initiativen durch Vermittlung von Fachleuten und Mitbenutzung der Einrichtungen
- Schrittweiser Aufbau einer Umweltbibliothek im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel

Anschrift: Wissenschaftsladen
Lindemannstr. 84, 4600 Dortmund
☎ (02 31) 10 40 02

ANTROPOSOPHIE & ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Steiners »soziale Dreigliederung« wiederentdeckt

Mitte Januar begann eine zweijährige Fortbildungsreihe für Berufstätige unter dem Thema »Individualität und soziale Verantwortung – Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus«, auf der Vertreter der Ökoszene vor allem durch ihre Abwesenheit auffielen. Die Reihe, als fortlaufende Einführung in das Thema gedacht, besteht 1991 aus vier Wochenend- und zwei Wochenseminaren, die an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik, Holland und der Schweiz stattfinden; den Auftakt im Januar bildete eine Arbeitswoche im Anthroposophenzentrum Dornach bei Basel unter dem Thema »Dreigliederung als Entwicklungsprinzip«.

Titus Bahner, Redaktion Heidelberg ● Die von dem Österreicher Rudolf Steiner (1861-1925) entwickelte Anthroposophie ist vor allem bekannt als Hintergrund für die Waldorfschulbewegung, für die biologisch-dynamische Landwirtschaft, für die homöopathische Medizin. Sie baut auf einem Erkenntnisansatz, der an Goethe anknüpft und durch Sinnesschulung eine »anschauende Urteilskraft« entwickeln will. Sie versteht sich selbst nicht als Philosophie, sondern eher als Übungsweg, der von jedem auf eigenen Entschluß beschritten werden kann und über die Entwicklung der Denk- und Wahrnehmungsfähigkeit und des seelischen Gleichgewichts zur schrittweisen Erkenntnis der geistigen Hintergründe der alltäglichen Welt führen kann. Damit steht sie z.B. im krassen Widerspruch zum einseitig-materialistischen Ansatz, obwohl sie diesen als historisch notwendige Teilwahrheit anerkennt.

Die Soziale Dreigliederung nun ist einer der weniger entwikkelten Sprosse der Anthroposophie. Nachdem Rudolf Steiner nach Beendigung des ersten Weltkriegs mit allen Kräften für eine Verbreitung dieser Gedanken gewirkt hatte, scheiterten die ersten Versuche und Projekte bald darauf in den Wirren der Inflationsjahre. Danach war für lange Jahrzehnte Schweigen im Walde, bis in den siebziger und achtziger Jahren die Dreigliederung bei einer zunehmenden Zahl von Menschen, z.B. im Zusammenhang mit anthroposophischen Siedlungs- und Hofgemeinschaften, mit dem Naturkostsektor oder mit der sozialen Gestaltung von Waldorfschulen, wieder Interesse fand. In dieser Richtung arbeiten heute auch die GLS-Bank eG in Bochum sowie, mehr im politischen Bereich auf Joseph Beuys zurückgehend, die Initiative Volksentscheid und der »Achberger Kreis«, wie auch in der Wissenschaft das Institut für soziale Gegenwartsfragen in Freiburg, dessen Büro in Stuttgart auch die hier referierte Tagungsreihe veranstaltet.

Worum geht es in der Sozialen Dreigliederung? Grundgedanke ist, daß der »soziale Organismus«, alternativdeutsch: die Gesellschaft, an jedem Ort stets drei voneinander verschiedenen Prinzipien gehorcht, die jeweils im Großen ein Glied dieses Organismus bilden: Das Verhältnis, in dem jeder Mensch dem anderen in völliger Gedankenfreiheit als Einzelner gegenübertritt, bildet im Großen das Geistesleben; das Verhältnis der Menschen, das auf der Gleichheit untereinander beruht, bildet das Rechtsleben und den politischen Bereich; und wo ich in der arbeitsteiligen Gesellschaft de facto in der Zusammenarbeit mit allen anderen in Brüderlichkeit mich verbinde, ist das Wirtschaftsleben. Es handelt sich nicht darum, diese Prinzipien wirksam zu machen, sondern sie sind wirksam, man muß ihnen nur die Möglichkeit geben, sich zu entfalten. Die soziale Gestaltung ist damit eine Frage der Wahrnehmungsfähigkeit. Die Grundlage zu dieser Dreigliederung ergibt sich aus der Erkenntnis, daß auch der individuelle Mensch in seiner Leiblichkeit drei eigenständige Systeme aufweist, die in der Metamorphose sich dann in der Gesellschaft widerspiegeln: Das Sinnes-Nervensystem, das Stoffwechsel-Gliedmaßensystem, und vermittelnd das Herz-Kreislaufsystem.

Da die genannten Prinzipien bzw. Bereiche sich an jedem Ort zeigen, liegt die Aufgabe darin, ihre jeweilige Wirksamkeit zu unterscheiden und das betreffende Projekt, vom Betrieb bis hin zum »Staat«, so zu strukturieren, daß die Bereiche sich unabhängig voneinander entfalten können, ohne sich gegenseitig hereinzureden: z.B. im selbstverwalteten Betrieb gestaltet jeder frei seinen Arbeitsplatz (Geistesleben); in der Vollversammlung wird eine Regelung für die Entlohnung gefunden (Rechtsbereich, jeder urteilsfähig). Nur wenn die Bereiche autonom wirken können, kann ein gesunder sozialer Organismus entstehen, der ohne überflüssige Reibung funktioniert und dann immerhin so sozial sein kann, wie die Menschen in ihm sozial gestimmt sind.

Die Soziale Dreigliederung ist also keine Utopie einer Guten Gesellschaft, und sie bietet keine Rezepte; sie ist ein Strukturprinzip, das in jedem Zusammenhang neu angewandt werden muß. Sie liefert aber doch sehr handfeste Aussagen. Dazu gehören die Trennung von Arbeit und Einkommen, weil Arbeit im Kern geistige Tätigkeit ist, Einkommen sich aber im Sinne der Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben am Bedarf orientieren sollte; die Ablehnung des Privateigentums an Grund und Boden, weil das Verhältnis des Menschen zum Erdboden und seinen Produkten ein Rechtsverhältnis ist; die Ablehnung des Privateigentums an Kapital, soweit dieses Kapital ein Resultat der Tätigkeit der ganzen Gesellschaft ist (Mehrwert). Notwendig dagegen erscheint das Nutzungsrecht eines Unternehmers an Kapital oder Boden, solange diese Nutzung produktiv ist, da nur so individuelle menschliche Fähigkeiten sich wirtschaftlich betätigen können zum Nutzen des Ganzen. Aufs Große gesehen bedeutet Soziale Dreigliederung den völligen Verzicht auf direkte Betätigung des Staates im Geistesleben (also freie Schulen und Universitäten) sowie im Wirtschaftsleben, ebenso des Wirtschaftlebens im Geistesleben (Drittmittelforschung?!) und im Staat (Rüstung, Parteispenden, Arbeitslosigkeit...).

Das klingt alles recht einleuchtend; bei genauem Hinsehen treten jedoch die ersten Schwierigkeiten auf, z.B. ist zur Identifikation der Prinzipien und Bereiche ein sehr bewegliches, bildhaftes Denken gefordert, in dem wir alle wenig geübt sind. Man versucht es eben doch mit seinen festen, abstrakten Begriffen zu fassen, wobei immer wieder herauskommt, daß die gewohnten Strukturen die Denkmöglichkeiten vorgeben.

Eben um an diesen grundlegenden Fragen zu arbeiten, hatten sich in Dornach etwa zweihundert Teilnehmer versammelt, von denen ein Drittel entschlossen ist, die gesamte Veranstaltungsreihe mitzumachen und dazu in einer Kerngruppe zusammenzuarbeiten. In dieser Kerngruppe fanden sich Holländer, Österreicher, Schweizer und Deutsche (sogar ein einsamer Ostler vom Neuen Forum), sie sind tätig z.B. im Bereich Naturkostanbau, -großhandel, -läden, in Waldorfschulen, in der mittelständischen Industrie, auch ein höherer Beamter aus Bonn war da. Wir hörten hochkarätige Vorträge, was den meisten Raum einnahm, dazwischen gab es aber auch, um die denkerische Beweglichkeit und Anschaulichkeit zu fördern, Kunst in Form von Eurythmie zum Anschauen und Selbermachen, eine Einführung in die schwingende Architektur des Goetheanumbaues, in dem das ganze stattfand, sowie ein Konzert mit alter und moderner tschechischer Musik, wie überhaupt der Kunst im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Gestaltungsfragen eine große Rolle zugemessen wird.

Die Vorträge behandelten Themen wie die philosophiegeschichtlichen Hintergründe der Dreigliederungsidee, insbesondere die Trinitätsauffassung in verschiedenen Religionen und geistigen Strömungen; Zusammenhänge zwischen Dreigliederung und Biologie, Medizin, Pädagogik, Astronomie, Kunst; schließlich Dreigliederung als Zeitnotwendigkeit, sowie Dreigliederung und Gemeinschaftsbildung. Ein massives Programm – gedacht zum späteren Durcharbeiten –, das noch um die Grundlagen kreiste, auf daß in späteren Tagungen die Dreigliederung selbst mehr im Mittelpunkt stehe.

Die Vorträge waren didaktisch wie inhaltlich zum Großteil umwerfend, mitsamt dem anthroposophischen Vorträgen eigenen Effekt einer gedanklichen Flugzeugreise mit klarem Überblick über nahe wie entfernte Länder. Daß hinterher das Gefühl, jetzt zu wissen, wie Dreigliederung in der Praxis aussieht, eher verschwommener war als vorher, liegt in der Natur der Sache und des Vorgehens. Umso mehr bleibt zu wünschen, daß engagierte Praktiker insbesondere aus der Ökoszene mit dabei sein werden, wenn es in kommenden Veranstaltungen um die Annäherung an die Dreigliederung in der Wirklichkeit geht. Die Sprachprobleme zur ungewohnten anthroposophischen Ausdrucksweise sollten dies nicht verhindern. (In Deinem Artikel begegnen mit ziemlich gewöhnliche Sprachprobleme, die ich aber ganz schwesterlich – wegen der Deutlichkeit – nicht verhindert habe. Für die Redaktion, Eva) ●

Informationen für die weiteren Veranstaltungen: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V., Büro Dr. Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, 7 Stuttgart 1
☎ (07 11) 236 89 50.

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GEMEINSCHAFTEN

Perspektiven einer ökologischen Landwirtschaft, Ernährung und Vermarktung im »neuen« Deutschland

War das Leitthema der 9. Jahrestagung der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften vom 21. bis 24. Februar in Bremen. Hierzu berichteten Teilnehmer aus Rostock und Thüringen über die derzeitige Situation der Landwirtschaft und von Initiativen und Ansätzen zur Vermarktung und Versorgung mit ökologisch erzeugten Produkten.

Manfred Kollenberg, Redaktion Heidelberg ● Zum Thema Großverbraucher, als einen neuen Absatzmarkt für EVG's, teilten R. Hermanowski und R. Roehl die ersten Zwischenergebnisse des AGÖL-Projektes »Ökologischer Landbau und Großverbraucher« mit. Von den besonderen Problemen und Sachzwängen unter denen auch Großküchen stehen, berichtete D. Senf vom Studentenwerk Oldenburg. Die Mensa in Oldenburg bietet ein Alternativessen mit Produkten des ökologischen Landbaus von Erzeugern der umliegenden Region an. Erste Ansätze auch in dieser Richtung aktiv zu werden, hat die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft unternommen und Kontakte zu einer Bremer Bank aufgenommen. 1991 soll eine Befragung möglichst aller Bremer Großverbrauchereinrichtungen erfolgen, um Interesse, Mengen- und Produktvorstellungen zu erkunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit war die Zusammenarbeit mit ausländischen Kooperationen und Initiativen innerhalb und außerhalb Europas. Ziel ist es hier, den Informationsaustausch zwischen erster und sogenannter dritter Welt und die Vernetzung von Initiativen zu erhöhen und zu intensivieren. Hierzu wurde eine Fachexkursion zu Kooperativen in Norditalien vorbereitet.

Verkausstand der Grünkern eG., Radolfzell

Nicht nur die internationale Vernetzung war Thema, auch die stärkere Zusammenarbeit der nationalen EVG's soll vorangetrieben werden. Für diese Aufgabe soll eine feste Koordinationsstelle geschaffen werden, mit dem Ziel der Informationsaufnahme, Vernetzung und den Vorbereitungenzur Bildung eines Dachverbandes der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Ein Arbeitskreis, der die institutionelle und finanzielle Ausstattung vorbereitet, setzt sich im April zusammen.

Neben der inhaltlichen Arbeit wurden auf einer Exkursion ökologische Projekte aus Bremen und der näheren Umgebung besichtigt. ●

Der ausführliche Tagungsbericht ist erhältlich bei:
Evang. Jugendbildungsstätte Asel
Hannelore Köhler
Zum Freizeitheim 3
2944 Wittmund-Asel

Info's und Kontakt auch über:
Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft
Donandtstr. 4
2800 Bremen 1
☎ (0421) 349 90 77

SEIKATSU – VERBRAUCHERINITIATIVE IN JAPAN

Das Geheimnis von Han

Seikatsu Club Consumers' Cooperative (SCCC) ist eine einzigartige Verbraucher-Kooperative mit 170.000 Familien als Mitglieder in Japan. Die Kooperative bietet eine radikale Alternative sowohl zum sozialistischen wie auch zum kapitalistischen Industrialismus. Für ihr erfolgreiches Modell von Produktion und Konsum, das zum Ziel hat, die Gesellschaft durch das Vorbild einer selbstorganisierten und weniger anspruchsvollen Lebensweise zu ändern, erhielt sie 1989 den Alternativen Nobelpreis.

Machiko Yamjima und Sumiko Yokoyama, Redaktion Genossenschaften

● Die japanische Frau wurde lange Zeit wegen ihres tugendhaften Gehorsams gegenüber der absoluten Autorität des Patriarchats bewundert. Doch seit dem zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des patriarchalischen Systems hat sich ihre Situation stark verändert.

Während der Ehemann sich mit ganzer Energie seiner Arbeit widmet, um für den Unterhalt der Familie zu sorgen, übernehmen die Frauen innerhalb der Familie die Rolle des Haushaltsvorstands. In dieser Zeit ist es in japanischen Arbeiterfamilien Brauch, daß der Ehemann seinen gesamten Lohn an den Haushalt abführt. Mit der für Japan typischen Lebensphilosophie übersteht man die Notsituation, die sich aus hoher Inflation und fehlendem Familienvermögen nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben. Vor diesem Hintergrund ist es einfacher zu verstehen, daß die Frau die Verwaltung der Familienfinanzen übernimmt.

In dieser Situation trat in den 60er Jahren in Kyushu die Minamata-Krankheit auf. Einheimische wurden nach dem Genuß von Fisch plötzlich von schrecklichen Schmerzen geplagt. Ursache war eine Verseuchung der Fische mit organischem Quecksilber, das eine ortsansässige Chemiefirma mit ihren Abwässern ins Meer geleitet hatte. Die Leute, allen voran die Frauen, in deren Händen die Verantwortung für ihre Familienmitglieder lag, lehnten sich gegen eine Vergiftung durch die Industriebetriebe auf. Sie gründeten eigene Verbraucherorganisationen, die eine Versorgung mit unbedenklichen Produkten sicherstellen sollten, – so auch die SCCC (Seikatsu-Club). Heute bemühen wir uns um einen alternativen Weg heraus aus unserer überindustrialisierten Gesellschaft.

Kollektiv einkaufen

Die meisten der 170.000 MitgliederInnen von SCCC sind ganz normale Hausfrauen, die sich um die täglichen Belange der Familie kümmern. Nach den Erfahrungen mit der genossenschaftlichen Bewegung SCCC sind wir Hausfrauen davon überzeugt, daß wir eine aktivere Rolle in der Gesellschaft übernehmen können. Seikatsu Club ist eine genossenschaftliche Verbraucherorganisation, die 1968 gegründet wurde, zu einer Zeit also, in der die Industrialisierung Japans mit großer Geschwindigkeit voranschritt. Ziel unserer Genossenschaft war die Entwicklung einer alternativen Lebensform als Gegengewicht zu Massenproduktion und Massenkonsum. Wir sind davon überzeugt, daß wir mit den folgenden drei eng miteinander verbundenen Methoden, die wir verfolgen und immer noch weiterentwickeln, unser Ziel erreichen werden. Diese sind:

1. Respekt vor dem Leben beweisen, indem wir uns mit Hilfe einer kollektiven Einkaufsgemeinschaft für die Bewahrung wertvoller Rohstoffe und den Schutz der Umwelt einsetzen.
2. Organisierung der »Schatten«-Arbeit von Hausfrauen in unserem Arbeiterkollektiv.
3. Aufbau einer politisch engagierten, von Bürgern bestätigten Frauenbewegung, durch die ein Mitwirken in der kommunalen Politik möglich ist.

Umweltschonende Produkte

Wir begannen mit unserer Genossenschaft vor zwanzig Jahren mit dem Einkauf von 300 Flaschen Milch. Heute umfaßt unser Programm an die 400 Produkte. Eine japanische Durchschnittsfamilie kauft rund 1.200 verschiedene Haushaltsprodukte. Die Hälfte bis ein Drittel dieses Warenkorbes bietet der Seikatsu-Club mit seiner Einkaufsgenossenschaft an. Unser kollektives Vorgehen gegen die Verschwendung in der Gesellschaft greift in drei Bereiche ein:

Erstens präsentieren die großen Firmen ihre Produkte in verschiedenen Verpackungen, Formen und Größen, um dadurch den Absatz zu steigern. Wir brauchen aber immer nur einen Artikel von einer Sorte. Sojasauce ist in den Geschäften in unzähligen Packungsgrößen und Variationen erhältlich, wir dagegen bieten nur eine einzige Literflasche dicker Sojasauce an. Durch beschränkte Auswahl kann der Club die Produktion und Distribution rationalisieren, was zur Einsparung von Material führt und zugleich auch die Kreativität im Alltag fördert.

Zweitens sind wir der Meinung, daß Lebensmittel qualitativ hochwertig sein müssen und der Gesundheit nicht schaden dürfen. Durch den Einkauf in der Genossenschaft können wir den kommerziellen Markt umgehen und direkt vom Erzeuger beziehen. Das hat nicht nur den Vorteil, daß der Preisaufschlag für den Zwischenhändler entfällt. Durch den engen Kontakt zwischen Verbrauchern und Erzeugern wächst ein kritisches Bewußtsein und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Dieses System ermöglicht außerdem die Lieferung von Waren in frischem Zustand, wodurch Konservierungsstoffe und andere Zusätze entfallen. Die Bauern sind nicht auf den Einsatz von Pestiziden oder chemischen Düngern angewiesen, die unserer Gesundheit und unserer Umwelt schaden, und können organischen Landbau betreiben. Wir unterstützen auch eine Gruppe von Familien, die den Opfern der Minamata-Krankheit helfen, indem wir diesen Leuten ihre süßen Sommerorangen abkaufen. Sie betreiben ebenfalls organische Landwirtschaft oder setzen zumindest weniger Chemikalien ein. Damit vermeiden sie weitere Umweltvergiftung und haben selbst zu ihrer Rehabilitation beigetragen.

Weitere Projekte, denen der Alternative Nobelpreis verliehen wurde, sind beschrieben in dem Buch »Projekte der Hoffnung«, herausgegeben von Jacob von Uexküll und Bernd Dost, RABEN Verlag, München 1990, Ladenpreis 34,– DM.

Drittens vermindert der Verbrauch von synthetischen Waschmitteln, die durch chemische Verfahren auf der Basis von Erdöl hergestellt werden, die Wasserqualität von Flüssen und Meeren. Für die Japaner ist das ein ernstzunehmendes Problem, denn zum traditionellen täglichen Essen gehört immer Reis mit einer Beilage aus Fisch oder Meeresfrüchten. Aus diesem Grund benutzen wir von SCCC keinerlei synthetische Waschmittel mehr, sondern ausschließlich auf natürlicher Basis hergestellte Seife. Wir propagieren den Gebrauch dieser Seife landesweit und haben bereits erreicht, daß 80 Prozent der landwirtschaftlichen Kollektive in der Präfektur Yamagata, von denen wir den Großteil unserer Reislieferungen beziehen, dieses Produkt an Stelle synthetischer Waschmittel benutzen. Auch in der Präfektur Shiga gibt es schon viele Menschen, die sich für die Erhaltung der Wasserqualität im Biwa-See, dem größten unseres Landes, einsetzen, indem sie auf unsere Seife umgestiegen sind. Eine Reihe von Fischer-Kollektiven folgen ebenfalls unserem Beispiel.

In nächster Zukunft wollen einige unserer Mitglieder zwei neue Seifenfabriken errichten. Als Ausgangsstoff für die Produktion dienen Speiseölreste, die in den Haushalten anfallen. Der Umwelt kommt dies in doppelter Hinsicht zugute, denn mit dieser Methode vermeidet man eine Belastung der Gewässer durch Waschmittel- und gleichzeitig auch durch Ölrückstände. Wir sind davon überzeugt, daß dieses Beispiel auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel Recycling von Papier, der Entwicklung sauberer Energiequellen und alternativer Inhaltsstoffe für Spraydosen (FCKW) Schule machen wird.

Acht Hausfrauen sind ein Han

Ich möchte nun gerne erklären, wie ein »Han«, die Basiseinheit unseres genossenschaftlichen Prinzips, funktioniert. Es handelt sich dabei um eine Arbeitsgruppe mit sieben oder acht Hausfrauen aus derselben Umgebung.

Die Idee des »Han« geht zurück auf gemeinnützige Initiativen zur gegenseitigen Hilfe in den traditionellen japanischen Dorfgemeinschaften. Während der Hauptsaison in der Landwirtschaft oder bei der Realisierung von Gemeinschaftsprojekten war diese Art der Kooperation auf dem Land früher allgemein üblich. Man könnte einen »Han« folglich als Organisationsform bezeichnen, die aus dem Arbeitssystem der traditionellen ländlichen Gesellschaft übernommen wird.

Grundsätzlich funktioniert ein »Han« so, daß die Mitglieder einmal im Monat im voraus ihre Bestellungen aufgeben und die Waren abwechselnd an einen Haushalt geliefert werden. Von dort aus werden sie dann verteilt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt ebenfalls über den »Han«. Der Seikatsu-Club hat keine Läden, denn der Verkauf über den Ladentisch würde die ideelle Bedeutung einer Mitgliedschaft in der Genossenschaft abwerten. Da wir keine Werbung betreiben, sind die Vertriebskosten sehr niedrig und die Preise für unsere Waren bewegen sich in einem vernünftigen Rahmen, was wiederum der Erhaltung und Expansion unserer Genossenschaft zugute kommt.

Wir sind der Ansicht, daß unsere Mitglieder auch Anteilseigner unseres Unternehmens sein sollen. Aus diesem Grund spart jedes Mitglied monatlich 1.000 Yen (10 DM) bis die Summe von 80.000 Yen (ungefähr 800 DM) erreicht ist.

Ein »Han« ist aber nicht nur die Basiseinheit, auf dem unser Genossenschaftssystem aufbaut, sondern vereint als kleinste freiwillige Gesellschaftsform auch eine Menge anderer positiver Elemente in sich. Wir können untereinander gute Beziehungen pflegen und uns, wenn nötig, gegenseitig helfen. Andererseits versuchen wir, eventuell auftretende Personal- und Kommunikationsprobleme offen anzusprechen und selbst eine Lösung zu finden. Das heißt, daß bei uns, wie in jeder demokratischen Gemeinschaft, Autonomiebestrebungen existent sind. »Wo es keine Konflikte gibt, gibt es auch keinen Fortschritt.« Vielleicht ist der »Han« das wichtigste Element einer kooperativen Gemeinschaft der Zukunft.

Genossenschaftliche Arbeitsplätze

Ausgehend von unseren Erfahrungen im genossenschaftlichen Einkauf entschlossen wir uns, selbständige Unternehmen zu gründen, die einem wachsenden Selbstbewußtsein japanischer Hausfrauen entgegenkommen. Frauen haben in der japanischen Wirtschaft inzwischen ebensogute Chancen wie Männer, vorausgesetzt sie sind unter dreißig. Für Hausfrauen ist es äußerst schwierig, eine Beschäftigung zu finden, die ihren Interessen entspricht. Durch die Gründung selbständiger Unternehmen können wir dieses Problem auflösen und unser Haushaltseinkommen erhöhen. Dabei teilen wir selbst ein, wann wir unsere Hausarbeit erledigen, und wann wir für unsere Unternehmen zur Verfügung stehen. Ideal ist natürlich, wenn unser Arbeitsplatz nicht weit von zu Hause entfernt ist. Mit unserem Genossenschaftssystem können wir ganz andere Arbeitsplätze anbieten als die Regierung oder große Firmen. Inzwischen gibt es die unterschiedlichsten Projekte. Ein Kollektiv kocht zum Beispiel Mittagessen für Arbeiter und alte Leute. Andere helfen Schwangeren, jungen Müttern oder kranken Personen und ihren Familien. Einige Frauen betreuen Kinder von berufstätigen Frauen. Im Grunde handelt es sich dabei um eine Art Tauschsystem, das mit Hilfe von Arbeitsscheinen abgewickelt wird.

Einige Mitglieder betreiben Recycling-Läden, in denen sie gebrauchte Gegenstände wie Kühlschränke, Möbel, Kleidung, Sportartikel und anderes kaufen und verkaufen. Die bereits erwähnten Seifenfabriken beschäftigen neben normalen Arbeitern auch Mitglieder des Kollektivs. Darüber hinaus gibt es eine Menge weiterer Einsatzmöglichkeiten in selbständigen Betrieben wie Restaurants, Bäckereien, Verkaufsständen für Fisch und Gemüse, Lunchbuden, Kochschulen und so weiter. Mittlerweile bestehen über 80 solcher Unternehmen, in denen an die 2000 Frauen beschäftigt sind.

Jedes Mitglied des Arbeitskollektivs hält einen Anteil an »seinem« Unternehmen, der in der Relation zu seinem Arbeitseinsatz steht. Grob gesagt bewegen sich diese Anteile zwischen 50.000 (500 DM) und 300.000 Yen (ungefähr 3.000 DM). Um Neugründungen von Unternehmen zu unterstützen, vermietet SCCC gelegentlich Räume oder Grundstücke, die gerade nicht benötigt werden, denn das Eigentum von SCCC wird als Gemeinschaftseigentum der Kooperative betrachtet.

Mitbestimmung in der Politik

Natürlich können Club-Mitglieder die Gewässerverschmutzung nicht allein dadurch aufhalten, daß sie keine synthetischen Waschmittel mehr benutzten. Deshalb bemühten wir uns, eigene Vertreter in lokale Regierungsgremien zu entsenden. 1979 wurde in Tokyo Nerima Ward das erste Mitglied des Seikatsu Clubs als Repräsentant gewählt. Um unserer basisdemokratische Bewegung zu mehr Macht zu verhelfen, organisierten wir ein politisches Netzwerk in Form einer lokalen Aktionsgruppe mit dem Namen »Seikatsu Net Work«.
Unsere Hauptanliegen sind:

- Umweltschutz;
- Etablierung eines sozialen Netzes in örtlichen Gemeinschaften;
- Schaffung einer friedlichen Welt ohne Konflikte.

Unter diesen Prämissen engagierten wir uns für Themen wie »Aktion gegen Strafmilderung für die Verunreinigung von Lebensmitteln«; »Ausrufung atomfreier Städte«, »Kampagne gegen Bau von Häfen für atomwaffenbestückte Kriegsschiffe« und so weiter. Besonders erwähnt werden muß das Netzwerk von Zushi-City, das sich gegen die Zerstörung der grünen Wälder von Ikego einsetzte. Die Waldgebiete sollten militärischen Anlagen in Ikegos Hills weichen, außerdem stand die Stationierung von Missiles dort zur Debatte. In diesem Fall ist eine Kampagne zur Friedenssicherung ebenso wichtig wie der Schutz von Grünflächen.

Kurz: In Japans kontinuierlich steigendem Wirtschaftswachstum spielt der Seikatsu Club als alternative Bewegung immer noch eine untergeordnete Rolle. Aber wir scheuen uns nicht, auf Wahrheiten hinzuweisen. Unser Motto lautet: »Laßt uns selbst unser Leben ändern.« Als Instrumente dazu dienen uns unsere Einkaufsgenossenschaft auf der Basis des »Han«, die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Allgemeinheit durch Arbeiterkollektive und politische Partizipation durch die Ausübung von Druck aus den Reihen der Öffentlichkeit.

»Wenn wir unser tägliches Leben betrachten und wie wir unsere Kinder großziehen, merken wir oft, daß »hier etwas nicht stimmt«. Wir sind gezwungen, ein Leben zu führen, das kommerzialisiert, kontrolliert und unterdrückt ist. In dieser von Materialismus beherrschten Welt versuchen wir, eine alternative Gesellschaft zu schaffen, erfüllt von Kreativität und Spontanietät unabhängiger und freier Menschen.« ●

(Ehrenpreis 1989)

LANDWIRTSCHAFTLICHE GENOSSENSCHAFTEN

Aktueller Ratgeber erschienen

Wieland Jäger, Redaktion Genossenschaften

● Daß diese Republik neue Männer braucht, gilt einer breiten Öffentlichkeit als selbstverständlich. Aber auch neue Genossenschaften, zumal im landwirtschaftlichen Bereich? Und das vor dem Hintergrund der (vermeintlich) schwindenden Bedeutung des »primären Sektors« (Landwirtschaft, Fischerei u.a.) mit weniger als 5% der gesamten Erwerbstätigen? Zweifel dieser Art sind spätestens seit der deutschen Einigung und der Umbruchlage von Wirtschaft und Gesellschaft kaum noch legitim: Die Orientierung auf eine demokratische, ökologische und soziale Marktwirtschaft auch im landwirtschaftlichen Bereich kommt an der Frage nicht vorbei, welche Impulse die weite Verbreitung und entsprechende Erfahrungen von und mit Genossenschaften in der Ex-DDR für die Umgestaltung der Republik hergeben. Es gilt zu überprüfen, ob und auf welche Weise die Umstrukturierung der deutschen Landwirtschaft mit Hilfe von Genossenschaften vorangetrieben werden kann. Um praxisnahe Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zugleich Mut zu machen, einen Umgestaltungsprozeß (zumindest) in der Landwirtschaft selbst in die Hand zu nehmen, dazu ist das vorliegende Buch gemeinsam von Westlern und Ostlern geschrieben. Es umfaßt drei Hauptkapitel. Teil A beschreibt die Situation der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor und nach der deutschen Einheit (für theoretisch Interessierte ergibt sich hier zugleich Gelegenheit zum Raisonnieren über das Scheitern von Genossenschaften...). Teil B stellt praktische Formen der Kooperation in der Landwirtschaft vor; hier stehen besonders Beispiele der genossenschaftlichen Praxis in Westdeutschland im Mittelpunkt. Das Herzstück der Publikation jedoch ist der Teil C im Sinne eines Ratgebers zur Gründung landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaftlichen u.a. mit der Darlegung eines Rohkonzeptes, einer Behandlung der Fragen praktischer Betriebsführung sowie Hilfen für die Satzungsdebatte. Insgesamt ein gut lesbares, geschickt aufgebautes, inhaltsreiches Handbuch mit dem richtigen Thema zum richtigen Zeitpunkt. Ihm ist eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu wünschen. Und vielleicht trägt es ja auch dazu bei, dem »antiproduktivgenossenschaftlichen Syndrom« (so einer der AutorInnen) entgegenzuwirken – nicht zuletzt durch das Einholen der Erfahrungen als Humus für die Entfaltung von »Gestaltungsphantasie«. In der Tat: Nicht nur neue Männer, auch neue Genossenschaften braucht das Land... ●

(Hrsg.): Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V./Friedrich-Ebert-Stiftung
Neue Genossenschaften braucht das Land
Ein Ratgeber zur Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften
Bonn 1990: Beiträge zur genossenschaftlichen Theorie und Praxis; Bd. 5, 5,– DM.

Anzeige

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Zukunft der Reformpolitik?
Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen Heft 1/91

Bewegung, Gegenbewegungen und Staat
Heft 2/91

Triumph der Verbände?
Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat Heft 3/91

Power in der Provinz?
Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen Heft 4/91

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2 19,80 DM 224 Seiten

Abo: DM 48,- (DM 36- erm.); Einzelheft: DM 12,50
Bestellungen über den Buchhandel
Probehefte gratis beim Verlag
Verlag: Schüren Presseverlag
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

KURZMELDUNGEN

Konsum Berlin

Radikaler Personalabbau

Fast jedem zweiten Konsum-Beschäftigten steht nach Angaben der »Berliner Zeitung« in den nächsten Monaten die Entlassung bevor. Nach internen schriftlichen Unterlagen der vor allem in Ostberlin tätigen Konsumgenossenschaft sollen bis Ende des Jahres 4.266 der insgesamt 9.235 Beschäftigten ihren Job verlieren, um die Anpassung an den »geliebten« Westen zu erreichen. Besonders hart wird es die Gastronomiebetriebe der Genossenschaft treffen. Dort müssen neun von zehn Angestellten gehen. In einer zweiten, 1992 vorgesehenen Entlassungswelle sollen noch einmal 1.159 Stellen gestrichen werden. Betriebsrat und Unternehmensführung haben sich dem Bericht zufolge bereits auf einen Sozialplan geeinigt. Letztes Jahr hat das Ost-Unternehmen noch mit dem Kauf der Westberliner Lebensmittelkette Bolle auf sich aufmerksam gemacht. Anfang 1991 eröffnete die Genossenschaft erstmals ein eigenes Geschäft im Westteil von Berlin.

Produktivgenossenschaften des Handwerks

Prüfungsverbände »regeln« ihre Zuständigkeit

Die traditionellen regionalen Genossenschaftsverbände Westdeutschlands haben mittlerweile ihre Zuständigkeiten für die neuen Bundesländer »geklärt«. Für Mecklenburg-Vorpommern ist der Regionalverband Schleswig-Holstein/Hamburg zuständig, für Thüringen der Regionalverband Hessen, für Brandenburg der Regionalverband Berlin, für Sachsen-Anhalt der Regionalverband Niedersachsen und für Sachsen der Regionalverband Bayern. Personell wird der Verband Brandenburg/Berlin durch den Rheinischen Genossenschaftsverband unterstützt. Der Verband in Sachsen erhält beim Badischen und Württembergischen Raiffeisen-Verband personelle und beim Bayrischen Raiffeisen-Verband personelle sowie organisatorische Unterstützung.

Selbsthilfe-Siedlergenossenschaft in Filderstadt

Genossenschaft wird Stiftung

»Um der großen Wohnungsnot in Bonlanden abzuhelfen« schlossen sich vor 40 Jahren Vertriebene zu einer Selbsthilfe-Siedlergenossenschaft im württembergischen Filderstadt zusammen. Inzwischen hat die Genossenschaft ihre Aufgabe erfüllt und sich aufgelöst. Der Name aber wird weiterbestehen. Die noch verbliebenen 200 Mitglieder beschlossen, die Hälfte des Vermögens von 860.000 DM in eine Stiftung einzubringen. Das Geld ist so angelegt, daß zum Ende des Jahres Zinsen anfallen. Zur Zeit sind es rund 30.000 DM. Dieser Betrag soll laut Satzung Projekten der Alten- und Jugendhilfe sowie dem öffentlichen Gesundheits- und Wohnungswesen zugute kommen. Eine solche Aktion ist nicht selbstverständlich, auch wenn sie vom Grundsatz her dem genossenschaftlichen Ansatz der Teilneutralisierung des Kapitals entspricht: Mitglieder bekommen bei Weiterbestehen einer Genossenschaft im Falle ihres Ausscheidens nur Gelder in Höhe der gezeichneten Anteile ausgezahlt. Erster Vorsitzender des Stiftungsrates wird Ewald Kawohl, langjähriges Genossenschaftsmitglied, und die heute 84jährige Emilie Sedlatschek, jahrzehntelang geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Siedlergenossenschaft, soll Ehrenvorsitzende werden.

FUNKTIONEN DER DDR-GENOSSENSCHAFTEN

Eigenständigkeit im »Real-Sozialismus«

Nachteile und Vorzüge: Die Genossenschaften im »Real-Sozialismus« waren eine Art »Subsystem«. Fünf verschiedene Funktionen, die teils von den herrschenden kommunistischen Parteien geduldet, teils gewollt waren, werden nachfolgend von einem ostdeutschen Autoren erläutert, der schon vor der »Wende« zu dieser Thematik gearbeitet hat.

Fotos auf dieser Seite: B.F.

Modernisierungen werden bei der PGH »Ihr Friseur« in Dresden zur Zeit auf die lange Bank geschoben. Solange die Eigentumsfrage bei den 15 angemieteten Friseurläden nicht geklärt ist, sind entsprechende Investitionen nach Aussagen des Genossenschaftsvorsitzenden Löschner zu riskant. Mit ähnlichen Problemen haben alle sieben Produktivgenossenschaften der Friseure in Dresden zu kämpfen.

Hans Schubert, Redaktion Genossenschaften ●

1) **Konfliktdämpfung.** Genossenschaften wurden als »Mittel oder Feld für die Konfliktdämpfung« angesehen. Konflikte, deren Nicht-Bewältigung letztlich zum Zusammenbruch des stalinistischen Herrschaftssystems mit seiner Kommandowirtschaft führten, gab es genug. Allgegenwärtig war vor allem der Dauerkonflikt zwischen unzureichender Produktion (Qualität, Sortiment) und den sich ständig verändernden (und sich am Westen orientierenden) Bedürfnissen der Bevölkerung. Wirkungen zeigten auch Widersprüche zwischen Staatsinteressen und individuellen oder Gruppeninteressen, zwischen Stadt und Land sowie zwischen körperlicher und geistiger Arbeit.

Der meist nicht den Bedürfnissen gerecht werdende Produktionszuwachs führte zur Vergeudung von Produktivkräften oder zur Verzerrung der Verteilungsverhältnisse, was in der Konsumtion spürbar wurde und latentes Unbehagen in der Bevölkerung erzeugte. Verhindert werden sollte, daß dieses Unbehagen in offenen Widerstand gegen das Herrschaftssystem umschlug. Hier waren die Genossenschaften wirksam, indem sie Versorgungslücken zu mildern verstanden. Außerdem wurde in den Produktionsgenossenschaften der Bauern und Handwerker die vorher existente starke soziale Differenzierung innerhalb dieser Berufsgruppen nivelliert und für alle Mitglieder eine gesicherte Existenz und steigender Wohlstand garantiert.

Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften mobilisierten erhebliche Mittel und Leistungen für den Wohnungsbau und zur Verbesserung der Wohnverhältnisse. Der Konsum (mit seiner Rückvergütung und eigener Produktion), ebenso die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften (mit eigener Produktion) hielten die Versorgung des Grundbedarfs zum erheblichen Teil mit aufrecht. Genossenschaftskassen und Bauernbanken vermittelten günstige Kredite für Hausbau und Anschaffungen.

2. **Integrationshilfe.** Genossenschaften dienten als »Mittel oder Feld für soziale Integration, als Vehikel für ideologisch-erzieherische Ziele des Staates«. Die Hauptziele des stalinistischen Herrschaftssystems bestanden zweifellos in der Konformierung des gesamten Volkes, in der Sicherung der politischen Stabilität mittels Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse. Ebenso wichtig aber waren die Motivierungen für die Erfüllung der Produktionsziele und dem Anspruch auf Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit. D.h. für das totalitäre Regime stalinistischer Prägung gab es immer zwei politikbestimmende Komponenten: die Konformierung und die Mobilisierung des Volkes.

Die Genossenschaften sollten im ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Sinne einer solchen Konformierung dienen. Sie sollten die gesamten Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte der bürokratischen Kommandowirtschaft zugänglich machen, weshalb ihnen Auflagen, Vorgaben und Limits erteilt wurden. Zwei Wege wurden dabei beschritten. Zum einen erhielten die von der Mitgliederzahl größten Genossenschaften (Konsum) einen Doppelcharakter: Neben einer Genossenschaft waren sie auch Massenorganisationen mit eigenen Abgeordneten in den Parlamenten. Zum anderen wurden die Repräsentativorgane der Genossenschaften fest in den staatlichen Leitungsapparat eingeordnet sowie von der SED durchsetzt.

Das alles hätte kaum funktioniert oder sofort neue Konflikte erzeugt, wenn nicht zugleich eine Art sozialer Integration erreicht worden wäre, besonders in den Produktionsgenossenschaften. Nach anfänglichen Schwierigkeiten florierten die meisten von ihnen und brachten ihren Mitgliedern spürbare Vorteile, auch mittels eines besonderen Verteilungsmodus über Anteile oder Vergütung nach geleisteten Arbeitseinheiten. So entstand allmählich eine Identifikation der – oft gegen ihren Willen zum Beitritt veranlaßten – Mitglieder mit ihrer Genossenschaft, die sich beim Wechsel der Generationen verstärkte. Erst die fehlerhafte Agrarpolitik ab den siebziger Jahren mit Auseinanderreißung und Zentralisierung der gewachsenen LPG oder die 1972 verfügte Enteignung sogenannter »industriell produzierender PGHen« haben diese begonnene Identifizierung empfindlich gestört bzw. wieder zerstört.

Die Identifikation beruhte aber auch auf den größeren Rechten, die Genossenschaftsmitglieder im Vergleich zu ArbeitnehmerInnen der Staatsbetriebe hatten: Wahl der Leitung, Verfügung über das Betriebsergebnis, Modifizierung staatlicher Produktionsziele, zusätzliche soziale Vergünstigungen und Hilfe bei der Beschaffung von Waren/Leistungen. Genossenschaften wurden für ihre Mitglieder zu »Nischen«, in denen sich allen Widrigkeiten zum Trotz ganz gut leben ließ. Schließlich hatte es das bisher nicht gegeben (und gibt es auch im Westen nicht), daß Genossenschaften und ihre Verbände eigene Abgeordnete, eigene Fraktionen in den Parlamenten hatten. Auf kommunaler Ebene, wo immer ganz praktische Fragen gelöst wurden, konnte so schon etwas bewegt werden. Die LPG brachten zudem erhebliche kommunale Leistungen für die Dörfer; Genossenschaften verschiedener Art wurden Träger eines regen kulturellen und sportlichen Lebens.

3. **Bedarfsdeckung.** Genossenschaften wirkten als »ökonomische Schaltstellen zwischen zentraler Planung und solchen Bereichen, die dieser schwer zugänglich sind bzw. wo diese versagt.« Genossenschaften hatten durch ihre gewollte Bildung und gezielte Ausdehnung in bestimmten Wirtschaftsbereichen eine Art Monopolstellung, so in der Landwirtschaft, im Dienstleistungswesen und im Land-Handel. Diese Monopolstellung verstärkte sich noch, weil infolge voluntaristischer Wirtschaftsstrategien und überzogener Konzentrationsprozesse immer deutlichere Deformationen in den Produktionsverhältnissen sichtbar wurden.

Ohne die Genossenschaften hätte der infolge der Konzentration enorm angewachsene und überdimensionierte Bedarf an Dienstleistungen und Reparaturen nicht mehr befriedigt wreden können. Gleiches galt für den explosionsartig steigenden Bedarf an Nahrungs- und Genußmitteln, da es infolge rückläufiger Importe strategisch »unwichtiger« Waren oder infolge einer verfehlten Preis- und Subventionspolitik zu einer Verzerrung der Bedürfnisstruktur kam. Ohne die vielfältigen Leistungen der Genossenschaften wäre die gestörte gesellschaftliche Arbeitsteilung, Folge übertriebener Kombinatsbildung, viel früher in soziale Eruptionen umgeschlagen.

4. **Freiheitsnische.** Genossenschaften halfen bei der »Abschirmung privater Produktions- und Tauschprozesse gegen die zentrale Lenkung.« Die kommunistischen Parteien mußten mit der Zeit ihre geringschätzige Haltung gegenüber den Hauswirtschaften der Bauern, den Schrebergärten, und der Gewinnbeteiligung in den Genossenschaften aufgeben. Was man vorher als »kleinbürgerliche Überreste« verteufelte, wurde nun – der Not gehorchend – als »Element des Sozialismus« gesehen. Gesellschaftswissenschaftler lieferten dafür tonnenweise theoretische Begründungen. Ob dies im einzelnen ehrlicher Überzeugung entsprang oder nicht, die genannten Dinge wurden plötzlich »hoffähig«.

Die infolge fehlerhafter Wirtschaftspolitik permanente Mangelwirschaft verstärkte immer mehr naturalwirtschaftliche Tendenzen und brachte eine Schattenwirtschaft hervor. Direkter Produkt- und Leistungsaustausch zwischen Betrieben waren gang und gäbe. Manche Bedürfnisse hätten ohne die Hauswirtschaften oder ohne Feierabend-Tätigkeit (mit Schwarzmarkt-Löhnen bis zu 30,– M je Stunde) nicht mehr befriedigt werden können. All dies wurde in soziologischen Untersuchungen in der DDR nachgewiesen und heftig diskutiert, aber kaum publiziert. Vielfach war intern der Schluß gezogen worden, daß solche »Nischen« in der Gesellschaft zum System gehören, auch die Genossenschaften.

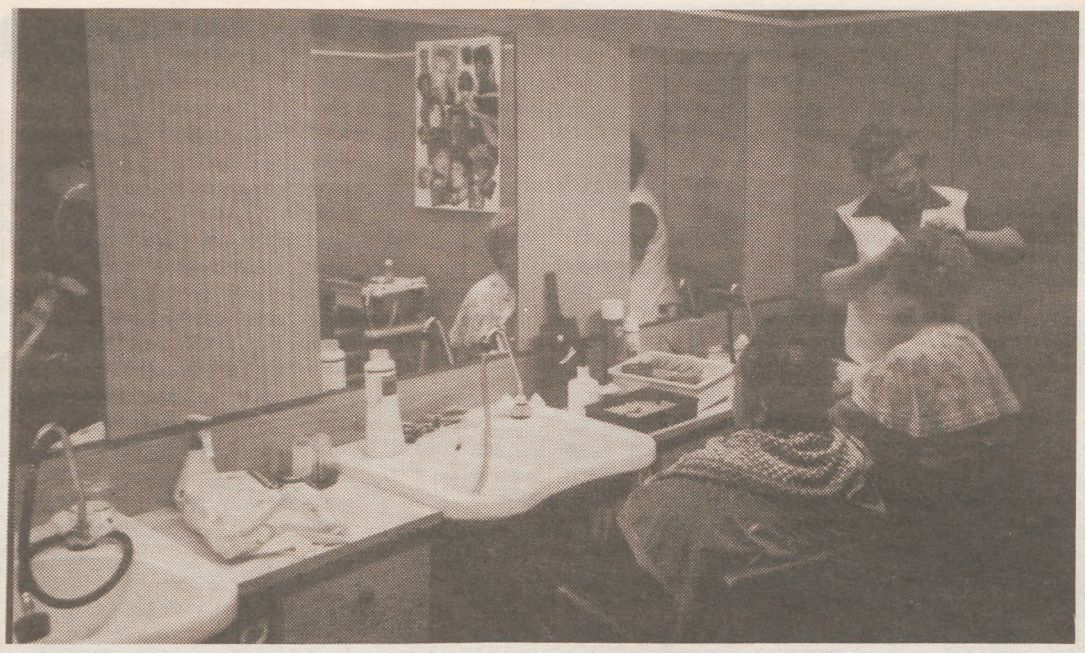
5. **Konkurrenzentwicklung.** Die Genossenschaften sollten durch die Steigerung ihrer Leistungen »eine durchaus gewollte Konkurrenzwirkung auf Staatsbetriebe ausüben und Motivationseffekte erzielen helfen«. Das funktionierte lange Zeit und wäre in der DDR noch eine ganze Weile gutgegangen, wenn die SED nicht gravierende Fehler begangen hätte. Die Enteignung privater Betriebe und PGHen 1972, die Bildung überdimensionierter Landwirtschaftsbetriebe ab 1975, die Beschneidung der Tätigkeit der VdgB nach 1960 – all das wirkte sich auf die Versorgung negativ aus.

Ab den siebziger Jahren wurden auch die Mitspracherechte der genossenschaftlichen Interessenvertretungen, so sie welche hatten, immer mehr beschnitten, halbherzige Korrekturen der achtziger Jahre kamen zu spät. Offen bleibt die Frage: Wurden solche politischen Fehlentscheidungen aus Dummheit oder Altersstarrsinn begangen oder entsprachen sie den Grundanliegen des stalinistischen Herrschaftsapparates, alles total seiner Kontrolle zu unterwerfen? ●

NEUE BUNDESLÄNDER

Apartheidsrecht für Arbeitnehmer-Genossenschaften

Das Vorgehen des Gesetzgebers und der Bundesbehörden gegenüber den ostdeutschen Produktivgenossenschaften schafft weiterhin zweierlei Recht. Eine Verordnung der Regierung Modrow vom 8.3.1990 muß herhalten, um die ostdeutschen Produktivgenossenschaften Eigentum der ArbeitnehmerInnen mit bislang fast 1 Mio. Arbeitsplätzen im zu beseitigen.



Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● Den Einigungsvertrag interpretieren die Bundesbehörden so, daß in Ostdeutschland zwei getrennte Klassen von Genossenschaften mit unterschiedlichen Rechten bestehen: Die »echten« Genossenschaften der Konsumenten, Sparer und Mieter, sowie der Selbständigen einerseits, die »unechten« Genossenschaften der Arbeitnehmer andererseits. Während für die in das westdeutsche Wirtschaftssystem passenden Genossenschaften Übergangsregelungen den Wechsel in die eingetragene Genossenschaft erleichtern, werden gegen die Produktivgenossenschaften hohe rechtliche Barrieren errichtet: U.a. können einzelne Mitglieder hier nicht nur ihren Genossenschaftsanteil – wie nach Genossenschaftsrecht verbindlich –, sondern darüber hinaus Gelder aus den Rücklagen herausfordern. Eine Aufzehrung der Rücklagen aber bricht den Genossenschaften das finanzielle Rückgrat. Nur die Produktivgenossenschaften müssen die Gründungsprüfung eines Prüfverbandes durchlaufen, um zu eingetragenen Genossenschaften zu werden. Dies ist der beste Riegel der gegen Umgründungen in die eG. vorgeschoben werden kann, da es für das Gebiet der ehemaligen DDR einen solchen Verband noch gar nicht gibt. Ein weiteres Beispiel: Hunderte rechtswidriger Umwandlungen von PGH's in GmbH & Co KG's – mit dem Ziel der Entrechtung der ArbeitnehmerInnen – werden staatlicherweise stillschweigend geduldet.

Die Apartheidspolitik gegen die Produktivgenossenschaften findet ihren vorläufigen Höhepunkt im Gesetzentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, eingebracht von der Regierungskoalition: »Für Beschlüsse der Mitgliederversammlung soll neben der bisherigen Mehrheitsregelung eine Stimmenmehrheit der Bodeneigentümer festgelegt werden. Dies sei notwendig, da die Grundstückseigentümer mit in der Regel nur 5 bis 20% der Mitglieder einer LPG eine Minderheit darstellten.« (zitiert nach Handelsblatt vom 4. März, S. 8). Die übrigen 80 bis 95% Arbeitnehmer-Mitglieder der LPG, denen nach jahrzentelanger Arbeit im Unternehmen ihre Rechte genommen werden, sind dann natürlich die ersten, die gefeuert werden und zu Almosenempfängern der Arbeits- und Sozialämter werden... ●

LETZTE MELDUNG

TRION Geldberatungsgenossenschaft eG

Registereintrag

Eine erfreuliche Nachricht für TRION eG, Hamburg. Seit dem 8. März 1991 ist die Genossenschaft unter der Nr. 970 in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen und inzwischen Mitglied im »Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.«. geworden.

ETHISCHE INVESTMENTFONDS

Überzeugend ist bisher nur der Name

»Saubere Gewinne, ethische Vermögensanlagen in der Diskussion« lautete der Titel einer Tagung in der evangelischen Akademie in Bad Boll. Die dort gehaltenen Referate und Redebeiträge spiegeln den aktuellen Stand der Diskussion über »ethisches Investment« in ausgezeichneter Weise wieder – war doch alles vertreten, was in diesem Bereich Rang und Namen hat.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Entstanden ist die moderne Bewegung ethischen Investments schon 1969 in den USA. Damals versuchten Geldgeber Einfluß auf die Geschäftspolitik von Dow Chemikal auszuüben. Aktionäre kritisierten dessen Napalmproduktion für den Vietnamkrieg. Aus der Kritik entwickelte sich ein gezieltes Suchen nach moralisch akzeptablen Investitionsmöglichkeiten.

Inzwischen gibt es in den USA und in Großbritannien mehr als fünfzig Investmentfonds, die nach sozialen und ökologischen Kriterien anlegen. Rund zehn Prozent der Kapitalanlagen an der Wall Street, heißt es, sollen bereits ethischen Erwägungen unterliegen. Schwerpunktmäßig wird ethisch-ökologisches Investment im Ausland bisher durch Anlagen in Fonds praktiziert. Erstaunliche Erfolge machen sie in wachsendem Maß auch für renditeorientierte Anleger interessant.

Mit Ethik mehr Gewinne machen?

Promotorenfunktion für Ethikfonds in Deutschland hat u.a. der Theologe und Bankwirtschaftler Walter Homolka übernommen. Er ist seit 1989 im Wertpapierbereich der Münchner HYPO BANK tätig und dort für die Entwicklung des 1990 in Luxemburg aufgelegten -H.C.M. Umweltfonds- projektverantwortlich. Seine Überlegungen standen im Mittelpunkt der Diskussion der mit 60 Teilnehmenden ausgebuchten Tagung in Bad Boll.

-Kapital von Investoren ist da gut aufgehoben, wo man wegweisende Entwicklungen frühzeitig aufgreift und mit dazu beiträgt, eine für uns alle lebenswerte Umwelt zu schaffen-, so die -Message- von Homolka. Nach seiner Auffassung werden Firmen von der Öffentlichkeit besser bewertet, wenn bekannt ist, daß sie soziale Verantwortung im Alltag beweisen und aktiv an der Reinhaltung von Luft und Gewässern mitarbeiten. Eine solche Unternehmenspolitik wirke sich konsequenterweise in besseren Umsätzen und Gewinnen aus.

-Bei alledem muß offen zugestanden werden, daß -ethisch- hier nie anders als erfolgsorientiert aufgefaßt ist und sich demnach ökonomischer Richtigkeit zu beugen hat-, räumt Homolka bereitwillig gegenüber skeptischen Zuhörern ein. (Das beruhigt uns aber..der setzer) Der undendlich komplexe Begriff der Ethik werde so in diesem engen Umfeld anwendbar gemacht, indem im Brennpunkt nicht das ethische Wollen stehe, sondern das sachlich richtige Vorgehen zum Schutz und Wohlergehen aller.

Homolka weiter:-Es geht bei ethisch orientiertem Investment darum, ein bisher unterbewertetes, aber sachlich richtiges Auswahlkriterium für Anlageentscheidungen zu bieten, das wichtige Investitionen in die Zukunft ermöglicht. Sachlich richtig ist dieses Auswahlkriterium, weil es im Dienst der Allgemeinheit steht. Als ertragsfördernd und renditestark beweist sich dieses Anlagekriterium, weil sich in ihm das gesellschaftliche Gemeinwohl in Heller und Pfennig niederschlägt-.

Hochgestecktes Anforderungsprofil

Gegen solche Logik wehrte sich ein Vertreter der Ökobank heftig. Er bezweifelt, daß zur Zeit auch nur einer der im Umlauf befindlichen Ethikfonds den von der Ökobank hochgehaltenen Maßstäben entspricht. Genauere Kriterien werden dort mittlerweile in mehreren internen Sitzungen für die in der Öffentlichkeit schon seit längerem geführte Fondsdiskussion konkretisiert. Vertretbar sei die Bezeichnung ethisch-ökologischer Investmentfonds nur, wenn dieser folgendem Anforderungsprofil entspräche:

- Aufklärende Werbung, indem auch auf Kurs- und Währungsrisiken und den Charakter solcher Fonds als langfristige Geldanlage im Rahmen der Vermögensstreuung hingewiesen wird.
- Vorhandensein einer Beurteilungsmatrix, damit die Kauf- und Verkaufsentscheidungen der Aktienpakete durch das Fondsmanagement und den Anlageausschuß transparent sind.
- Kriterien für Kaufs- und Verkaufsentscheidungen, die nicht hinter den gesellschaftspolitischen Anforderungen der Ökobank bei der Förderkreditvergabe zurückfallen dürfen.
- Nicht nur Negativkriterien, wie kein Geld in die Rüstung, Ablehnung der Atomenergie, keine Gelder in umweltfeindliche Produktionsverfahren, sondern auch Positivforderungen wie Investitionen in Unternehmen, die sich mit alternativen Energien, natürlichen Lebensmitteln, umweltfreundlichen Gütern, Müllwiederaufbereitung oder -vermeidung etc. beschäftigen.
- Anlageausschluß, sobald schwer überprüfbare Kriterien, wie Gleichberechtigung von Frauen oder soziale Belange im Betrieb, erkennbar nicht eingehalten werden.
- Klare Trennung von Fondsmanagement als wirtschaftlicher Aufgabe und der Arbeit des Anlageausschusses, dem die politisch-ethische Auswahl zukommt, um die bisher überall praktizierte Verquickung von beidem zu verhindern.
- Besetzung des Anlageausschusses mit kompetenten Personen aus gesellschaftspolitischen Organisationen im Umweltbereich wie Greenpeace, Robin Wood, BUND, BBU, Medico und mit Vertretern von im Ökologiebereich aktiven Wissenschaftsinstituten.

Bisher werden die am Markt angebotenen Fonds einem solch hochgesteckten Anforderungsprofil nicht gerecht. Deshalb lehnt es die Ökobank ab, Anteile aus den vorhandenen Ethikfonds in ihrem Namen zu vertreiben, so ihr Vertreter. Ob und wie sie für diesen Bereich allerdings stärker eigene positive Akzente setzen will, z.B. indem sie aktiv und schnell an der Schaffung entsprechender Fonds arbeitet, darüber schwieg des Ökobänklers Höflichkeit. ●

PODIUMSDISKUSSION

Ökobank ohne Bewegung !?

Wie gehen Ökobank und selbstverwaltete Betriebe und Projekte miteinander um?

Samstag, 13.4.91, 15-18 Uhr, Mainzer Landstr. 147, Frankfurt, 4.Stock, Saal
Veranstalter: Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen (VSBH).

Nachdem einige Betriebe und Projekte Probleme mit der Geschäftspolitik und dem Geschäftsgebaren der Ökobank geäußert haben, wurde diese Veranstaltung vom Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen angesetzt, um gemeinsam mit VertreterInnen der Ökobank und dem Ökobankbeirat **Problemlösungen** zu finden.

Die Einführung in die Problematik erfolgt durch den VSBH.

Zusammensetzung des Podiums:
Claudia Engelskirchen (Moderation, AUEN-Energieberatung)
Oliver Förster (Vorstand der Ökobank)
Marion Amelung (Prokuristin der Ökobank)
Helmut Richter (Beirat/Bürgschaftsbanksachkundiger)
Kerstin Schmidt (Riedmühle)
Karl Bergmann (Krebsmühle)
angefragt (Frauensoftwarehaus)
angefragt (ASH-Mannheim)

Fragestellungen und Informationen:

1. Inwieweit wird die Ökobank im alltäglichen Geschäft ihrem Förderauftrag gerecht?
   Informationen zu speziellen Förderprogrammen der Ökobank (Fonds- und Projektsparbrief) und der sonstigen Förderinfrastruktur (Ökonsult, Ökoinvestment, Versicherungen).
2. Was beinhaltet der Förderauftrag über das Kreditgeschäft etc. hinaus noch?
   Was ist aus dem Verein Freunde und Förderer der Ökobank geworden?
   Was ist vom Gründungsgedanken übriggeblieben?
3. a) Nach welchen Kriterien und mit welchen Auflagen (Bankenaufsicht, Genossenschaftsprüfung etc.) erfolgt eine Kreditvergabe?
   Wo haben sich diesbezüglich Probleme ergeben, wo liegen die Kritikpunkte?
   b) Was läßt sich zur Kundenbehandlung und zum Bürokratismus bei der Ökobank sagen?
   c) Wird die Ökobank den speziellen Bedingungen von selbstverwalteten Betrieben und Projekten gerecht?
   (Mußten Wertberichtigungen bei selbstverwalteten Betrieben und Projekten vorgenommen werden? Wie ist die Bereitschaft der Ökobank, Risikokapital zur Verfügung zu stellen bzw. eine Art Feuerwehrfonds zu bilden, einzuschätzen?)

AKTIVITÄTEN DER ÖKOBANK E.G.

Wider den Rüstungswahn

»Kein Geld für die Rüstung«, so lautet der Gründungsauftrag der Ökobank seit 1984. Mit Beginn des Golfkrieges erhielt dieser Auftrag eine beklagenswerte Aktualität.

Jutta Gelbrich, Redaktion Genossenschaften ● Das Jahr 1990 begann noch als Jahr der Entspannung und stand ganz im Zeichen von Glasnost und Widervereinigung. Jetzt haben die Ereignisse am Golf die Hoffnungen auf weltweiten Frieden und Entspannung enttäuscht. Auch im Zeichen der Entspannung zwischen den Weltmächten wurden weiter Rüstungsgüter produziert und exportiert. In der Frankfurter Rundschau war zu lesen, daß der bundesdeutsche Waffenexport 1990 um 21 % gestiegen ist! Angeblich ist der größte Teil in Nato-Länder, u.a. auch in die Türkei (!) geliefert worden. In den Irak wurde lt. dem Statistischen Bundesamt nichts exportiert, jedoch -über illegale Exporte führe das Amt keine Listen-, so die Frankfurter Rundschau. Der Gedanke liegt nahe, daß, wenn Saddam Hussein in den vergangenen Jahren als weltweite Unterstützung seines Kriegszuges gegen den Iran nicht hochgerüstet worden wäre, es keine Überfall auf Kuwait und damit keinen Golfkrieg gegeben hätte.

Die Gründerinnen und Gründer der Ökobank waren sich des Zusammmenhangs zwischen Rüstungsindustrie, Rüstungsexport und Krieg sehr bewußt. Unter anderem aus ihrem Engagement in der Friedensbewegung (neben dem Engagement in der Ökologie- und der Frauenbewegung und der Selbstverwaltungswirtschaft) entstand die Idee, eine Ökobank zu gründen, die keine Rüstungsbetriebe, keine Kernkraftwerke finanziert und keine Gelder für Apartheid-Staaten zur Verfügung stellt. Eine Bank die Signale für eine andere Wirtschaftsethik umsetzt, die die Bemühungen um Frieden, eine saubere Umwelt, Mitbestimmung und die Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte in ihren Unternehmenszielen höher bewertet als möglichst hohe Gewinne.

Auch die Mitarbeiter/innen der Ökobank wollten ihrer Betroffenheit und ihrem Protest Ausdruck verleihen. Sie legten deshalb am 16.01.91, dem Tag, an dem das Ultimatum gegen den Irak abgelaufen ist, ihre Arbeit nieder und schlossen sich in Frankfurt Demonstrationen gegen den Golfkrieg an.

Die Ökobank selbst kann nicht direkt Stellung zum Kriegsgeschehen beziehen, da sie nicht als politisches Sprachrohr ihrer 18.500 Mitglieder gegründet wurde. Die Meinungen über die Ursachen und Auswirkungen dieses Krieges, die Positionen zur Haltung der Bundesregierung und die Art und Weise des politischen Engagements sind innerhalb der Ökobank-Genossenschaft sicherlich sehr unterschiedlich. In einem sind sich dennoch alle einig: -Kein Geld in die Rüstung-, denn dies ist fester Bestandteil der Ökobank-Geschäftspolitik, analog zu ihrem Gründungsauftrag. Dieser war und ist für Viele der Grund, Mitglied in der Genossenschaft und Kundin bzw. Kunde der Ökobank zu werden.

Auf dieser Grundlage stellt die Ökobank Materialien und Dienstleistungen für den individuellen Protest zur Verfügung. So wurden die Plakate der Ökobank in Gründung (1986/87) -Kein Geld in die Rüstung- wieder aufgelegt und Aufkleber mit

diesem Motiv gedruckt. Diese können bei der Ökobank bestellt werden. Girokonto-Inhaber/innen können Schecks und Überweisungen mit dem kostenfreien Aufdruck -Kein Geld in die Rüstung- bestellen. Einen Teil des Kostendeckungsbeitrages, den die Ökobank für die Plakate und Aufkleber erhebt, wird Friedensinitiativen und ähnlichen Organisationen gespendet werden. ●

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

FORTSETZUNG: DAS VERFLIXTE GELD – 15. FOLGE

Geld, Zins, Arbeitslose

Weitere Ursachen der langfristigen Arbeitslosigkeitszunahme

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Neben den Folgen der veränderten Arbeitszeitpolitik gibt es noch weitere Ursachen, die zu dem langfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang der 70er Jahre geführt haben. Hier ist als erstes die überproportionale Zunahme der Geldvermögen und Schulden zu nennen. Die damit steigenden Zinslasten verschieben die Einkommen immer mehr von der Arbeit zum Besitz. Die Folge ist, daß die Arbeitsleistenden zunehmend weniger in der Lage sind, ihre eigenen Produkte selber nachzufragen. Andererseits machen immer höhere Zinsbelastungen das unternehmerische Tun unattraktiver. Das heißt, Firmengründungen unterbleiben bzw. Unternehmen machen zu. Andere versuchen ihre Kosten durch Mechanisierung und Automatisierung zu senken, um damit Löhne einzusparen, die bei uns immer noch der teuerste Kostenfaktor sind. Außerdem werden durch Firmenkonzentrationen immer mehr mittelständige, arbeitsintensivere Unternehmen ausgeschaltet usw., alles zu Lasten der Arbeitsplätze.

Häufig werden auch die geburtstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre für die zunehmende Arbeitslosigkeit ab Mitte der 70er Jahre angeführt. Diese Ursachenerklärung aber ist sehr fragwürdig, da jeder hinzukommende Mensch nicht nur Arbeit sucht, sondern auch zusätzliche Bedürfnisse hat, die durch Arbeit befriedigt werden müssen.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Nachfrage nach menschlicher Arbeit ist in unseren falschen Steuerstrukturen gegeben: Da das Gros aller Steuern auf den Arbeitseinkommen lastet, wird die Tendenz zur Einsparung von Arbeitskräften verstärkt.

Doch noch wichtiger als die Eingrenzung der Ursachen für die langfristigen Beschäftigungsveränderungen ist die Untersuchung der mittelfristigen.

Ursachen der mittelfristigen »Ausreißer«

Wie schon die Darstellung 1 (s. CONTRASTE Heft 78) erkennen läßt, nehmen die plötzlichen, fast eruptiven mittelfristigen Anstiege der Arbeitslosigkeit an Höhe zu. Sie katapultieren förmlich die Arbeitslosenzahlen in kurzer Zeit nach oben, mit Anstiegen bis zur Millionenhöhe.

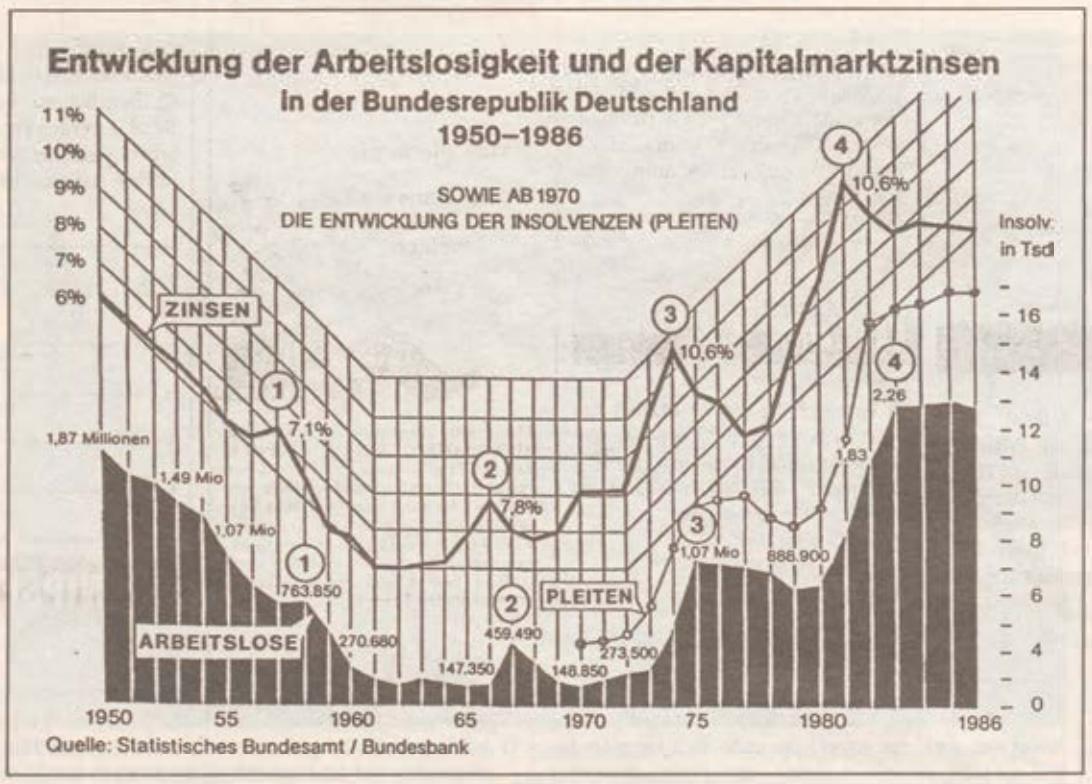
Diese plötzlichen Zunahmen sind ein wesentliches Kennzeichen jener Konjunkturkrisen, die sich – nach Ansicht der meisten Wirtschaftswissenschaftler und -politiker – ab und zu wiederholen und sich nicht vermeiden lassen. Warum das so sein muß, sagt oder weiß man offensichtlich nicht. Man nimmt sie hin wie Ebbe und Flut oder irgendwelche unbeeinflußbaren Naturkatastrophen.

Untersucht man alle wirtschaftlich bedeutsamen Indikatoren, dann zeigt sich, daß diese alle auf solche Konjunktureinbrüche gleichermaßen reagieren. Untersucht man weiter, worauf sie reagieren, also was ihrer Reaktion vorausgeht, dann stellt man fest, daß sich dafür nur zwei Größen einkreisen lassen, nämlich die Veränderung der Zins- und Inflationssätze: Sie laufen als einzige Größen anderen voraus, die darauf entweder gleichgerichtet oder gegenläufig reagieren. Selbstverständlich gibt es umgekehrt auch Auswirkungen der Konjunkturen auf die Zinsen. Aber für die Konjunktureinbrüche läßt sich die erstgenannte Reihenfolge einwandfrei beweisen.

In der Darstellung ist noch einmal die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1950 aufgezeigt, jedoch ohne die jährlich sich wiederholenden Schwankungen. Damit heben sich die mittelfristigen Veränderungsschübe, hier mit 1-4 gekennzeichnet, noch deutlicher ab. Zusätzlich ist im oberen Teil der Grafik die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen eingezeichnet, also jener Zinsen, die man für die langfristige Überlassung von Geld erhält und an denen sich alle Investoren bei ihren Entscheidungen orientieren. Denn niemand holt sein Geld von der Bank oder nimmt fremdes Geld auf, wenn die Investitionen nicht mindestens jene Verzinsung verspricht, die man bei der Bank – ohne Arbeit und Risiko – erhält.

Verzieht man – wie in der Grafik geschehen – die Darstellung der Zinsentwicklung parallel zu den langfristigen Veränderungen der Arbeitslosigkeit, wird die Wechselwirkung zwischen den Zinsschwankungen und jenen der mittelfristigen -Ausreißer- am Arbeitsmarkt besonders deutlich: Zwei bis drei Jahre nach dem Anstieg der Zinssätze schießt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in die Höhe. Bricht die Zinsentwicklung ab, geht ein bis zwei Jahre später die der Arbeitslosigkeit zurück.

Schon der geringe Zinsanstieg um einen Prozentpunkt im Jahr 1956, führte ein Jahr später zu einer Unterbrechung der langfristigen Arbeitslosigkeitsabnahme und einem leichten Wiederanstieg. Noch deutlicher war die Wirkung des Zinsanstiegs von 6 auf 7.8 Prozent mitten in der Vollbeschäftigungsphase der 60er Jahre, die zu einer Verdreifachung der damals geringen Arbeitslosigkeit führte. Noch gravierender in ihren Folgen waren dann die beiden letzten Hochzinsphasen, in denen die Zinssätze jeweils auf die 10,6-Prozentmarke kletterten: Bei der ersten Hochzinsphase stieg die Arbeitslosigkeit um rund 800.000 an, in der zweiten um mehr als eine Million. Auch die zusätzlich eingezeichnete Kurve der Firmenpleiten zeigt, daß diese hinter den Zinssätzen herlaufen, wenn auch weicher und zögerlicher.



Quelle: Statistisches Bundesamt / Bundesbank

Wie kommt es zu der Wechselwirkung zwischen Zinshöhe und Arbeitslosigkeit?

Fast jeder Arbeitsplatz ist heute mit mehr oder minder hohen Schulden belastet. Geht man von den Größenordnungen des Jahres 1989 aus, lagen die Gesamtverschuldungen der Unternehmen bei 2.800 Mrd. DM. Umgerechnet auf die rund 23 Millionen Beschäftigten in der privaten Wirtschaft (Arbeitnehmer und Selbstständige), ergibt das je Arbeitsplatz eine Durchschnittsverschuldung von rund 122.000 DM. Bei einem Zinssatz von 6 Prozent, müssen also im Schnitt an allen Arbeitsplätzen im Jahr rund 7.300 DM für die Bedienung der Schuldzinsen erwirtschaftet werde, bevor sich die Arbeitleistenden den »Rest« teilen können. In Wirklichkeit ist die Zinslast jedoch etwa doppelt so hoch, weil auch das schuldenfreie Sachkapital verzinst werden muß. Das heißt, von der erwirtschafteten Leistung gehen insgesamt je Arbeitsplatz im Durchschnitt p.a. 14.000 bis 15.000 DM für die Kapitalbedienung ab. Springt diese Zinsbelohnung nicht heraus, macht die Firma sehr schnell pleite bzw. kommt es zu keinen neuen Investitionen, und seien sie noch so notwendig und vernünftig. Das gilt auch für die Reparatur oder Vermehrung der Wohnungen, Straßen, Bahnanlagen und Telefonleitungen in der ehemaligen DDR, obwohl dort Millionen arbeitswilliger Menschen bereit sind, diese Arbeiten im eigenen Interesse zu leisten.

Bei den hier dargelegten Zinsbelastungen sind jene für die Schulden aus mehreren Gründen besonders problematisch. Einmal stellen sie eine Belastung dar, die auf jeden Fall erwirtschaftet werden muß, während die Eigenkapitalverzinsung auch mal vorübergehend in den Keller gehen kann. Zum zweiten nehmen diese Fremdkapitalzinsen im Gleichschritt mit der Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden zu, die seit 1950 dreimal so schnell angestiegen sind wie die wirtschaftliche Leistung. Vor allem aber – und hier sind wir wieder bei den Ursachen der mittelfristigen -Ausreißer- – verändern sich die Zinslasten für das Fremdkapital schlagartig mit den Zinssätzen.

Die genaueren Wechselwirkungen zwischen solchen Zinssatzveränderungen und dem Wirtschaftsgeschehen, vor allem im Zusammenhang mit den Eruptionen der Arbeitslosenzahlen, werden wir in der nächsten Fortsetzung dieser Reihe behandeln. Dabei werden auch die Entwicklungen in unseren Tagen und der nahen Zukunft unter die Lupe genommen. ●

WIRTSCHAFTSDISKUSSION

Grundprobleme einer antikapitalistischen Wirtschaft

Das Scheitern der Zentralverwaltungswirtschaft ruft die Befürworter des Marktes als alleiniges Ordnungsprinzip der Wirtschaft auf den Plan. Soweit sich diese Marktbefürworter als Linke verstehen, fordern sie eine sozialistische bzw. antikapitalistische Marktwirtschaft.

Erich Jungnickel, Redaktion Heidelberg ● Der Markt ist aber in erster Linie ein Kampfschauplatz. Der Konkurrenzkampf zwischen den Anbietern und Nachfragern ist die Grundlage des Marktmechanismus. Daneben gibt es auch Kampfsituationen zwischen Anbietern und Nachfragern, deren Ziel die gegenseitige Übervorteilung ist. Zu fragen ist, ob, und wenn ja wie, ein solches Verteilungsprinzip außerhalb einer kapitalistischen Ordnung funktionieren kann.

DIE THEORIEN DER MARKTWIRTSCHAFT

Alle Befürworter der Marktwirtschaft gehen davon aus, daß auf einem ideal funktionierenden Markt Äquivalenzen getauscht werden. Strittig ist zwischen den einzelnen Schulen nur, was zwischen unterschiedlichen Gütern äquivalent ist.

Die Klassiker und die auf ihnen aufbauenden Sozialisten und Anarchisten nehmen an, daß Güter mit gleichen Arbeitswert gegeneinander getauscht werden. Ein solcher Tausch Leistung gegen Leistung erfüllt den Anspruch formaler Gerechtigkeit. Allerdings ist bei unterschiedlicher Produktivität unterschiedlicher Produzenten der spezielle Arbeitswert eines bestimmten Gutes nicht allgemein festlegbar, deshalb ersetzt Marx den speziellen Arbeitswert durch die durchschnittlich notwendige gesellschaftliche Arbeit. Mit diesem Wertbegriff und der Gültigkeit der Arbeitswertlehre kann Marx Ausbeutung in der Produktionssphäre nachweisen. Proudhon dreht die Prämissen um und nimmt auch für Arbeitskraft an, daß in das Produkt nur die Reproduktionskosten einfließen. Dadurch muß er das Äquivalenzprinzip zumindest für den Arbeitsmarkt aufgeben. Warum er dann bei anderen Märkten an der Tauschgerechtigkeit festhält, bleibt unklar. Seine Lösung des Problems, durch die Abschaffung der Lohnarbeit die Ausbeutung zu beseitigen, kann aber auch für die Marx'sche Analyse verwendet werden. Beiden Theorien gemeinsam ist die Aussage, daß in einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Ausbeutung der unmittelbar Produzierenden notwendig ist. Für ein halbes Jahrhundert saß die Marktidealisierung zwischen den Kritikern Marx und Proudhon fest.

Ein Ausweg entstand erst in der 80er Jahren des 18. Jahrhunderts mit der neoklassischen Grenznutzenschule. Für diese noch heute vorherrschende Schule werden auf dem Markt Güter gleichen Grenznutzens getauscht. Wobei der Grenznutzen sowohl vom Individuum als auch vom Gut abhängt. Die Gleichheit aller Wirtschaftssubjekte ist vorhanden, weil alle ihren persönlichen Nutzen maximieren. Unterschiede auf den Märkten resultieren allein aus der Bildung von Oligopolen und Monopolen und den für Marktradikale negativen Staatseingriffen. Ein Sonderfall dieser Denkweise ist die in den 30er Jahren entstandene ordoliberale Schule. Sie verlangte vom Staat die Erhaltung polypolistischer Strukturen und die Entflechtung von Oligopolen und Monopolen. Die halbherzigen Versuche, diese Politik durchzuführen, haben kaum Wirkung gezeigt. Fraglich ist allerdings, ob es überhaupt möglich ist, den einer kapitalistischen Marktwirtschaft immanenten Konzentrationsprozeß zu behindern oder gar zu vermeiden. Vorherrschend ist heute die aus den USA kommende Schule des »workable competition«, in der versucht wird, für praktisch jede Marktstruktur positive Effekte zu belegen. Damit wird der Markt zum Selbstzweck.

Silvio Gesell hat die Idee des Äquivalenztausches bei einem Tausch gegen Geld bezweifelt, da ein Geldbesitzer ohne sonderliche Kosten sein Geld zurückerhalten kann. J.M. Keynes stellt in dem heute kaum noch beachteten 17. Kapitel der allgemeinen Theorie dar, daß auch Güterbesitzer durchaus ihre Güter zurückerhalten können. Da die Güter unterschiedliche Durchhaltekosten haben, werden die Güter unterschiedlich angeboten. Der Tausch erfolgt letztlich zum reziproken Verhältnis der Durchhaltekosten. Ein zutiefst kapitalistisches Äquivalent. Dieses Prinzip erklärt aber, warum die Ressourcen immer ihren effizientesten (d.h. ertragreichsten) Verwendungen zugeführt werden. Im Regelfall ist dadurch die gesellschaftlich wünschenswerte Verwendung ausgeschlossen.

Eine antikapitalistische Marktwirtschaft sollte einerseits sicherstellen, daß alle Güter zu ihren Reproduktionskosten angeboten werden und andererseits nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen verteilt werden.

ZINSFREIE MARKTWIRTSCHAFT

Die Gesellianer sehen das Übel des Kapitalismus allein in der Zinsträchtigkeit des Geldes. Sicherlich erfolgt die Aneignung eines kapitalistischen Einkommens als Geldverzinsung. Selbst die historisch ältere Grundrente wird als Kapitalverzinsung deklariert (auch dann, wenn der unterstellte Geldeinsatz für den Erwerb historisch falsch ist). Reicht aber die Abschaffung des Zinseffektes aus, um eine ausbeutungsfreie Wirtschaft zu erhalten?

In einer zinsfreien Wirtschaft würde wohl niemand sein Geld in ein risikobehaftetes Geschäft stecken, ohne irgendeinen anderen Vorteil zu haben. Im Moment sehe ich dann zwei Gründe für die Investition in Wirtschaftsbetriebe:

1. Die Belegschaft schafft bzw. sichert sich selbst die Arbeitsplätze.
2. Die Nachfrager schaffen sich das gewünschte Angebot.

In beiden Fällen werden bestimmte Marktverhältnisse aufgehoben und durch innerbetriebliche Verhältnisse ersetzt. Zumindest der erste Betriebstyp ist nur für eine kleine Betriebsgröße geeignet. Aus den chinesischen Erfahrungen des »großen Sprung nach vorn«, wissen wir aber, daß einige Güter nicht sinnvollerweise in Kleinbetrieben produziert werden können. Selbst wer mit Ivan Illich bezweifelt, daß diese Güter immer notwendig sind, kann nicht behaupten, daß Güter, die nur in größeren Betrieben produziert werden können, immer überflüssig sind. Dadurch stellt sich die Frage, wie sollen die Investitionen für größere Betriebe finanziert werden? Die Höhe der Investition ist bei beiden Betriebstypen allein abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Investoren. Wer kein Geld für die erste Lösung hat, muß eine Beschäftigung in den Betrieben der zweiten Lösung finden. Dabei weisen die beiden Betriebstypen ein gänzlich unterschiedliches Verhalten auf. Jedenfalls wenn ökonomisch rationales Verhalten unterstellt wird. Da die Belegschaft des ersteren Betriebstyps ein Interesse an einem hohen Einkommen hat, wird dieses Unternehmen versuchen, möglichst hohe Preise zu erlangen. Beim zweiten Betriebstyp haben die Eigentümer ein Interesse an niedrigen Preisen, und damit an niedrigen Löhnen. Daß der Markt diese beiden Strategien anpaßt, ist meiner Meinung nach eine mutige Hoffnung. Sicherlich ist dieses Wirtschaftssystem nicht mehr kapitalistisch. Vielmehr vermischen sich das letztlich kleinbürgerliche System genossenschaftlicher Einkommensmaximierer mit einem handelsgenossenschaftlichen Lohnarbeitssystem. Auf dieses Lohnarbeitssystem dürfte Proudhons Kritik der kapitalistischen Produktionsweise trotz der Weiterentwicklung zutreffen.

Für die Einkommensmaximierer gilt hingegen die Marx'sche Folgekritik der Produktion von Waren. Während im Kapitalismus alles produziert wird, was Gewinn verspricht, würde in einem einkommmensmaximierenden Wirtschaftssystem alles produziert, was Einkommen schafft. Dies dürften in beiden Systemen wahrscheinlich fast die selben Güter sein. Soweit gilt für diese Produktion sowohl die auf den Veblerismus aufbauende Konsumkritik, als auch die ökologische Kritik der Vergesellschaftung der Kosten.

Ganz ohne Markt und Produktion beeinflussende Makroinstitutionen ist meiner Meinung nach eine Produktion von gesellschaftlich wünschenswerten Gütern auf wünschenswerte Weise und deren gerechte Verteilung nicht möglich. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

JOBS

SchreinerIn mit Berufserfahrung gesucht.
BIIRABOOM
Holzwerkstatt in Selbstverwaltung
Mercedesstr. 5/8
7053 Stetten
☎ (0 71 51) 4 55 25

Landprojekt im ökologischen Bereich sucht BauhandwerkerIn für angeschlossenes Handwerkskollektiv. Tätigkeitsbereich umfaßt einerseits den weiteren Ausbau des Projektes mit praktisch allen Bereichen des Hochbaus einschl. experimentellen Bauens, andererseits Intensiveinsätze auf konventionellen Baustellen im Bereich Innenausbau und Bautenschutz.
☎ (06544) 7 97 (Arno/Gunter)

Eine **Vollwert-KonditorIn** (MeisterIn) suchen wir dringend zur Gründung einer Vollwert-Konditorei in Berlin. Er/Sie sollte Erfahrungen haben, vor allem aber kreativ sein und sich eigenverantwortliches Arbeiten vorstellen können. Wir freuen uns auf eine Zusammenarbeit mit euch!
Angelika Simonitti
Reuterstr. 66
1000 Berlin 44

JOBSUCHE

Politischer Mensch, 31, sucht Tätigkeit in Verlag, Lehre, Bibliothek, Archiv, Beratung, Korrektur, Organisation oder Zeitung.
Arbeitsgebiete: Alltag, Geschichte, aktuelle Politik und politische Wissenschaften in Rußland; russisch-jüdische Kultur; Wissenschaftsorganisation.
Erfahrung in Öffentlichkeitsarbeit, Auslandskorrespondenz (Russisch), PR und EDV vorhanden.
Michael Hänel
Ludolf-Colditz-Str. 26
O-7027 Leipzig

Niederländer, z. Zt. Arbeit in Finnland, sucht Stelle als Landschaftsarchitekt oder -planer, bevorzugt im ländl. Raum. Spez. Interesse an Kollektiven.
Gerard Wezenberg
Marieberg Gard
SF-10210 Inga
Finland

PROJEKTE

Arbeitsbereich Vieh (Milch, Käse, Fleisch) sucht Mensch mit Erfahrung. Wir sind eine Kommune (z. Zt. 39 Erw./14 Kinder) mit gem. Ökonomie, Konsensprinzip und versch. Arbeitsbereichen. Der Mensch müßte hier voll einsteigen wollen (Wir können leider z. Zt. keine weiteren Kinder integrieren).
Kommune Niederkaufungen
z. Hd. Uli Schmid
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Grün-Alternatives Zentrum e.V., Leipzig, sucht zum Aufbau einer alten Wassermühle einen Leichtlastwagen oder Kombi oder Lieferwagen mit Kasten- oder Pritschenaufbau. Angebote mit Preis und technischen Daten an:
GAZ e.V. bei Ökolöwe
Bernhard-Göring-Str. 152
O-7030 Leipzig

Die Schreinerei in der Kommune Niederkaufungen sucht eine Schreinerin, möglichst mit Berufserfahrung, die mit uns (2w, 2m) im Kollektiv arbeiten und in der Kommune (z. Zt. 50 Menschen) leben will.
Weitere Informationen:
Kommune Niederkaufungen
Fiona, Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Wir wollen uns nicht weiter erdrücken lassen und suchen deshalb Lebensgemeinschaft irgendwo auf dem Land.
Tino Klünder & Gisela Neubauer
Brombeerstr. 24
2341 Mohrkirch

BAUWAGEN

In Vorbereitung unseres Ökodorf-Projektes suchen wir im Raum Berlin günstig **Wohn- und Bauwagen** und altes Bauerngerät für Garten-, Landwirtschaft und Nutztierhaltung.
Ökodorf »Liebenberg e.V.«
im Dachverband Ökodorf e.V.
Wilhelm-Piek-Str. 72
O-1054 Berlin
oder ☎ (030) 822 84 90

Alternative Kommunal Politik

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Die grün-alternative Fachzeitung **ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK (AKP)** gibt nun wirklich nicht nur sechs lesenswerte, reguläre Hefte pro Jahr zum Abopreis von 48,– DM heraus. Wäre ja auch gelacht und würde unserer Mitteilsamkeit viel zu enge Grenzen setzen. Nein, wir machen natürlich auch laufend Bücher und Sonderhefte zu brandaktuellen Themen.

* * *

Als da sind:

☐ Unser Buch **„Müllverbrennung – ein Spiel mit dem Feuer"** (128 Seiten; 15,–DM plus 1,50 Versand). Die unverzichtbare Argumentationshilfe bei der Frage: Darf Abfall verbrannt werden?

☐ Sonderheft 5: **„Verkehr in der Stadt und auf dem Lande"** (68 Seiten, 8,– DM plus 1,50 Versand). Enthält das Grundwissen zur verkehrspolitischen Gesamtlage.

☐ Sonderheft 6: **„Planungsrecht in der DDR und der BRD"** (12 Seiten und ein A1-Plakat, 2,50 DM und 1,50 Versand). Alles Wissenswerte über Planungsrecht, Baugesetzbuch und Raumplanung in anschaulicher Form.

☐ Sonderheft 7: **„Haushaltspolitik in der Kommune"** (68 Seiten, 8,– DM plus 1,50 Versand). Nicht nur für Anfänger, die verständliche Einführung in Haushaltssystematik und Gemeindefinanzen.

* * *

Gesamtkatalog und kostenloses Probeheft der regulären AKP-Ausgabe können angefordert werden bei:
Redaktion und Vertrieb
ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(Tel.: 0521/17 75 17)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Der Ökofonds der GRÜNEN NRW sucht zum **15.5.1991** für ein Jahr

eine Frau für eine Schwangerschaftsvertretung

zur Mitarbeit in der Geschäftsführung (halbe Stelle)
Bezahlung nach Haustarif (ähnlich BAT III)

Gefragt sind Kenntnisse grüner Strukturen und der politischen Szene NRWs im Bereich Frauenpolitik sowie Grundkenntnisse in Finanzfragen. Es sollte Interesse an der Zusammenarbeit mit chemiepolitischen Initiativen bestehen.

Der Ökofonds unterstützt modellhaft Initiativen aus dem Ökologie-, Friedens-, Frauen-, Selbsthilfe-, Solidaritäts- und Projektebereich. Außerdem leistet er einen Beitrag zur Beratung und Vernetzung der Projekte untereinander und mit den GRÜNEN.

Bewerbungen bis zum 15.4.91 an Ökofonds der GRÜNEN NRW, Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf 1.

Neuerscheinung

LAKS Baden-Württemberg e.V. (Hg.)
Soziokulturelle Initiativen und Zentren in Baden-Württemberg.
Situation und Perspektiven, 150 S., Pforzheim 1991

Bezug: LAKS Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle, Felsenstr. 2, 7530 Pforzheim, ☎ (0 72 31) 7 44 33

Preis:
16,80 DM (gegen Rechnung)
15,00 DM (bei Vorkasse auf folgendes Konto: Skto. LAKS Baden-Württemberg, Konto-Nr. 455 992
KSK Tübingen, BLZ 641 500 20

Januar/Februar 1991 - Nr. 85

Generalstreik gegen Krieg!

Interview mit Genossen der sowjetischen KAS

Kronstadt 1921

Honeckers Tisch: Zum FDGB

Stahltarifrunde ÖTV besetzt! Eisenbahnerstreik

u.v.a.mehr auf 20 Zeitungsseiten

Probeheft anfordern!

Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA
»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

Die Wochenzeitung der Bürgerbewegung

- **radikaldemokratisch**
- **basisorientiert**
- **geheimdienstfeindlich**

Parteiübergreifende Sachpolitik entsteht aus dem Dialog der Betroffenen, nicht aus den Monologen der "Verantwortlichen". Wir stellen Öffentlichkeit für die politischen Anschauungen und Erfahrungen derjenigen her,

Die ANDERE Farbe in der Presselandschaft.
Das wird so bleiben, denn uns kann die Treuhand nicht verkaufen.

Zu bestellen bei: Die ANDERE BasisDruck Verlags GmbH,
Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, LEA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen,** Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19,** Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

LESERBRIEF

Betr.: Vom Widerstand zum »Journal Frankfurt« – Der Pflasterstrand. »Design bestimmt das Bewußtsein« in CONTRASTE November 1990
Der nachfolgende Kommentar von Matthias Horx zum Artikel von Romina Brustolon und Richard Herding erreichte uns erst jetzt:

Lieber Richard Herding,
es ist nicht meine Aufgabe, Euren Sermon zu kommentieren. Bezeichnend scheinen mir drei Dinge:

- Wir haben niemals den »New Yorker« als Vorbild gehabt, sondern das »New York Magazine«. Das ist ein völlig anderes Journal als der New Yorker. Völlig.
- Dany schreibt weiter Kolumnen.
- Vielleicht solltet Ihr Euch einmal Gedanken darüber machen, ob – erstens – Kierzeck nicht einfach Geldprobleme gehabt hat (was ich, um ihm nicht an den Karren zu fahren, nicht sage) und – zweitens – wie die deutsche Stadtzeitungslandschaft aussieht.

Ansonsten finde ich es logisch, daß auch Ihr jetzt noch Euren superschlauen Senf zu der ganzen Sache dazugeben müßt.
Mit unfreundlichen Grüßen:
Matthias Horx

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Fünfzehn Jahre Alternative Ökonomie im Film

Die Darstellung von Selbstverwaltungsansätzen und Genossenschaften im Film und Video hat nun schon eine lange Tradition. Diese Tradition aufzugreifen, indem inhaltliche und formale (aus filmerischer Sicht) Kriterien an solche Filme erarbeitet werden, um sie anschließend unter diesem Blickwinkel geschärfter zu betrachten, ist Ziel eines Seminars vom 8. bis 12.5.1991 in Bremen. Das Seminar beginnt am Mittwochabend um 20.30 Uhr mit der Klärung der organisatorischen Fragen und zum »Aufwärmen« mit einem Film. Der Donnerstag beginnt mit einem Referat über inhaltliche Kriterien, sprich welche Inhalte in Filmen über Alternative Ökonomie vermittelt werden müßten. Anschließend werden Filme gezeigt, die unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und am Abend intensiv diskutiert werden.

Am zweiten Tag liegt der Schwerpunkt auf den filmerischen-künstlerischen Mitteln, mit denen solche Filme umgesetzt werden müßten. Begonnen wird mit einem Referat dazu. Zu den vermittelten Kriterien werden anschließend Filme gezeigt, die wieder am Abend anhand dieser Kriterien zu diskutieren sind. Der Samstag und der Sonntag dient zur Planung des Sommerseminars Alternative Ökonomie des TAK AÖs 1991 vom 26.7. bis 4.8.1991 in dem Tagungshaus Läufertsmühle in Neckargerach. Anmeldung und Organisation des Seminars liegen bei Bernd Scheda, Sielpfad 27, 2800 Bremen.

NIEDERKAUFUNGEN

Videowerkstatt »Anders leben – anders arbeiten«

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellung sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- Gemeinsame Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagorganisation mit 50 Menschen.

Wir werden 3 Filmteams bilden, die sich ihre Bilder und Eindrücke von der Kommune machen. Diese sind das Material für einen kleinen Film, der gemeinsam erstellt wird. Was herauskommt ist offen...

Technische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Sie werden im Rahmen des Bildungsurlaubs vermittelt.

Es ist zu beachten, daß das Seminar von Montag bis Sonntagmittag stattfindet. Das Seminar wird mit höchstens 12 TeilnehmerInnen durchgeführt.

Referenten: Albert Koepfinger, Dieter Bensmann

Termin: 10. bis 16.6.91

Teilnahmebeitrag: 280,– DM (im Teilnahmebeitrag ist eine Kopie des Films zum Mitnehmen enthalten).

Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit
und Bildung e.V.
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

DORTMUND

Weiterbildung für selbstverwaltete Betriebe und Projekte:

- **Rechnungswesen, Kalkulation und innerbetriebliches Kontrollwesen** vom 24.5.-25.5.
- **Marketing:** Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen. Vertriebskonzeptionen und Marktanalyse vom 7.6.-8.6.
- **Einführung in die Organisationsentwicklung:** Organisationskonzepte und -strukturen. Planung und Strategie vom 14.6.-15.6. und 11.12.-13.12.
- **Büroorganisation per EDV:** Bürogeeignete Software und ihre Anwendung vom 5.7.-6.7.
- **Verhandlungsstrategien und Präsentation:** Einführung in die Rhetorik für Frauen vom 27.9.-28.9.
- **Weiberwirtschaft:** Frauen im Management vom 11.10.-12.10.

Bildungsurlaub

- **Mich und andere leiten:** Arbeiten und Handeln in Gruppen vom 6.5.-8.5.

Anmeldung & Information:
Kommunikatives Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage 1991

Sie finden vom 9. bis 12. Mai 1991 in Berlin statt, diesmal in der »Fabrik Osloer Strasse«. Wie bei den Frühlingstagen '90 angekündigt wird ein Teil des inhaltlichen Programms diesmal von einer Gruppe von Kolleginnen vorbereitet. Das Thema lautet: »Macht im Kollektiv«. Der Ablauf wird voraussichtlich wie folgt aussehen: Am **Donnerstag den 9. Mai** transfer Mitgliederversammlung, um 17 Uhr folgt ein Plenum für alle TeilnehmerInnen der Frühlingstage. Ab 19 Uhr beginnt ein ausgedehntes **kommunikatives Abendessen.** Am **Freitag und Sonnabend** wird in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert. Am Freitagabend gibt es in der Fabrik weitere Möglichkeiten zum Kennenlernen und Wiedersehen. Am **Sonntagmorgen** wird es in den Räumen von tranfer am Paul-Lincke-Ufer in Kreuzberg ein Abschiedsfrühstück geben.

Weitere Infos & Anmeldung:
transfer e.V.
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
☎ (030) 611 68 03
Fax: (030) 618 20 90

RÜSTUNG

MAINZ

Alternativen zur Rüstungsproduktion

Podiumsdiskussion:
»Eine andere Wirtschaftspolitik – ohne Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion?«
Samstag, 6. April 1991, um 19 Uhr im Eltzer Hof, Bauhofstr. 3 in Mainz.

ExpertInnen zur Situation im Nahen Osten, den deutschen Rüstungsexporten dorthin und ihren Folgen für die Menschen in der Region berichten in der Öffentlichen Untersuchung zu deutschen Rüstungsexporten in den »Nahen Osten« Sonntag, 7. April 1991, ab 9 Uhr im Eltzer Hof, Bauhofstr. 3 in Mainz

Information:
Koordinationsstelle Öffentliche Untersuchung Rüstungsexporte
c/o Gernot Lennert
Grüne
Augustinerstr. 18
6500 Mainz 1
☎ (06131) 22 35 60

SONSTIGES

EDV

Für Menschen in sozialpädagogischen und therapeutischen Arbeitsfeldern, die EDV-Kenntnisse ganzheitlich erwerben wollen, bietet das Studienzentrum Josefstal erstmalig ein berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm in Computer-Medienpädagogik an.

- In 2 Jahren erwerben die TeilnehmerInnen praktisches know how am PC: Aufbau von Datenbanken, desktop-publishing, mailbox / BTX, software für Sozialarbeit und Kirche.
- Lernen und Arbeiten im Seminar sind als gruppenpädagogisches Training für künftige Computer-MedienpädagogInnen organisiert;
- Forschungsergebnisse zur Medienrezeption, Mensch-Maschine-Beziehung und zur Sozialisation erklären die bisweilen heiße Liebe zur »kalten Technik«.

Das Programm wird durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend, die Bundesanstalt für Arbeit und die Evang. luth. Kirche in Bayern finanziell gefördert; für Teilnehmer aus den neuen Bundesländern gelten die gleichen günstigen Konditionen wie für Hauptberufliche der bayerischen Landeskirche.

Nähere Informationen:
Studienzentrum Josefstal
Aurachstr. 5
8162 Schliersee-Josefstal
☎ (0 80 26) 7036-37

STIFTUNG MITARBEIT

Basisdemokratisches Arbeiten und Leitung – ein Widerspruch?

In (m)einer Initiativgruppe engagiert zu arbeiten, Spaß an der Sache zu haben und Ideen umsetzen zu können, ist befriedigend. Aber manchmal reicht das Engagement allein nicht aus, um Anliegen und Inhalte an die Mitglieder zu bringen. Es fehlt an methodischem Handwerkszeug, um Gruppen lebendig zu machen,

- daß das Thema ankommt bei den Mitgliedern,
- daß Interaktion – Gespräch und Austausch zwischen den TeilnehmerInnen – entsteht,
- daß eine vorgeschlagene Gruppenstruktur (Arbeitsform) angenommen wird.
- Was ist zu tun, wenn immer dieselben Personen reden bzw. schweigen?
- Wann brauchen Gruppen eine Leitung?
- Was verstehe ich unter Leitung?
- Wieviel Verantwortung übernehme ich als LeiterIn für die Gruppe?
- Wieviel Verantwortung kann ich an (m)eine Gruppe abgeben?

Auf der Grundlage der themenzentrierten Interaktion soll die Rolle und Funktion als LeiterIn durchleuchtet und hinterfragt werden, was es manchmal so schwer macht, Leitung zu akzeptieren.

Vom 24. bis 25.5.1991 in Bonn-Röttgen, Deutsche Landjugendakademie Fredeburg e.V.

Kosten: 30,– DM

Anmeldung bis zum 3.5.1991:
Stiftung Mitarbeit
z. Hd. Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37
5300 Bonn 1

ANARCHISMUS

Treffen gewaltfreier Anarchistinnen und Anarchisten

Vom 5. bis 7. April 1991 wird in Ostberlin ein Treffen gewaltfreier Anarchistinnen und Anarchisten stattfinden. Organisatorin ist die Gewaltfreie Aktionsgruppe/Graswurzelrevolution Berlin. Ziel des Treffens ist die Vernetzung gewaltfreier AnarchistInnen aus der annektierten DDR. Das Treffen wird Freitags mit einer öffentlichenVeranstaltung zum Thema »Perspektiven des gewaltfreien Anarchismus« beginnen, am Samstag sollen Gruppen wie z.B.: die Anarchopazifisten (Cottbus), die Freie ArbeiterInnen Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation, der Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer, die Graswurzelrevolution Berlin, die Initiative für Frieden und Menschenrechte (Leipzig), die Umweltbibliothek Berlin und die Gruppe Wolfspelz aus Dresden die Möglichkeit erhalten, sich vorzustellen. Am Nachmittag sind dann Arbeitsgruppen zu Themen wie: Anarchismus und Religion, Antifaschismus, Anti-Atomkraftbewegung, Antimilitarismus, Antiparlamentarismus, Antisexismus geplant. Welche Themen dann endgültig behandelt werden, hängt vom Interesse der TeilnehmerInnen ab, die aufgefordert sind, selber Beiträge vorzubereiten, um sich dadurch an der inhaltlichen Planung zu beteiligen. Desweiteren wird die Förderation Gewaltfreier Aktionsgruppen/Graswurzelrevolution und die Zeitung Graswurzelrevolution vorgestellt. Allgemein soll auf diesem Treffen viel Zeit bleiben, um sich persönlich kennen zu lernen, deshalb bereiten wir für Samstagabend ein Kulturprogramm vor, welches in eine Fete münden soll. Am Sonntagmorgen soll es dann um die Perspektiven der zukünftigen Zusammenarbeit gehen. Der TeilnehmerInnenbetrag beläuft sich auf 15 DM. Die Unterbringung ist privat. Anmeldungen erbeten an Robert Mießner, Leipziger Str. 55 in O-Berlin 1080, ☎ 208 02 07 oder an Holger Luhnburg, Dunckerstr. 15 in O-Berlin 1058.

BUKO

Mission – Macht – Märkte

Der 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, 9. bis 12. Mai 1991 in Köln findet diesmal unter dem Motto »Mission Macht Märkte: 1492-1992 Europa in der Welt« statt. Auf der Grundlage von Analysen der Bedeutung »Europas« in der herrschenden Weltordnung sollen inhaltlich-politisch und aktionsbezogene Konturen einer Kampagne herausgearbeitet werden, die auf bestimmte Ereignisse 1992 abzielt: Den Jubelfeiern zur kolonialistischen Eroberung Lateinamerikas vor 500 Jahren; der Vollendung des EG-Binnenmarkts; Weltwirtschaftsgipfel in der BRD; UNO-Konferenz zu Entwicklung und Umwelt in Brasilien.

Anmeldung:
Bundeskongreß
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 31 56

Alternative Weltwirtschaftsordnung – welche konkreten Vorstellungen haben wir noch (?)

19. bis 21. April 1991 in Bonn-Godesberg

- Bericht der Südkommission (Referent Konrad Melchers)
- Neue internationale Weltwirtschaftsordnung oder neue Weltordnung unter US-Führung? (Referent Otto Kreye)
- Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft? (Referent Friedjof Schmidt)
- Das Konzept des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe/RGW (N.N., Vereinigte Linke angefragt)

Teilnahme-Gebühren:
35,– DM für Buko-Mitgliedsgruppen
sonst 50,– DM, Fahrtkosten werden teilweise erstattet

Anmeldung:
Buko-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 31 56

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.

Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.

Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).

Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

UNFASSBA NR. 6 IST DA!

Aus einem Beschlagnahmebeschluß gegen UNFASSBA im Knast:
"(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt... Anarchie wird verherrlicht, zum Widerstand wird aufgerufen..."
UNFASSBA gibts für 3,80 Doofmark, Abo (6 Nummern) = 20 Piepen. *Wiederverkäuferinnen*: 4 UNFIS = 10-Mackschein. Alles nur bar und im voraus an UNFI, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.

Inhalt UNFASSBA Nr. 6 (März/April '91): Frauenwiderstand und -streik, Volkssport gegen Völkermord, Bullenübergriffe, 129a gegen Clash, Häuserkampf: Razzia in Hangover, Weg mit dem Knastsystem!, Antifa, Zivildienststreik, Autonome TrommlerInnen, Notstandsgesetze, UAA? Neel, Hafen bleibt!, Bleiberecht für Roma und Cinti!, Direkte Widerstandsaktionen International: Blockieren! Desertieren! Sabotieren,...

ÖKOLOGIE

Baufachtagung

Niedrig-Energie-Häuser. Baustandard der 90er Jahre?

Die Enquete-Kommission »Klima« hat es in ihrem Endbericht 1990 auf den Punkt gebracht: Für die dringend notwendige drastische Reduzierung der CO^2-Emissionen liegen die größten und am leichtesten erschließbaren Einsparpotentiale bei der Raumheizung. Deshalb ist es nur konsequent, wenn im Bonner Bauministerium für die Neufassung der Wärmeschutzverordnung ins Auge gefaßt wird, die sogenannten **Niedrig-Energie-Häuser** zum allgemeinen Standard zu erheben.

Nach Jahren der Stagnation bei der Verbreitung energiesparender Bauweisen trifft diese Entwicklung die meisten Bauplaner ziemlich unvorbereitet. Wir halten es hierzulande noch für technisch zu aufwendig und wirtschaftlich unmöglich, Häuser zu bauen, zu deren Beheizung pro 100 qm Wohnfläche nur noch ganze 5.000 kWh (500l Öl bzw. m^3 Erdgas) pro Jahr benötigt werden.

Deshalb wird sich die diesjährige Baufachtagung **(vom 26. bis 29. Juni 1991)** ganz der Aufarbeitung von Erfahrungen aus der Praxis des Baus von **Niedrig-Energie-Häusern** widmen.

Anmeldung & Information:
Energie- und Umweltzentrum
am Deister e.V.
Am Elmschenbruch
3257 Springe/Eldagsen
☎ (0 50 44) 380 & 18 80
Fax (0 50 44) 46 40

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

Unter die Räder des "Fortschritts"...

sind die Yanadi geraten, Angehörige der indischen Urbevölkerung. Der Wald, ihre ursprüngliche Lebensgrundlage, wurde abgeholzt. Armut, Verschuldung, Abwanderung sind die Folgen.
Die ASW möchte die Yanadi unterstützen. Dazu benötigen wir Ihre Spende.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
ASW · Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
BFG Berlin BLZ 100 101 11 Konto 555

ÜBERLEBENSSICHERUNG